

Generali Lebensversicherung AG
BERICHT ÜBER SOLVABILITÄT
UND FINANZLAGE
ZUM 31. DEZEMBER 2016



generalide.com

INHALT

Zusammenfassung	3
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	5
A.1 Geschäftstätigkeit.....	5
A.2 Versicherungstechnische Leistung.....	11
A.3 Anlageergebnis	13
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	15
A.5 Sonstige Angaben	16
B. Governance-System	17
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	17
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	24
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	26
B.4 Internes Kontrollsystem.....	34
B.5 Funktion der Internen Revision	36
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	38
B.7 Outsourcing	38
B.8 Sonstige Angaben	40
C. Risikoprofil	41
C.1 Versicherungstechnisches Risiko.....	41
C.2 Marktrisiko.....	42
C.3 Kreditrisiko	46
C.4 Liquiditätsrisiko	47
C.5 Operationelles Risiko	48
C.6 Andere wesentliche Risiken	51
C.7 Sonstige Angaben	53
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	54
D.1 Vermögenswerte	54
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen.....	67
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	78
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	82
D.5 Sonstige Angaben	83
E. Kapitalmanagement	84
E.1 Eigenmittel	84
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung.....	88
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	91
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	91
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	94
E.6 Sonstige Angaben	94
Abkürzungsverzeichnis.....	95

Zusammenfassung

Der vorliegende Solvabilitäts- und Finanzbericht (SFCR) der Generali Lebensversicherung AG wurde gemäß den Anforderungen des § 40 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie den maßgeblichen Vorschriften der EIOPA erstellt und beinhaltet die wesentlichen Informationen über die Solvabilitäts- und Finanzlage der Gesellschaft zum Stichtag.

Die Generali Lebensversicherung AG ist eine Versicherungsgesellschaft mit einem starken Fokus auf dem Privatkundengeschäft sowie der betrieblichen Altersvorsorge als zweite Säule des Geschäftsmodells. Als typischer deutscher Lebensversicherer mit traditionellem Geschäft ist die Generali Lebensversicherung AG den Auswirkungen des anhaltend niedrigen Zinsniveaus ausgesetzt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurden auch in 2016 Maßnahmen umgesetzt, um die Risikotragfähigkeit und die finanzielle Gesamtsituation der Gesellschaft zu stärken.

Die Einzelheiten zu den Ergebnissen der Geschäftstätigkeit werden in Abschnitt „A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis“ dargelegt.

Die Generali Lebensversicherung AG hat ein Governance-System etabliert, welches ein solides und vorsichtiges Management des Versicherungsgeschäfts gewährleistet. Das etablierte Governance-System entspricht der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeit der Gesellschaft und unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung.

Außerdem beinhaltet das Governance-System neben dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und der Organisationsstruktur des Unternehmens das Risikomanagementsystem inklusive unternehmenseigener Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung, das interne Kontrollsystem, die vier unabhängigen Schlüsselfunktionen (Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion, Funktion der internen Revision und Versicherungsmathematische Funktion) und angemessene Regelungen zum Outsourcing. Das Governance-System baut auf einem gruppenweiten Leitliniensystem auf, umfasst eine angemessene transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten sowie ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen. Vergütungssysteme für Geschäftsleiter, Mitarbeiter und Aufsichtsratsmitglieder sind so gestaltet, dass sie eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens fördern. Die besonderen Anforderungen an die fachliche und persönliche Eignung i.W. von Unternehmensleitern, Aufsichtsräten, Inhabern der Schlüsselfunktionen sowie Ausgliederungsbeauftragten wichtiger Funktionen und Prozesse werden ebenfalls adäquat geregelt.

Die Kernaufgaben der zentralen Risikomanagement-Funktion als Teil des Risikomanagementsystems umfassen die Umsetzung und Überwachung des Risikomanagementsystems, Koordinations-, Risikokontroll- und Frühwarnaufgaben, Risikoberichterstattung, Beratungsaufgaben und Aufgaben im Rahmen des Partiellen Internen Modells sowie im Rahmen des ORSA Prozesses. Über die Einbindung der Generali Lebensversicherung AG in das Group Risk Appetite Framework und über die Festlegung von „harten und weichen Toleranzstufen“ (hard/soft Tolerances) in der Risikostrategie wird gewährleistet, dass das Risikoprofil innerhalb des festgelegten Risikoappetits sowie der regulatorischen Anforderungen verbleibt bzw. dass andernfalls rechtzeitig angemessene Maßnahmen zur Gegensteuerung ergriffen werden. Zur Risikosteuerung werden sowohl Bottom Up-Limitsysteme (detaillierte Vorgaben und Limite zur Steuerung des operativen Geschäfts) als auch ein Top Down-Limitsystem auf Basis des Partiellen Internen Modells eingesetzt. Die Kapitalanlage erfolgt nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht. Das interne Kontrollsystem der Generali in Deutschland umfasst sämtliche im Unternehmen existierenden Kontrollen. Diese erfolgen auf drei Kontrollebenen gemäß dem sog. „Three Lines of Defense“ Konzept. Die Wahrnehmung der Compliance-Funktion liegt grundsätzlich dezentral bei der Gesellschaft sowie dem dortigen Compliance Officer und den Führungskräften. Der Compliance Officer übernimmt operativ die Implementierung sowie den Betrieb und die methodische Weiterentwicklung seines Themenfeldes.

Die Solvenzkapitalanforderung der Generali Lebensversicherung AG wird anhand des genehmigten Partiiellen Internen Modells der Assicurazioni Generali S.p.A. berechnet. Die Ergebnisse dieser Berechnung werden als angemessen erachtet, um die Kapitalanforderungen für alle Risiken des Unternehmens zu erfassen.

Der Abschnitt „D. Bewertung für Solvabilitätszwecke“ beschreibt die Hauptunterschiede zwischen den handelsrechtlichen Bewertungsprinzipien und den Bewertungen gemäß Solvency II (SII).

Die Generali Lebensversicherung AG verfügt zum 31. Dezember 2016 über Eigenmittel gemäß Solvency II in Höhe von 3.317.443 Tsd. € (davon 2.093.634 Tsd. € der Qualitätsklasse 1 und 1.223.809 Tsd. € der Qualitätsklasse 2). Davon entfallen auf die ergänzenden Eigenmittel 297.000 Tsd. €. Der in den Basis-eigenmitteln enthaltene Überschussfondsanteil beträgt 1.074.384 Tsd. €.

Das handelsrechtliche Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich auf 549.385 Tsd. €. Wesentliche Treiber des Unterschiedsbetrags zwischen den Eigenmitteln gemäß Solvency II und dem handelsrechtlichen Eigenkapital sind die abweichenden Bewertungsvorschriften bei den versicherungstechnischen Verpflichtungen (-2.619.395 Tsd. €) und den Kapitalanlagen (+4.463.015 Tsd. €) sowie nachrangige Verbindlichkeiten (+926.809 Tsd. €), die zu den Eigenmitteln zählen.

Zum Stichtag beträgt die Solvenzkapitalanforderung („Solvency Capital Requirement“, SCR) 1.759.254 Tsd. € und die Mindestkapitalanforderung („Minimum Capital Requirement“, MCR) 791.664 Tsd. €.

Die Einhaltung der Solvabilitätsanforderungen ist vor dem Hintergrund der anrechenbaren Eigenmittel von 2.973.261 Tsd. € für die Bedeckung des SCR bzw. 2.251.967 Tsd. € für die Bedeckung des MCR und einer Solvenzquote von 169% (SCR Bedeckung) bzw. 284% (MCR Bedeckung) zum Stichtag nicht gefährdet. Diese Solvenzquoten wurden ohne Anwendung sog. Transitionals (Übergangsvorschriften gem. § 352 VAG und § 353 VAG) ermittelt; die Generali Lebensversicherung AG hat diese Maßnahmen nicht beantragt.

Auf Grundlage des aktuellen Capital Management Plans zeichnet sich im Planungszeitraum keine Nichteinhaltung der Bedeckung des MCR oder SCR ab.

Anmerkung: Aus technischen Gründen können in den Tabellen und Texten Rundungsdifferenzen auftreten. Zudem wurde aus Gründen der Lesbarkeit der Ausweis von Werten in Ausnahmefällen in Mio. € vorgenommen.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

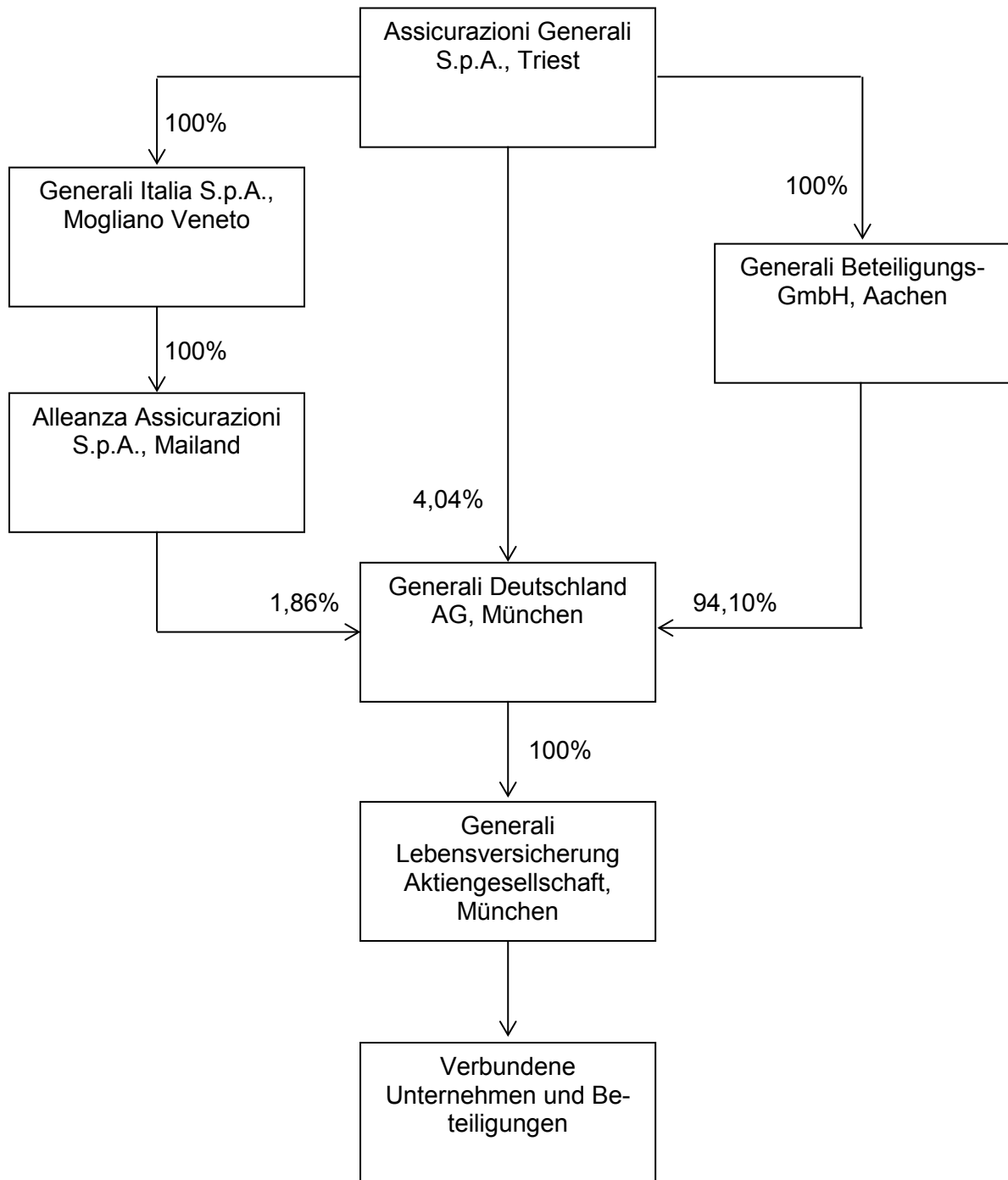
Die Generali Lebensversicherung AG wird in der Form einer Aktiengesellschaft geführt und unterliegt der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die folgende Kontaktdaten hat:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn
Postfach 1253
53002 Bonn
Fon: 0228 /4108-0
Fax: 0228 /4108-1550
E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Als externer Prüfer wurde durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in 80636 München, Arnulfstraße 59, bestellt, da die Gesellschaft der Prüfungspflicht nach § 35 VAG i.V.m. § 317 Absatz 4 des Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie § 91 Absatz 2 des Aktiengesetzes (AktG) unterliegt.

Die Gesellschaft ist Teil der internationalen Versicherungsgruppe der Assicurazioni Generali S.p.A. mit Sitz in Trieste (Italien) welche der Beaufsichtigung der italienischen Aufsichtsbehörde „ISTITUTO PER LA VIGILANZA SULLE ASSICURAZIONI“ (IVASS) mit Sitz in Rom (Italien), Via del Quirinale 21, unterliegt.

Die Anteile an der Gesellschaft werden zu 100% von der Generali Deutschland AG mit Sitz in 81737 München, Adenauerring 7, gehalten, deren Anteile wiederum zu 94,1% von der Generali Beteiligungs-GmbH mit Sitz in 52064 Aachen, Maria-Theresia-Allee 38, gehalten werden. Mittelbar ist die Gesellschaft eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der Assicurazioni Generali S.p.A mit Sitz in Trieste (Italien), Piazza Duca degli Abruzzi 2. Es handelt sich jeweils um strategische Beteiligungen. Damit ist die Gesellschaft ein verbundenes Unternehmen der Assicurazioni Generali. Das folgende Organigramm stellt eine vereinfachte Gruppenstruktur mit den wesentlichen Beteiligungsverhältnissen dar:



Verbundene Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %
Thuringia Generali 1. Immobilien AG & Co. KG; Immobilienverwaltung; 21.020 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
Thuringia Generali 2. Immobilien AG & Co. KG; Immobilienverwaltung; 14.528 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
Versicherungs-Planer-Vermittlungs-GmbH; Immobilienverwaltung; 30 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
Volksfürsorge 1. Immobilien AG & Co. KG; Immobilienverwaltung; 190.456 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
Volksfürsorge Fixed Assets GmbH; Immobilienverwaltung; 129 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
Volksfürsorge 5. Immobilien AG & Co. KG; Immobilienverwaltung; 260.496 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
Generali 3. Immobilien AG & Co. KG; Immobilienverwaltung; 3.404 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
Generali Partner GmbH; Vertriebsunterstützung; 943 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	100,00
MPC Real Value Fund GmbH & Co. KG; Investmentfonds; 3.109 T € - Fondsvermögen 2016; Deutschland	100,00
BA1 Alstercampus Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG; Immobilienverwaltung; 1.429 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	50,00
Beacon Capital Strategic Partner VI-B, L.P.; Immobilienfonds ; 59.993 T\$ - Bilanzsumme 2015; USA	39,80
Generali Northern America Real Estate Investments GmbH & Co. KG; Immobilienverwaltung; 19.332 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	38,83
GLL GmbH & Co. Messeturm Holding KG i.L. (in Liquidation seit 01.01.2017); Immobilienverwaltung; 15.297 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	31,05
Generali Global Private Equity S.A. SICAR; Investmentfonds; ; 714.057 T€ - Bilanzsumme 2015; Luxemburg	24,38
RREEF European Feeder GmbH & Co. Value Added Fund I KG; Immobilienverwaltung; 27.225 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	24,19
Generali European Real Estate Investments S.A.; Immobilienfonds; 269.922 T€ - Bilanzsumme 2015; Luxemburg	16,60
HPS - GIM, L.P.; Investmentfonds ; 489.401 T\$ - Bilanzsumme 2015; Kanada	12,39
OVB Holding AG; Finanzvertrieb; 159.260 T€ - Bilanzsumme 2015; Deutschland	11,48
Global Private Equity Holding AG in Abwicklung; Investmentgesellschaft; 669 T €- Bilanzsumme 2015; Deutschland	11,39

Gegenstand des Unternehmens sind nach § 3 der Satzung im In- und Ausland

- der unmittelbare und mittelbare Betrieb aller Arten der Lebensversicherung und der damit verbundenen Zusatzversicherungen einschließlich des Geschäfts der aktiven Rückversicherung und Kapitalisierungsgeschäfte;
- die Vermittlung von Versicherungen aller Art;
- die Vermittlung von Anteilen an Fonds;
- die Verwaltung von Versorgungseinrichtungen;
- der Betrieb anderer Geschäfte, insbesondere die Vermittlung von Sparverträgen, die mit dem Versicherungsgeschäft im unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Die Generali Lebensversicherung vertreibt ihre Produkte vorwiegend im Inland.

Detaillierte Informationen zu den betriebenen Versicherungsarten werden in Abschnitt „A.2 Versicherungstechnische Leistung“ dargestellt.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Erfolge bei der strategischen Neuausrichtung der Generali in Deutschland

Im Mai 2015 hat die Generali die strategische Neuausrichtung ihres Geschäfts in Deutschland nach dem Grundsatz „Simpler, Smarter for You“ bekannt gegeben. 2016 konnten bereits wesentliche Maßnahmen dieser Neuausrichtung auf den Weg gebracht oder umgesetzt werden. Ziel der Neuausrichtung ist die Stärkung der Wettbewerbsposition im deutschen Markt, um führender Privatkundenversicherer zu werden. Dies soll durch eine vereinfachte und am Markt orientierte Steuerung, die Fokussierung des Geschäftsmodells in der Lebensversicherung, die Einführung smarter Produkte, Services und Prozesse und einen stärkeren Fokus auf den Kunden erreicht werden. Die ergriffenen Maßnahmen haben bereits signifikant zu strukturellen Vereinfachungen, zur Effizienzsteigerung und zur Kostenreduktion beigetragen. Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen mit der Mitbestimmung wurden die organisatorischen Veränderungen zum Jahreswechsel umgesetzt.

Smart-Insurance-Offensive

Als wesentlichen Eckpfeiler der neuen Strategie hat die Generali in Deutschland 2016 mit der Einführung von innovativen Smart-Insurance-Produkten begonnen. Damit wurde ein fundamentaler Wandel in der Branche aufgenommen und die Generali hat sich in Deutschland als Vorreiter der digitalen Transformation positioniert. Mittels smarter Technologien bietet die Generali ihren Kunden neuartige Lösungen, mit denen sie ihr Schadenrisiko aktiv senken können, und zwar präventiv bevor ein Schadenfall eintritt. So können Kunden etwa mithilfe von Generali Vitality gesundheitsbewusster leben, mit Generali Mobility sicherer fahren oder mit Generali Domocity ihr Heim besser schützen. Dieser innovative Ansatz bietet nicht nur Vorteile für den einzelnen Kunden, sondern für das ganze Kollektiv: dank eines niedrigeren Schadenbedarfs und dank niedrigerer Kosten profitiert die gesamte Versichertengemeinschaft von der neuen Produktgeneration.

Generali Vitality erfolgreich am Markt gestartet

Die Einführung von Generali Vitality zum 1. Juli 2016 stellt einen zentralen Meilenstein in der Smart-Insurance-Offensive der Generali in Deutschland dar. Ziel dieses einzigartigen Programms ist es, Kunden zu einem gesundheitsbewussten Leben zu motivieren und deren Fortschritte dabei durch attraktive Prämien zu belohnen. Generali Vitality bietet neuartige Services, die es den Kunden ermöglichen, einfach und smart jederzeit Informationen über ihren Gesundheitszustand bzw. -fortschritt zu erhalten. Das Programm beinhaltet zahlreiche Möglichkeiten, die Lebensgewohnheiten schrittweise und individuell zu verändern, und viele Anreize, um persönliche Gesundheitsziele zu erreichen. Zu dem Programm gehört auch die Kooperation mit namhaften Partnerunternehmen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen, die den Generali Vitality Kunden attraktive Angebote und Belohnungen bietet. Die Generali in Deutschland bietet Generali Vitality in einem ersten Schritt in Verbindung mit Berufsunfähigkeitsversicherungen (über die Generali Lebensversicherung AG) sowie Risikolebensversicherungen (über die Dialog Lebensversicherungs AG) an. Das Programm ist für alle Kunden freiwillig und jeder, der diese Versicherungen abschließt, kann unabhängig von Alter und Gesundheitszustand daran teilnehmen und an den Vorteilen partizipieren. Die Sicherheit persönlicher Daten hat bei dem Programm selbstverständlich höchste Priorität.

„Neue Normalität“ in der Lebensversicherung umgesetzt

Den herausfordernden ökonomischen Rahmenbedingungen haben wir durch konsequente Umsetzung der „neuen Normalität“ in der Lebensversicherung Rechnung getragen: Die Gruppe hat ihr Produktportfolio für Privatkunden umfassend neu gestaltet und den Vertrieb traditioneller Sparprodukte vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds erheblich reduziert. Stattdessen wurden neue Produkte mit

geringer Kapitalintensität und hoher Leistungsstärke eingeführt und weiterentwickelt. Zudem wurde das Angebot an fondsgebundenen Versicherungen, hybriden Sparprodukten sowie Risiko- und Berufsunfähigkeitsversicherungen, bei denen die Generali in Deutschland insbesondere dank der AachenMünchener sowie der CosmosDirekt bereits Marktführer ist, weiter ausgebaut. Traditionelle Lebensprodukte bietet die Gruppe weiterhin im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge an, das Neugeschäft mit Risiko- und Berufsunfähigkeitsversicherungen wurde aber auch hier weiter ausgebaut. Ein weiterer Fokus der Generali liegt auf dem Bestandsmanagement, indem sie die Effizienz in der Bestandsbearbeitung erhöht hat. Maßnahmen zur Kundenbindung und eine weitere Verbesserung des Cross-Selling in Leben, Kranken und Schaden/Unfall unterstützen diesen Wandel zur „neuen Normalität“.

Neuausrichtung im Maklergeschäft

Die Generali in Deutschland hat mit Wirkung zum 1. April 2016 ihr Maklergeschäft neu ausgerichtet. Ziel ist es, den Maklern noch bessere, innovativere Produkte anzubieten, den Service weiter zu verbessern und die gute Position mit einem klaren und stringenten Auftritt im Maklermarkt auszubauen. Dafür setzt die Generali in Deutschland auf die Stärken von drei Produktgebern, die jeweils ein Maklermarktsegment erfolgreich bedienen: die Dialog Lebensversicherungs-AG, die Generali Versicherung AG und die Generali Lebensversicherung AG. Die Dialog Lebensversicherungs-AG verantwortet das Geschäft mit Lebensprodukten der privaten Vorsorge. Die Generali Versicherung AG wird sich im Maklergeschäft auf Komposit konzentrieren und insbesondere das Firmenkundengeschäft intensivieren. Die Generali Lebensversicherung AG, die schon heute mit ihrem Kompetenzzentrum in Frankfurt am Main bAV-Marktführer ist, wird ihre exzellente Position vor allem in der Absicherung biometrischer Risiken weiter ausbauen.

Net Promoter System (NPS)

2016 wurde die konzernweite Einführung des Net Promoter Systems (NPS) mit innovativer Systemunterstützung in den Gesellschaften AachenMünchener, CosmosDirekt, Badenia und Dialog fortgesetzt und damit für die Generali in Deutschland abgeschlossen. Bereits 2015 wurde das System im Einklang mit den Customer-Centricity-Aktivitäten des Generali Head Office bei der Central Krankenversicherung sowie den Generali Versicherungen erfolgreich eingeführt. Mit dem NPS tritt die Generali in Deutschland aktiv mit dem Kunden in den Dialog. Ziel ist es, aus kritischen Kunden zufriedene zu machen, die uns weiterempfehlen. Um das zu erreichen, rufen wir den Kunden zurück, wenn er ein Anliegen hat. Die Auswertung des NPS unterstützt uns zudem dabei, die Kundenfeedbacks als Impuls für Prozessoptimierungsmaßnahmen zu nutzen und die Kunden zukünftig noch mehr zu begeistern.

Veränderungen im Vorstandsteam der Generali Deutschland AG

Dr. Nora Gürtler wurde zum 17. März 2016 als Country Chief Risk Officer in den Vorstand der Generali Deutschland AG berufen. Im Sinne der Matrixstruktur der Generali in Deutschland verantwortet sie auch das Risikomanagement in den Vorständen der Generali Lebensversicherung AG, Generali Versicherung AG und Dialog Lebensversicherungs-AG. Mit dieser neuen Funktion auf Vorstandsebene wird der Bedeutung des Risikomanagements nach Inkrafttreten von Solvency II Rechnung getragen.

Claudia Andersch, Country Chief Life & Health Officer, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2017 zum neuen Country Chief Insurance Officer der Generali Deutschland AG ernannt. Sie ist damit für das gesamte versicherungstechnische Geschäft der Generali in Deutschland verantwortlich und in dieser Funktion für die Bereiche Leben, Kranken und Komposit zuständig. Claudia Andersch übernimmt die zusätzlichen Aufgaben von Dr. Monika Sebold-Bender, die als Country Chief P&C Officer der Generali Deutschland AG den Konzern zum Ende des Geschäftsjahres 2016 verlassen hat.

Veränderungen in den Aufsichtsräten der Generali Deutschland AG, Generali Versicherungen und AachenMünchener

Am 7. Dezember 2016 hat Alberto Minali, Group General Manager und Group CFO der Assicurazioni Generali S.p.A., den Vorsitz des Aufsichtsrats der Generali Deutschland AG übernommen und mit Wirkung zum 1. Februar 2017 sein Amt niedergelegt. Zudem wurden Antonio Cangeri, Group General Coun-

sel, und Frédéric de Courtois, CEO Global Business Lines & International, zu ordentlichen Mitgliedern des Aufsichtsrats der Generali Deutschland AG gewählt.

Mit Wirkung zum 8. Dezember 2016 hat Antonio Cangeri den Vorsitz der Aufsichtsräte der Generali Versicherungen sowie mit Wirkung zum 3. März 2017 auch den Vorsitz des Aufsichtsrates der Generali Deutschland AG übernommen.

Darüber hinaus hat zum 1. Dezember 2016 Giovanni Liverani, Vorstandsvorsitzender der Generali Deutschland AG, den Vorsitz der Aufsichtsräte der AachenMünchener übernommen. Grund für die Veränderungen in den Aufsichtsratsgremien war der Wunsch des bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaften, Dietmar Meister, seine Ämter niederzulegen.

Neue Produkte und Dienstleistungen

Anforderungen durch die „Richtlinie über Versicherungsvertrieb“ (IDD)

Am 23. Februar 2016 ist die „Richtlinie über Versicherungsvertrieb (IDD)“ der Europäischen Union in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung ab dem 23. Februar 2018 in Kraft zu setzen.

Ziel der Richtlinie ist u.a. die Neuregelung der Honorarberatung, eine erhöhte Kostentransparenz für die Kunden, sowie die Weiterbildung der Vertriebsmitarbeiter.

Die Umsetzung bei der Generali erfolgt in der Konzernarbeitsgruppe "Umsetzung der Vermittlerrichtlinie IDD in Deutschland", die im Februar 2016 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Private Altersvorsorge

Die strategische Zielsetzung in der privaten Altersvorsorge sieht weiterhin eine verstärkte Fokussierung auf fondsgebundene und biometrische Produkte im Neugeschäft vor. Dies geht einher mit der Zielsetzung, im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der Generali in Deutschland die Produktstrategie auf Kundenbedarfe, Profitabilität und Solvabilität auszurichten und beinhaltet u.a. die Schließung der Produkte mit konventionellen Vollgarantien. Zum 1. Januar 2016 wurde der Umbau des Produktportfolios gemäß der neuen Strategie abgeschlossen.

Im Jahresverlauf 2016 wurden weitere produktseitige Maßnahmen umgesetzt. Um die strategischen Stoßrichtungen weiter auszubauen, wurden für die fondsgebundenen Versicherungen eine modifizierte Generali Rente (ehemals Rente Profil Plus) gegen laufenden Beitrag entwickelt sowie eine Produktvariante gegen Einmalbeitrag neu eingeführt. Des Weiteren wurde ein neues Fondskonzept entwickelt. In der Invaliditätsabsicherung wurde eine modifizierte Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherung eingeführt und seit dem 1. Juli 2016 auch in Verbindung mit dem Gesundheitsprogramm Generali Vitality angeboten.

Ziel des neuen Programms Generali Vitality ist es, Kunden zu einem gesundheitsbewussten Leben zu motivieren und ihre Fortschritte dabei zu honorieren. Die Generali Deutschland AG bietet das Programm in Verbindung mit Berufsunfähigkeitsversicherungen der Generali Lebensversicherung AG sowie Risikolebensversicherungen der Dialog Lebensversicherungs-AG an.

Für die fondsgebundenen Versicherungen wurde mit den „Generali Smart Funds“ ein Konzept mit vier neuen Fonds entwickelt und im 4. Quartal 2016 eingeführt. Die neuen Fonds bilden zusammen mit den bereits vorhandenen „Generali Komfort Best Managers Conservative“ und „Generali Komfort Best Selection“ als Fokusfonds einen auf Kundenbedürfnisse ausgerichteten Verkaufsansatz „Need Based Approach“, welcher insbesondere durch eine App-Anwendung in der Kundenberatung unterstützt wird.

Neben dem Neugeschäft gewinnt die Steuerung des Bestandes im Niedrigzinsumfeld zunehmend an Bedeutung. Um die Nachhaltigkeit des Portfoliomanagements sowie einen schnellen Umsetzungserfolg zu gewährleisten, wurde das Portfoliomanagement in der Generali Lebensversicherung AG durch eine organisatorische Neuaufstellung in Form der Implementierung einer zusätzlichen Portfolio Management Business Unit gestärkt.

Da das Portfoliomanagement darüber hinaus fest in allen Unternehmensteilen verankert werden soll und gleichzeitig kurzfristig wesentliche Erfolge zu erzielen sind, wird es im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der Generali in Deutschland weiter voran getrieben. Durch die Einbeziehung aller relevanten Unternehmensbereiche, insbesondere auch der operativen Bereiche aus Betrieb und Vertrieb, wird die Steuerung dabei verstärkt auf den Bestand ausgerichtet.

Betriebliche Altersversorgung

Im Kontext der strategischen Neuausrichtung der Generali in Deutschland wurden auch die Produkte der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) erneuert.

Zum 01.01.2017 wurde die RentelIndex bAV für den Verkauf im Kollektivgeschäft freigegeben. Bei diesem Produkt investiert der Kunde die erwirtschafteten Überschüsse in den Aktienindex EuroStoxx 50. Bei positiver Entwicklung dieses Index werden dem Vertragskonto die Erträge gutgeschrieben und sind nach der Gutschrift garantiert. Damit bietet die RentelIndex bAV den Kunden einen guten Kompromiss zwischen Sicherheit und Renditechance und berücksichtigt darüber hinaus die aktuellen Anforderungen an Profitabilität und Solvabilität.

Neben der RentelIndex bAV bietet die Generali in Deutschland ihren Kunden auch weiterhin die Rentenprodukte Rente Zukunft und Fondsrente 2.0 an, aufgrund der endfälligen Bruttobeitragsgarantie jedoch bisher nur mit einer Mindestlaufzeit. Um diese Produkte einem breiteren Kundenkreis anbieten zu können, wurde das Garantieniveau zum 01.01.2017 für Laufzeiten unter 20 Jahren moderat gesenkt.

Für Invaliditätsprodukte wurde die Tarifierung zum Jahresende 2016 im Hinblick auf wettbewerbsfähige Prämien grundlegend überarbeitet. In Analogie zur Tarifierung von Vitaliy-Produkten im Privatkundensegment hat das Rauchverhalten im Einzel- und Kollektivrahmenvertragsgeschäft nun ebenfalls einen direkten Einfluss auf die Prämie. Darüber hinaus bietet die Generali in Deutschland ihren Kunden im Kollektivgeschäft seit Januar 2017 den Einschluss einer Karenzzeit für den Leistungsbezug bei Invaliditätsabsicherungen an. Eine Karenzzeit ist insbesondere für Arbeitgeber interessant, die ihre Arbeitnehmer für die erste Zeit nach Arbeitsunfähigkeit anderweitig abgesichert haben.

Im Jahr 2017 steht in der bAV das Vorantreiben der Digitalisierung im Vordergrund, für die bereits in 2016 viele grundlegende Voraussetzungen geschaffen wurden. Ziel ist es, den Kunden Informationen zu ihren Verträgen direkt und tagesaktuell zur Verfügung zu stellen und gängige Geschäftsvorfälle online zu bearbeiten.

Ferner wird das Betriebsrentenstärkungsgesetz die Produktentwicklung in 2017 stark beeinflussen. Nach derzeitigem Stand ist ab dem 01.01.2018 seitens des Gesetzgebers erstmals auch in der bAV ein Verzicht auf Garantien geplant. Die Generali in Deutschland arbeitet daher an entsprechenden attraktiven Produktlösungen.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

Die versicherungstechnische Leistung entfällt im Wesentlichen auf die geografische Region Deutschland. Die nachfolgenden Erläuterungen basieren auf dem handelsrechtlichen Jahresabschluss.

Die Generali Lebensversicherung AG konnte im Jahr 2016 ein positives versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 139,1 Mio. € basierend auf der lokalen Rechnungslegung nach HGB ausweisen.

Dieses setzt sich aus dem Anlageergebnis (siehe A.3), sowie folgenden Komponenten zusammen:

- Verdiente Beiträge für eigene Rechnung in Höhe von 3.014,3 Mio. €
- Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 47,2 Mio. €
- Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung in Höhe von 4,4 Mio. €
- Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung in Höhe von 3.395,8 Mio. €
- Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen in Höhe von 459,7 Mio. €
- Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung in Höhe von 185,5 Mio. €
- Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung in Höhe von 256,1 Mio. €
- Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung in Höhe von 218,3 Mio. €

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Bruttobeiträge in Höhe von 3.146,1 Mio. € ergeben sich aus den gebuchten Einmalbeiträgen mit 496,4 Mio. € und den gebuchten laufenden Bruttobeiträgen in Höhe von 2.649,8 Mio. €.

Nach Abzug der Beiträge an Rückversicherer und nach Veränderung der Nettobeitragsüberträge betragen die verdienten Beiträge für eigene Rechnung 3.014,3 Mio. €.

Beiträge in Höhe von 47,2 Mio. € wurden zur Erhöhung der Bonussummen der Kunden aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Zahlungen für Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft beliefen sich im Geschäftsjahr auf 3.475,7 Mio. €. Davon entfielen 1.783,0 Mio. € auf Ablaufleistungen, 969,0 Mio. € auf Rückkäufe, 231,4 Mio. € auf Todesfallleistungen und 364,6 Mio. € auf Rentenleistungen, sowie 109,6 Mio. € auf Invaliditätsleistungen.

Zusammen mit den für die Regulierung anfallenden Kosten und der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergaben sich nach Abzug des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts insgesamt Aufwendungen für Versicherungsfälle in Höhe von 3.395,8 Mio. €.

Abschluss- und Verwaltungsaufwendungen

Die Abschlussaufwendungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 161,7 Mio. €. Der auf die Beitragssumme des eingelösten Neugeschäfts bezogene Abschlusskostensatz beträgt somit 3,2%.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 119,3 Mio. €. Die auf die gebuchten Bruttobeiträge bezogene Verwaltungsaufwandsquote lag im Geschäftsjahr bei 3,8%.

Im Anhang zu diesem Bericht befinden sich einige Quantitative Reporting Templates (QRT), die für die Öffentlichkeit bestimmt sind (sogenannte "öffentliche QRT"). Zur Aufteilung der versicherungstechnischen Leistungen auf die Solvency II Geschäftsbereiche verweisen wir auf das QRT "Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen". Die Informationen sind aus handelsrechtlicher Rechnungslegungssicht entnommen, allerdings in der Aufteilung der im Berichtsformular spezifizierten Geschäftsbereiche nach Solvency II. Bei dem Berichtsformular ist zu beachten, dass nur ein (unvollständiger) Überblick über die Prämien, Forderungen und Aufwendungen der Versicherungsunternehmen aus Sicht der lokalen Rechnungslegung gegeben wird.

- Die Darstellung der gebuchten Bruttobeiträge beinhaltet auch die Beiträge zur Erhöhung der Bonussummen der Kunden aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (47,2 Mio. €).
- Die Darstellung der Aufwendungen für Versicherungsfälle beinhaltet nicht die internen und externen Schadenregulierungskosten.
- Die Darstellung der „Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen“ umfasst im Gegensatz zum Posten „Deckungsrückstellung“ auch die Erträge und Aufwendungen aus der Aktivierung von Ansprüchen in Höhe von 91,8 Mio. €.
- Die Position „Angefallene Aufwendungen“ enthält im Gegensatz zum Posten „Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb“ im handelsrechtlichen Abschluss auch die Schadenregulierungskosten sowie die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen in Höhe von insgesamt 42,1 Mio. €.
- Die Darstellung der „Sonstige Aufwendungen“ umfasst die Positionen „sonstige versicherungstechnische Aufwendungen“ (1,6 Mio. €) und „Mitglieds- und Verbandsbeiträge“ von 1,9 Mio. €.

A.3 Anlageergebnis

Im Folgenden wird das Kapitalanlagenergebnis gemäß den handelsrechtlichen Vorschriften in der Gliederung der Solvabilitätsübersicht dargestellt. Positionen der Solvabilitätsübersicht, die gemäß Solvency II nicht zu den Kapitalanlagen gehören, sind gekennzeichnet.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

	Nettoergebnis aus Kapitalanlagen: Tsd. €
Immobilien (für Eigennutzung) ¹	1.638
Kapitalanlagen (außer Vermögenswerte für fonds- und indexgebundene Versicherungen)	
Immobilien (außer für Eigennutzung)	-493
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	83.593
Aktien - notiert	2.475
Aktien - nicht notiert	18.195
Staatsanleihen	290.697
Unternehmensanleihen	490.470
Strukturierte Schuldtitel	38.246
Besicherte Wertpapiere	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	614.778
Derivate	-31.534
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalen- ten	3
Sonstige Anlagen	0
Depotforderungen aus dem in Rückde- ckung übernommenen Versicherungsge- schäft ¹	0
Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge ¹	47.070
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendar- lehen) ¹	55.592
Policendarlehen ¹	4.773
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapi- talanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen ²	-26.712
Summe:	1.588.793

¹Diese Vermögenswerte werden im Rahmen der Solvency II Berichterstattung nicht unter den Anlagen geführt.

²Diese Aufwendungen können keiner einzelnen Vermögensklasse zugeordnet werden.

Das laufende Ergebnis aus Kapitalanlagen (inkl. laufender Abschreibungen) beläuft sich auf 1.269.966 Tsd. €. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergibt sich im Saldo ein Gewinn von 268.401 Tsd. €. Dieser resultiert im Wesentlichen aus dem Abgang von Unternehmensanleihen und Organismen für gemeinsame Anlagen. Der positive Saldo bei den Zu- und Abschreibungen von 50.425 Tsd. € stammt im Wesentlichen aus Zuschreibungen auf Organismen für gemeinsame Anlagen, Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge sowie Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Insgesamt ergibt sich ein Kapitalanlageergebnis von 1.589 Mio. €.

Die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen nach der Berechnungsmethode des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. belief sich auf 3,0%. Die Nettoverzinsung betrug 3,8%.

Zum Stichtag ist die Gesellschaft nicht in Verbriefungen¹ investiert.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Übriges nichtversicherungstechnisches Ergebnis und Gesamtergebnis nach Steuern

Sonstige Erträge

Die sonstigen Erträge belaufen sich auf 22,6 Mio. €.

In dieser Position sind im Wesentlichen Provisionserträge für vermittelte Fonds (10,9 Mio. €) sowie Erträge aus erbrachten Dienstleistungen in Höhe von 4.5 Mio. € enthalten.

Sonstige Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen belaufen sich auf 140,3 Mio. € und beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes (52,1 Mio. €) und übrige sonstige Aufwendungen in Höhe von 39,0 Mio. €.

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge enthalten Erträge, die im Rahmen des Teilbetriebsübergangs Target Orga in Höhe von 3,4 Mio. € anfielen.

Außerordentliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr können 7,4 Mio. € außerordentliche Aufwendungen auf Restrukturierungsaufwendungen zurückgeführt werden. Weitere außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 449 Tsd. € resultieren aus dem zum 1. Januar 2010, gemäß Artikel 67 EGHGB ermittelten Zuführungsbedarf zu den Pensionsrückstellungen.

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie die sonstigen Steuern belaufen sich insgesamt auf 16,9 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2016 verzeichnet die Generali Lebensversicherung AG ein Gesamtergebnis von 0 Mio. €.

Leasingvereinbarungen

Es bestehen diverse Leasingvereinbarungen gegenüber Dritten sowie gegenüber verbundenen Unternehmen.

Der Gesamtaufwand der Leasingzahlungen für das Geschäftsjahr beträgt 53 Tsd. €.

Es besteht ein Leasingvertrag über Betriebs – und Geschäftsausstattung mit einem externen Unternehmen. Die Gesellschaft tritt hier als Leasingnehmer auf. Die Mindestleasingzahlungen bis zu einem Jahr betragen 53 Tsd. € und die Mindestleasingzahlungen von einem bis zu 5 Jahren betragen 79 Tsd. €. Die Laufzeit des Vertrags beträgt 5 Jahre.

¹ Im Sinne von Artikel 4 Abs. 1 Nr. 61 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates

Weitere Leasingvereinbarungen bestehen mit Dritten sowie verbundenen Unternehmen über diverse Mietobjekte. Hierbei tritt die Gesellschaft als Leasinggeber auf. Die Mietzinsen des Geschäftsjahres betragen 34.824 Tsd. €.

Bei allen Verträgen handelt es sich um Operating-Leasing. Das Operating-Leasing ist eine Form des Leasing, die der Miete weitgehend ähnlich ist.

A.5 Sonstige Angaben

Über die vorherigen Kapitel hinaus gibt es keine sonstigen wesentlichen Informationen zu Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis.

Da für die Gesellschaft ein Gewinnabführungsvertrag mit ihrer Muttergesellschaft besteht, hat der Jahresüberschuss keinen Einfluss auf die Eigenmittel.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Governance bezeichnet den Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung von Unternehmen. Die Anforderungen an die Ausgestaltung des Governance-Systems von Versicherungsunternehmen erfolgen in den §§ 23-34 VAG² und werden durch das zum 1. Februar 2017 in Kraft getretene Rundschreiben R2/2017 „Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo)“ spezifiziert.

Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen sind gemäß VAG § 23 verpflichtet, ein Governance-System zu etablieren, das eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens gewährleistet. Das Governance-System muss der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeit des Unternehmens angemessen sein und einer regelmäßigen Überprüfung unterliegen.

Im Folgenden wird der Aufbau der Management- und Aufsichtsorgane der Generali Lebensversicherung AG dargestellt, ein Überblick über das Governance-System gegeben sowie eine Bewertung seiner Angemessenheit dargestellt.

B.1.1 Aufbau und Aufgaben der Management- und Aufsichtsorgane

Vorstand

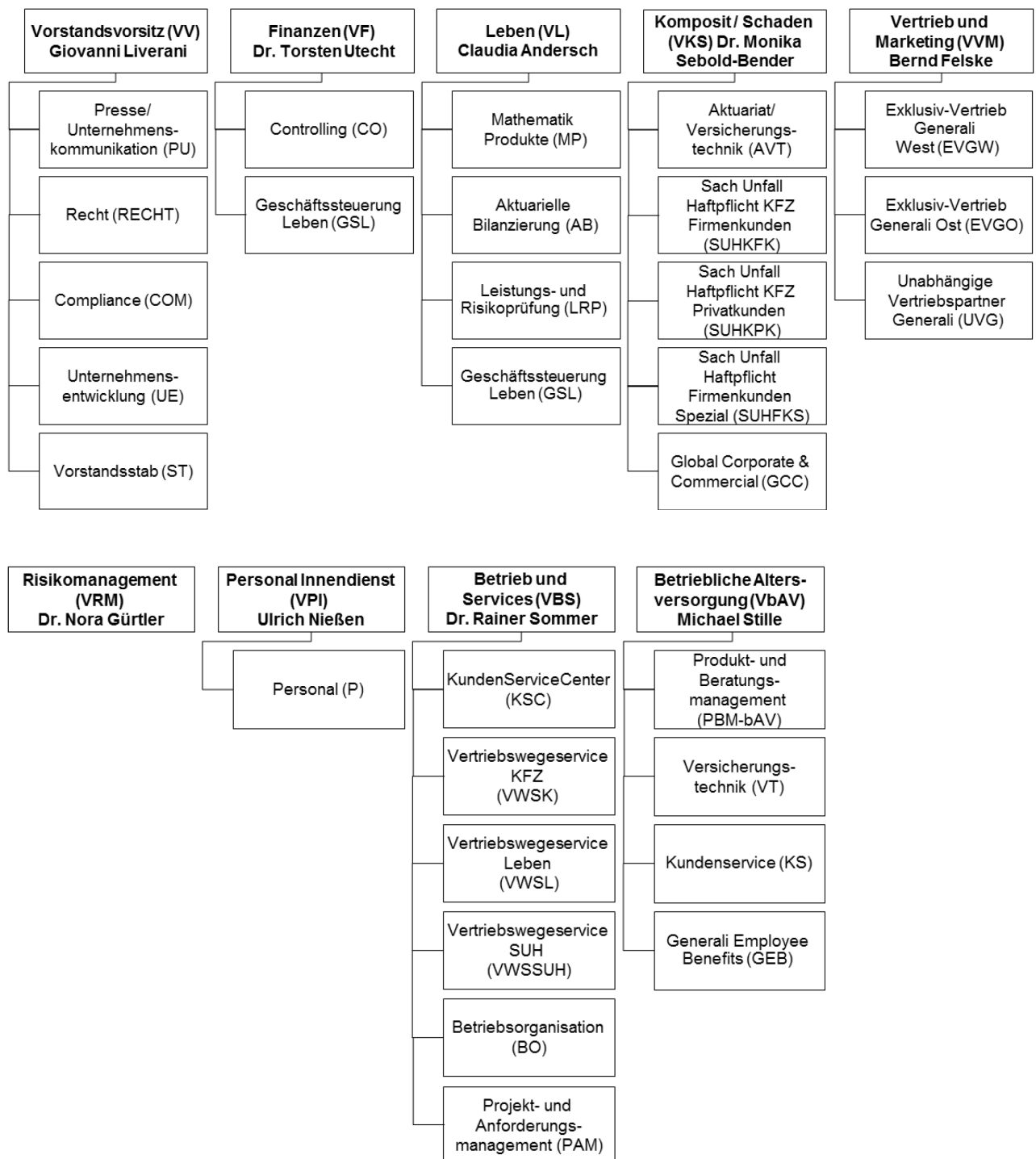
Der Vorstand der Generali Lebensversicherung AG besteht aus acht Vorständen³ und gewährleistet das „Vier-Augen-Prinzip“. Gemäß der Geschäftsordnung für den Vorstand hat dieser die folgenden Aufgaben:

- Führung der Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der Beschlüsse des Aufsichtsrats, der Beschlüsse der Hauptversammlung und der Geschäftsordnung,
- Leitung der Gesellschaft in eigener Verantwortung; vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den übrigen Organen der Gesellschaft und den Vertretungen der Arbeitnehmer zum Wohle des Unternehmens,
- Entwicklung und Umsetzung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens in Zusammenarbeit mit der Generali Deutschland AG und Abstimmung mit dem Aufsichtsrat; Erörterung des Stands der Strategieumsetzung mit dem Aufsichtsrat in regelmäßigen Abständen,
- Sorge für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.

Die Ressortverteilung im Vorstand der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar (Stand: 31.12.2016). Es handelt sich um eine Darstellung, die den Vorstand der Generali Versicherung AG und der Generali Lebensversicherung AG umfasst. Die Abteilungen im Ressort Risikomanagement sind organisatorisch in der Generali Deutschland AG verankert und unterstützen den Vorstand Risikomanagement.

² Im VAG wird auf den Begriff „Geschäftsorganisation“ Bezug genommen. Die MaGo stellen klar, dass die Begriffe „Governance-System“ und „Geschäftsorganisation“ synonym zu verwenden sind. Im Folgenden wird der Begriff „Governance“ verwendet.

³ Das im Organigramm aufgeführte Ressort „Komposit/Schaden“ betrifft nur die Generali Versicherung AG.



Im Vorstand sowie bei der Ressortverteilung⁴ der Gesellschaft haben sich nach dem Berichtsstichtag Änderungen ergeben. Stefan Lehmann wurde zum 1. April 2017 zum Chief Financial Officer (CFO) ernannt und folgt damit Dr. Torsten Utecht. Claudia Andersch übernimmt zum 1. Januar 2017 zusätzlich die Funktion des Chief Insurance Officer P&C, die von Dr. Monika Sebold-Bender ausgeübt wurde.

Einschlägige Ausschüsse innerhalb des Vorstands bestehen nicht.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat überwacht die Geschäftsführung der Gesellschaft während des Geschäftsjahres laufend und begleitet diese beratend. Er wird durch schriftliche Berichterstattung des Vorstands über die Geschäftsentwicklung sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und tritt darüber hinaus zu Sitzungen mit dem Vorstand zusammen. Zudem werden der Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars, die Risikoberichte und die Berichte des Abschlussprüfers mit dem Aufsichtsrat erörtert. Der Aufsichtsrat prüft den Lagebericht sowie den Jahresabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr und stellt den Jahresabschluss fest.

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Allgemeinen Ausschuss gebildet, der insbesondere zustimmungspflichtige Geschäfte behandelt.

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats	Allgemeiner Ausschuss
Antonio Cangeri (Vorsitzender)	Vorsitzender
Andrea Crismani (stellv. Vorsitzender)	X
Prof. Dr. Wolfgang Kaske	
Valter Trevisani	X
Marion Bernstein*	
Michael Karl Feulner*	

* Vertreter der Arbeitnehmer

Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats haben sich nach dem Berichtsstichtag Änderungen ergeben.⁵

⁴ Die neue Ressortverteilung entspricht derjenigen der GD AG. Das Vertriebsressort der Generali Lebensversicherung AG umfasst zusätzlich die Bereiche „Außendienstentwicklung“, „Außendienstpersonalmanagement“, „Geschäftssteuerung Vertrieb“, „Verkaufsmanagement“ und „Vertriebsservice“.

⁵ Aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden sind Prof. Dr. Wolfgang Kaske, Marion Bernstein und Michael Karl Feulner. Neues Aufsichtsratsmitglied ist Elisabeth zu Sayn-Wittgenstein. Nicht mehr im Allgemeinen Ausschuss vertreten ist Valter Trevisani.

B.1.2 Leitliniensystematik der Generali in Deutschland

Auf Ebene der internationalen Generali Gruppe werden gruppenweite Standards in Form von verbindlichen Leitlinien (Group Policies, Group Guidelines und Group Operating Procedures) für das gesamte Governance-System definiert. Daraus wird die Leitliniensystematik für die Generali in Deutschland abgeleitet.

Group Policies sind Dokumente, welche zur Verfolgung grundsätzlicher Ziele bzw. Vorgaben (mit Bezug zum internen Kontrollsystem und Risikomanagementsystem der internationalen Generali Gruppe) allgemeine Prinzipien einführen. Auf Ebene der Policies werden, wie im VAG gefordert, unter anderem die Bereiche Risikomanagement (Group Risk Management Policy), interne Kontrollen (Group Directives on Internal Control and Risk Management System), interne Revision (Group Internal Audit Policy) und Outsourcing (Group Outsourcing Policy) übergreifend geregelt.

Group Guidelines regeln sowohl gesellschafts- und bereichsübergreifende als auch fachspezifische Themen. Hierbei werden die durch die Group Policies eingeführten allgemeinen Prinzipien weiter ausgestaltet.

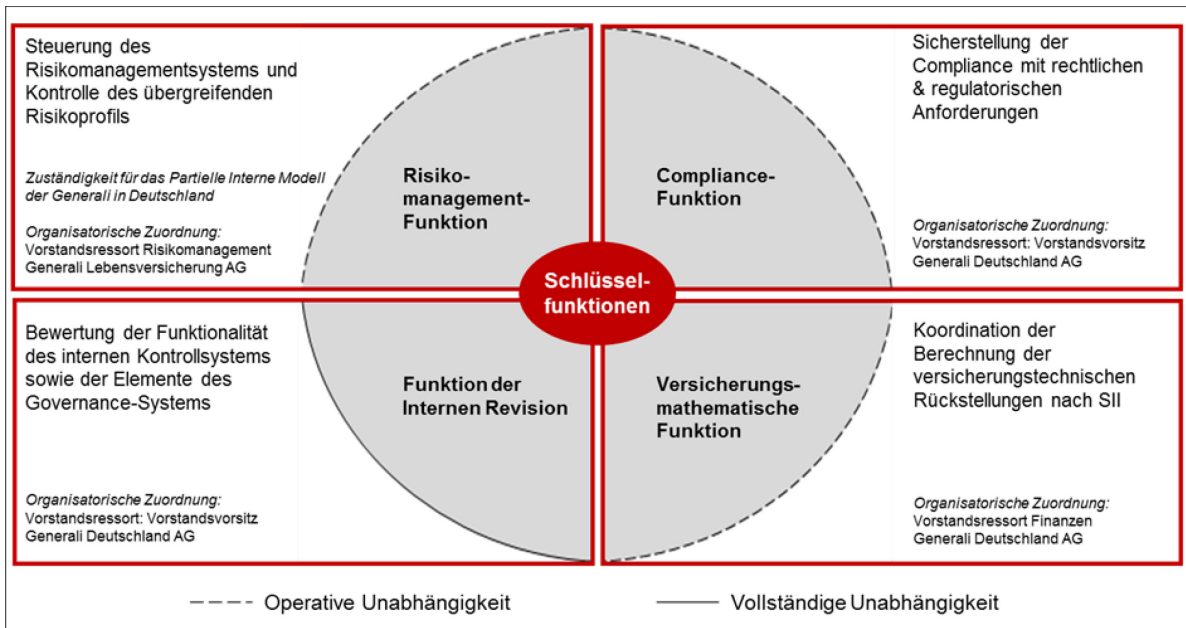
Die Group Operating Procedures beinhalten die detaillierte Ausgestaltung der Vorgaben der Group Policies und Guidelines. Sie beschreiben hierzu auf Gruppenebene die bei der Aufgabenwahrnehmung innerhalb einer Funktion bzw. eines (Teil-)Prozesses bestehenden operativen Rollen, Zuständigkeiten, Abläufe und Informationsflüsse.

Neben den internationalen Group Policies, Guidelines und Operating Procedures werden auf Ebene der Generali in Deutschland interne Richtlinien und Arbeitsanweisungen definiert. Richtlinien enthalten verbindliche Regelungen, während Arbeitsanweisungen operative Vorgaben umfassen. Alle Dokumente des Leitliniensystems werden jährlich auf Aktualität geprüft und ggf. aktualisiert.

B.1.3 Schlüsselfunktionen

Die Generali Lebensversicherung AG hat gemäß den §§ 26, 29-31 VAG die vier Schlüsselfunktionen Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion sowie die Funktion der internen Revision eingerichtet. Die drei letztgenannten Funktionen hat die Generali Lebensversicherung AG an die Generali Deutschland AG ausgegliedert. Die Ausgestaltung dieser Schlüsselfunktionen wird über Group Policies und deutsche Leitlinien geregelt, die u.a. ihre Zuständigkeiten und Organisationsstruktur beschreiben. Darüber hinaus wird in den entsprechenden Leitlinien die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems, die Umsetzung des Outsourcings sowie der Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit („Fit & Proper“) beschrieben.

Die folgende Abbildung enthält einen Überblick über die vier Schlüsselfunktionen und ihre Kernaufgaben.



B.1.4 Wesentliche Änderungen des Governance-Systems

Im Jahr 2016 haben sich die folgenden wesentlichen Änderungen des Governance-Systems ergeben:

Neues Vorstandsressort

Die zuvor in der Generali Deutschland AG dem Ressort Vorstandsvorsitz zugeordnete Abteilung „Enterprise Risk Management“ wurde als separates Ressort für das Risikomanagement eingerichtet. Hierdurch wird der besonderen Bedeutung dieser Funktion Rechnung getragen.

Änderungen bei den Schlüsselfunktionen

Ein Teil des strategischen Programms „Simpler, Smarter, for You“ ist die Zentralisierung des Risikomanagements in der Generali Deutschland AG. Dies betrifft unter anderem das qualitative Risikomanagement und die Risikoberichterstattung sowie diverse Tätigkeiten in der Risikomodellierung.

Functional Head „Aktuarielle Funktion“

Die Versicherungsmathematische Funktion war in der Abteilung Enterprise Risk Management eingerichtet, mit Berichtslinie an den Country Chief Financial Officer. Im Hinblick auf die gestiegene Bedeutung dieser Kontrollfunktion wurde die Position des Country Functional Head¹⁰ „Aktuarielle Funktion“ im Ressort Finanzen der Generali Deutschland AG neu geschaffen, mit direkter Berichtslinie an den Gesamtvorstand dieser Gesellschaft.

Neugestaltung der Risikomanagementgremien

Der gestiegenen Bedeutung des Risikomanagement wurde Rechnung getragen durch Aufwertung des sog. Risk Management Committee Group zum Country Risk Committee. Die aktuelle Gremienstruktur wird in Abschnitt B.1.2 beschrieben.

B.1.5 Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Geschäftsleiterinnen sowie für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Versicherungsunternehmen müssen angemessen, transparent und auf eine nachhaltige Ent-

¹⁰ Mit Einführung der Matrix-Organisation bei der Generali in Deutschland wurden Functional Heads zur funktionalen Führung bzw. Koordination der dezentralen Funktionseinheiten eingerichtet.

wicklung des Unternehmens ausgerichtet sein und dürfen in ihrer Ausgestaltung keine Fehlanreize schaffen. Entsprechend sollten variable Vergütungsbestandteile so gestaltet sein, dass nicht der kurzfristige Erfolg im Vordergrund steht, sondern eine langfristige Stabilität und Nachhaltigkeit des Unternehmens sichergestellt wird. Somit berücksichtigen variable Vergütungsbestandteile mit Unternehmensbezug stets den Gesamterfolg der Gesellschaft. Die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme der Geschäftsleiter und Geschäftsleiterinnen verantwortet der Aufsichtsrat.

In der Generali Lebensversicherung AG existiert eine wertorientierte Unternehmenssteuerung und damit einhergehend ein zielorientiertes Vergütungssystem mit quantitativen und qualitativen Faktoren. Das Vergütungssystem ist auf die Erreichung der in der Unternehmensstrategie niedergelegten Ziele ausgerichtet und ist so ausgestaltet, dass negative Anreize vermieden werden, insbesondere Interessenkonflikte und das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken. Bei der variablen Vergütung von Vorstandsmitgliedern, leitenden Führungskräften der ersten Ebene, leitenden Führungskräften der zweiten Ebene des Innendienstes sowie beim variablen Bonus von nicht leitenden Führungskräften der zweiten Ebene und übertariflichen Mitarbeitern des Innendienstes, die keine einzelvertragliche Vereinbarung über einen Bonus oder eine sonstige variable Vergütung abgeschlossen haben, wird neben dem Gesamterfolg des Unternehmens oder der Generali in Deutschland und dem Erfolgsbeitrag der Organisationseinheit auch der individuelle Erfolgsbeitrag berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund ergibt sich für den Anteil der variablen Vergütung an der Gesamtvergütung eine hierarchische Abstufung basierend auf Verantwortlichkeiten und individuellem Erfolgsbeitrag. Tariflich angestellte Mitarbeiter des Innendienstes erhalten gemäß Konzernbetriebsvereinbarung eine erfolgsabhängige Jahreszahlung in Höhe von maximal einem weiteren Monatsgehalt. Die Auszahlung setzt voraus, dass die am Anfang des Jahres festgelegten und für alle Angestellten identischen Unternehmensziele erreicht werden.

Der variable Anteil an der Vergütung des Vorstands setzt sich, mit Ausnahme von Inhabern der internen Kontrollfunktionen, aus einem Kurzfrist- und einem Langfristbonus zusammen. Der Kurzfristbonus hat einen einjährigen Bemessungszeitraum und zielt weitestgehend auf die Erreichung von Kennziffern ab, welche auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung gerichtet sind. Bei Inhabern von internen Kontrollfunktionen werden keine auf die Ergebnisse des Unternehmens oder der Generali in Deutschland gerichteten Zielgrößen zur Bemessung des Kurzfristbonus herangezogen, sondern ausschließlich Zielgrößen, die auf die Förderung der Effizienz und Qualität der Ausübung der jeweiligen Kontrollfunktion sowie auf die Sicherstellung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems gerichtet sind. Der Langfristbonus ist eine in Aktien ausgezahlte Vergütung, die sich über einen rollierenden Zeitraum von insgesamt sechs Jahren erstreckt. Für jedes Geschäftsjahr beginnt ein neuer sechsjähriger Zyklus. Dabei entfällt die erste Hälfte des Langfristbonus auf den Bewertungszeitraum, und die zweite Hälfte stellt eine Haltefrist für die zugeteilten Aktien dar. Die Zielerreichung 2016 leitet sich aus den auf die internationale Gruppe bezogenen Leistungsindikatoren „Relative Total Shareholder Return“ und „Return on Equity“ ab, für die zu Beginn eines jeden Zyklus bestimmte Zielwerte festgelegt werden.

Außerdem gelten für die variable Vergütung der Vorstände sogenannte Schwellenwerte. Nur im Falle des Erreichens bzw. Überschreitens eines festgelegten Wertes einer gruppenweit definierten risikoadjustierten Kennzahl wird überhaupt eine variable Vergütung gezahlt. Die Schwellenwerte werden jährlich festgelegt und insbesondere aus Solvabilitäts- und Risikokenngrößen bestimmt.“ Im Geschäftsjahr 2016 ist Voraussetzung für die Gewährung variabler Vergütung das Erreichen des Schwellenwertes der Economic Solvency Ratio der Assicurazioni Generali S.p.A. in Höhe von 130%.

Weder auf der Vorstandsebene noch auf der Ebene der Mitarbeiter werden im Rahmen der jeweiligen Vergütungsmodelle negative Anreize gesetzt. Sie werden regelmäßig so gestaltet, dass durch die Zielerreichung keine Interessenkonflikte ausgelöst und keine Anreize zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen geschaffen werden.

Die Eckdaten der Vergütungssystematik der Generali Lebensversicherung AG sind aus der folgenden Abbildung ersichtlich (Stand 10/2016):

Die Eckdaten der Vergütungssystematik

	variabler Anteil	Zusammensetzung variabler Anteil
Vorstandsmitglieder		
Vorstand	44%-67%	Aufgeteilt in Kurzfristbonus und aktienbasierten Langfristbonus, Deckelung bei 200% der festen Vergütung
Vorstand in Internal Control Function	23%	100% qualitative Ziele, kein Langfristbonus, Deckelung bei 200% der festen Vergütung
Angestellte des Innendienstes		
Erste Führungsebene und Bereichsvorstände Vertrieb	20%-35%	55% Unternehmens-/ Konzernziele, 45% individuelle Ziele Konzern-/ Unternehmensziele aus denen des Vorstands abgeleitet
Zweite Führungsebene - leitend	20%-25%	55% Unternehmens-/ Konzernziele, 45% individuelle Ziele Konzern-/ Unternehmensziele aus denen des Vorstands abgeleitet
Zweite Führungsebene - nicht leitend	15% - 25%	60% Unternehmens-/ Konzernziele, 40% individuelle Ziele
Angestellte mit übertariflicher Vergütung	bis zu 20%	60% Unternehmens-/ Konzernziele, 40% individuelle Ziele
Angestellte mit tariflicher Vergütung	bis zu 7,7%	60% Unternehmens-/Konzernziele , 40% weitere Ziele
Angestellte des Außendienstes		
Zahlung eines Grundeinkommens und erfolgsabhängiger Bezüge, überwiegend Geschäftsplantantieme, außerdem Superprovisionen, Abschlussprovisionen, Betreuungsprovisionen.		

Zusatzrenten- und Vorruhestandsregelungen

Vor dem Jahr 2016 wurde Vorständen mit den Verträgen eine endgehaltsbezogene Pensionszusage erteilt. Bei Vorstandstätigkeit bis zum Rentenalter waren: 50% des Grundgehaltes als monatliche Rente vorgesehen. Bei einem Ausscheiden nach dem 55. Lebensjahr bestand bei Erfüllung der Voraussetzungen zusätzlich ein Anspruch auf eine Sofortrente, auf die 50% von anderen Einkünften angerechnet werden.

Im Frühjahr 2016 wurde eine neue Versorgungsordnung für die Geschäftsleitung und leitende Angestellte eingeführt. Hierbei handelt es sich um ein beitragsorientiertes System. Die Versorgungszusage wird kombiniert über eine Direktzusage der Gesellschaft und über eine Zusage einer rückgedeckten Unterstützungskasse durchgeführt. Dabei wird die Versorgung vollständig von der Gesellschaft finanziert, in dem sie sich verpflichtet, bestimmte Versorgungsbeiträge in eine Anwartschaft auf betriebliche Altersversorgung umzuwandeln.

Die Versorgungszusage umfasst grundsätzlich Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen. Für die Altersleistungen wird die Versorgung über eine rückgedeckte Unterstützungskasse durchgeführt, für die Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen über eine Direktzusage der Gesellschaft.

Die Versorgungsleistungen aus der Zusage über die rückgedeckte Unterstützungskasse werden von der Generali Deutschland Konzern-Unterstützungskasse e.V. gewährt. Diese schließt dazu bei der Generali Lebensversicherung AG eine Rückdeckungsversicherung in entsprechender Höhe ab. Die Höhe der Al-

tersrente leitet sich aus der individuellen Höhe des Versorgungsbeitrages ab und richtet sich nach den maßgeblichen Bestimmungen des Versicherungstarifes der Rückdeckungsversicherung der Unterstützungskasse.

B.1.6 Wesentliche Transaktionen im Berichtszeitraum

Es lagen keine wesentlichen Transaktionen mit Anteilseignern (natürliche Personen), Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, oder Mitgliedern des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsorgans vor.

Mit verbundenen Unternehmen bestehen insbesondere Transaktionen hinsichtlich konzerninterner Rückversicherung, Dienstleistungsbeziehungen sowie konzerninterner Darlehensvergabe.

B.1.7 Angemessenheit des Governance-Systems

Die Generali Lebensversicherung AG hat ein Governance-System etabliert, welches ein solides und vorsichtiges Management des Versicherungsgeschäfts ermöglicht und somit den Vorgaben der §§ 23-32 VAG entspricht. Das etablierte System spiegelt die Wesensart, den Umfang und die Komplexität der Tätigkeit der Gesellschaft wider. Es unterliegt regelmäßigen Überprüfungen und bei Bedarf Anpassungen.

Das Governance-System baut auf einem gruppenweiten Leitliniensystem (Abschnitt B.1.3) auf. Es umfasst eine angemessene transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten sowie ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen.

Das Governance-System umfasst neben dem Vorstand, dem Aufsichtsrat und der Organisationsstruktur des Unternehmens adäquate Vergütungssysteme (Abschnitt B.1.5), die Umsetzung der sogenannten Fit & Proper-Anforderungen (Abschnitt B.2), das Risikomanagementsystem inklusive unternehmenseigener Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Abschnitt B.3), das interne Kontrollsystem (Abschnitt B.4), die Einrichtung der vier unabhängigen Schlüsselfunktionen (Abschnitte B.3 - B.6) und Regelungen für die Ausgliederungen wichtiger Funktionen und Prozesse (Abschnitt B.7).

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

B.2.1 Anforderungen

Alle Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, müssen gemäß § 24 VAG jederzeit über ausreichende Berufsqualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten, sowie persönlich zuverlässig sein („Fit & Proper“). Die Umsetzung dieser Anforderungen erfolgt bei der Generali in Deutschland durch die gruppenweit gültige, zu den lokalen Anforderungen konforme Group Fit & Proper Policy. Diese legt fest, welche Personengruppen im Unternehmen einer Überprüfung unterzogen werden, und definiert, welche Anforderungen für die jeweiligen Personengruppen gelten und wie deren Einhaltung zu überprüfen ist. Die Compliance-Funktion stellt dabei sicher, dass die Anforderungen an die Personengruppen den jeweils geltenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben entsprechen. Im Folgenden werden die gemäß der Group Fit & Proper Policy relevanten Personengruppen sowie die zugehörigen Anforderungen aufgeführt.

Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Versicherungsgesellschaften müssen individuell sowie kollektiv über Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die die folgenden Bereiche abdecken:

- Versicherungs- und Finanzmärkte,
- Marktumfeld des Unternehmens, Geschäftsstrategie sowie Geschäftsmodell,

- Governance-System,
- finanz- und versicherungsmathematische Analyse sowie
- regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen.

Seit Anfang des Jahres 2017 werden Aufsichtsratsmitglieder gebeten, im Rahmen der Fit & Proper Einschätzung anzugeben, inwieweit sie über Kenntnisse in den Bereichen Kapitalanlage und Rechnungslegung verfügen. Des Weiteren müssen sie, wie auch Vorstandsmitglieder, über Kenntnisse der Versicherungstechnik verfügen.

Von Vorstandsmitgliedern wird zusätzlich zu den Fachkenntnissen drei Jahre Leitungserfahrung bei einem Versicherungsunternehmen gefordert.

Weitere Personengruppen, an die aufgrund aufsichtsrechtlicher Relevanz besondere Anforderungen hinsichtlich ihrer Qualifikation und Zuverlässigkeit bestehen, sind die verantwortlichen Personen für die vier Schlüsselfunktionen sowie deren Mitarbeiter und die diesbezüglichen Ausgliederungsbeauftragten. Diese Personengruppen müssen individuell über hinreichende Kenntnisse ihres jeweiligen Fachgebiets verfügen und darüber hinaus den Anforderungen der für sie relevanten fachspezifischen Group Policies (z.B. Group Risk Management Policy, Group Audit Policy) entsprechen. Ausgliederungsbeauftragte müssen über eine hinreichende Qualifikation verfügen, um die ausgegliederten Aktivitäten kontrollieren zu können, d.h. sie müssen in der Lage sein, das Vorgehen des Servicedienstleisters sowie die erzielten Ergebnisse zu bewerten und zu hinterfragen.

Darüber hinaus sieht die Group Fit & Proper Policy vor, dass ausgewählte Führungskräfte (z.B. Chief Investment Officer, Leiter Personal und Leiter Recht) sowie der Geldwäschebeauftragte ebenfalls definierte fachliche Anforderungen erfüllen müssen.

Hinsichtlich der persönlichen Zuverlässigkeit besteht an alle obigen Personengruppen der Anspruch, dass keine strafrechtlichen Verurteilungen wegen Wirtschaftsdelikten oder Straftaten vorliegen, welche an der Ehrlichkeit der Person zweifeln lassen. Außerdem dürfen keine negativen Beurteilungen durch die Aufsichtsbehörden oder schwerwiegende disziplinarische bzw. administrative Maßnahmen aufgrund von vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Fehlverhalten gegeben sein. Eine Nichterfüllung dieser Bedingungen führt i.d.R. dazu, dass die jeweilige Tätigkeit nicht mehr ausgeübt werden darf.

B.2.2 Maßnahmen und Verfahren zur Sicherstellung der Fit & Proper-Anforderungen

Im Rahmen der Umsetzung der Fit & Proper Policy wurde ein Prozess zur Überprüfung der Einhaltung von Standards im Hinblick auf Fit & Proper-Anforderungen etabliert. Dieser umfasst die Sammlung, Bewertung, Dokumentation und Ablage der erforderlichen Nachweise. Die Überprüfung erfolgt initial bei Aufnahme einer entsprechenden Tätigkeit sowie regelmäßig im Rahmen einer jährlichen Prüfung, und jeweils durch die Abgabe einer Selbsterklärung der betroffenen Personen. Mit der Selbsterklärung bestätigt die überprüfte Person unter Beilegung bestimmter Unterlagen (z.B. detaillierter Lebenslauf, Nachweise fachlicher Fortbildung und ein einfaches polizeiliches Führungszeugnis) die Kenntnisnahme der Fit & Proper Policy und, dass die eigene fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit den oben beschriebenen Anforderungen genügen. Die Bewertung der Erfüllung der Fit & Proper-Anforderungen erfolgt durch die ernennende Person bzw. das ernennende Gremium. Bei Vorstandsmitgliedern erfolgt diese Bewertung durch den Aufsichtsrat, der Aufsichtsrat bewertet sich und seine Mitglieder selbst. Bei den übrigen oben genannten Personen erfolgt die Bewertung durch den Vorstand.

Im Berichtszeitraum wurden Bewertungen für Vorstand und Aufsichtsrat, die verantwortliche Person für die unabhängige Risikocontrollingfunktion, die Ausgliederungsbeauftragten für die drei weiteren Schlüsselfunktionen, den Geldwäschebeauftragten sowie für die sonstigen relevanten Führungskräfte durchgeführt, alle mit positivem Ergebnis.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Beschreibung des Risikomanagementsystems

Ein wesentlicher Bestandteil des Governance Systems der Generali Lebensversicherung AG ist das Risikomanagementsystem. Rechtliche Anforderungen an dieses ergeben sich aus den §§ 26 – 27 des VAG. Eine Konkretisierung der Anforderungen erfolgte durch das zum 1. Februar 2017 in Kraft getretene Rundschreiben R 2/2017 „Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo)“.

Seitens der internationalen Generali Gruppe wurde zwecks Ausgestaltung des Risikomanagementsystems die Leitlinie „Group Risk Management Policy“ erstellt und vom Vorstand der Generali Lebensversicherung AG verabschiedet. Konkretisiert wird sie durch den ebenfalls vom Vorstand verabschiedeten sog. „Risikomanagement-Kodex“, der die Operationalisierung des Risikomanagements der Generali Lebensversicherung AG definiert.

Gegenstand des Risikomanagementsystems sind alle internen und externen Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist. Diese lassen sich unterteilen in Risiken, die in die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung einfließen sowie weitere, die bei dieser Berechnung nicht oder nicht vollständig erfasst werden. Das Risikomanagementsystem deckt insbesondere die folgenden Bereiche ab:

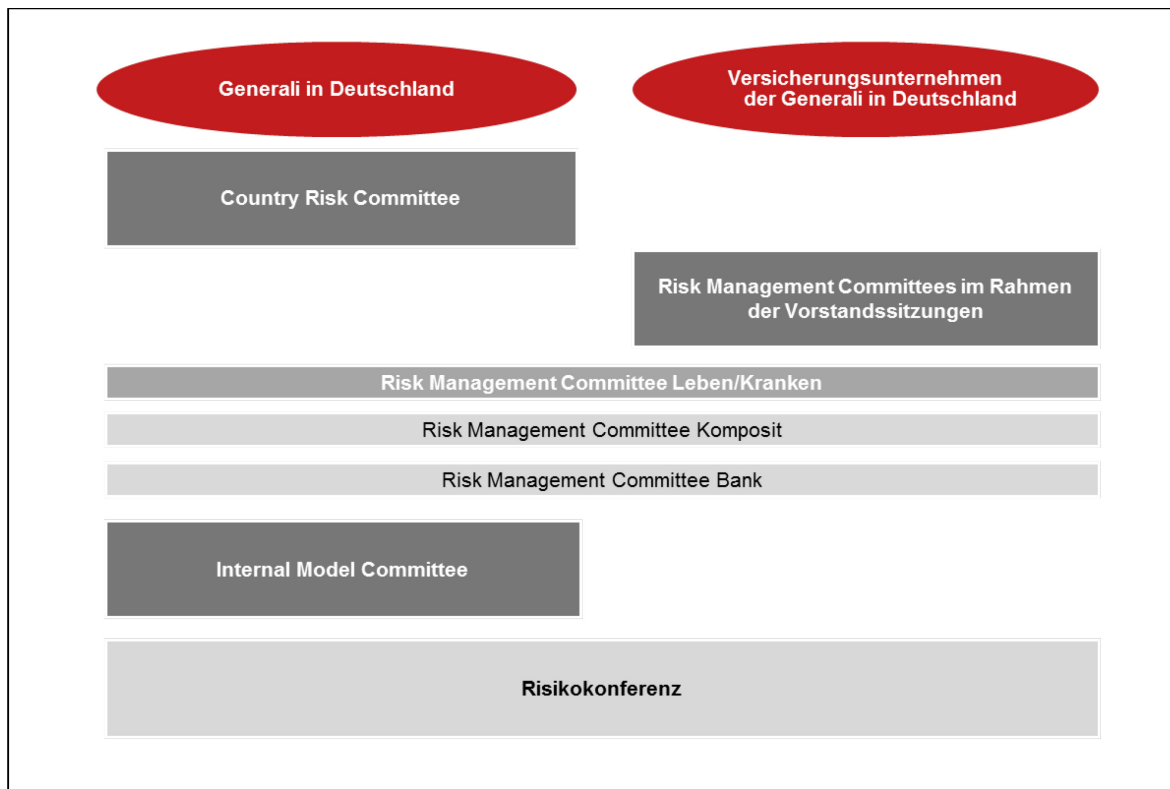
- Zeichnung von Versicherungsrisiken und die Bildung von Rückstellungen
- Aktiv-Passiv-Management
- Kapitalanlagen, insbesondere Derivate und Instrumente von vergleichbarer Komplexität
- Steuerung des Liquiditäts- und des Konzentrationsrisikos
- Steuerung operationeller Risiken
- Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken

B.3.2 Umsetzung des Risikomanagementsystems

Die Umsetzung des Risikomanagementsystems erfolgt in der Generali Deutschland sowie in der Generali Lebensversicherung AG über die nachfolgend beschriebenen Gremien, Vorgaben und Strategien, die die Risikoneigung sowie den konkreten Umgang mit einzelnen Risiken festlegen.

Gremien

Zur Erörterung und Überwachung der gruppenweiten Risikosituation sowie zur Steuerung der identifizierten Risiken und Ableitung von entsprechenden Maßnahmen sind Risk Management Committees eingerichtet. Sie finden i.d.R. vierteljährlich statt und haben eine beratende Funktion. Die folgende Abbildung gibt einen Überblick der Gremien mit Risikomanagementbezug bei der Generali in Deutschland.



Das „Country Risk Committee“ unter dem Vorsitz des Chief Risk Officer (CRO, siehe Abschnitt B.3.3), beschäftigt sich mit der gesamten Risikosituation der Generali in Deutschland. Mitglieder sind der Vorstand der Generali Deutschland AG, der Chief Investment Officer (CIO), verschiedene Functional Heads⁷ und bei Bedarf weitere Teilnehmer.

Die segmentspezifische Risikosituation der Lebensversicherung wird im konzernweiten Komitee „Risk Management Committee Leben/Kranken“ behandelt. Mitglieder sind die Vorstände der Konzernunternehmen für den Bereich Versicherungstechnik Leben/Kranken, der CRO der Generali in Deutschland, der Chief Insurance Officer (CInSO) Life/Health sowie weitere Functional Heads und Führungskräfte.

Auf Ebene der Konzernunternehmen finden regelmäßig „Risk Management Committees“ mit Fokus auf unternehmensspezifischen Themen mit Risikorelevanz während der Vorstandssitzungen statt.

Das „Internal Model Committee“ ist ein Entscheidungsgremium zu den Fragen des Partiellen Internen Modells. Regelmäßige Teilnehmer sind der CRO und die für das Partielle Interne Modell verantwortlichen Führungskräfte.

Der Prozess zur Risikoidentifikation und -klassifikation enthält als Kernelement die jährlich unter Teilnahme des Vorstands sowie weiterer Führungskräfte in allen Konzernunternehmen stattfindenden Risikokonferenzen. Themen sind die Entwicklung der Risikosituation, Risikominderungsmaßnahmen sowie potenzielle neue Risiken (siehe Abschnitt B.3.4).

⁷ Innerhalb der Matrixorganisation Verantwortliche für zentralisierte Funktionen

Bestimmung der Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement, SCR) wird von der Mehrzahl der Versicherungsgesellschaften der Generali in Deutschland – und auch von der Generali Lebensversicherung AG – mit Hilfe eines genehmigten Partiellen Internen Modells bestimmt.⁸ Das Verhältnis zwischen Eigenmitteln und SCR wird durch die ökonomische Solvenzquote (Economic Solvency Ratio, ESR) ausgedrückt. Diese dient als Schlüsselindikator für die Solvenzausstattung des Unternehmens.

Governance des Partiellen Internen Modells

Der Rahmen für die Governance des Partiellen Internen Modells zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen wird durch Leitlinien beschrieben, die Vorgaben zu Prozessen, Rollen, Verantwortlichkeiten, Modelländerungen und zur unabhängigen Validierung enthalten. Bei der Governance des Partiellen Internen Modells nimmt das Internal Model Committee eine Schlüsselrolle ein und bestätigt Methodik, Annahmen, Parameter sowie Berechnungsergebnisse. Die Risikomanagement-Funktion (Abschnitt B.3.3) ist im Hinblick auf die Nutzung des Partiellen Internen Modells für Konzeption und Umsetzung, Testen und eine von der Risikomanagement-Funktion unabhängige Validierung, Dokumentation, Analyse der Ergebnisse und Erstellung zusammenfassender Berichte verantwortlich. Außerdem unterrichtet sie den Vorstand und Aufsichtsrat über die Funktionsfähigkeit und Ergebnisse des Partiellen Internen Modells und regt Verbesserungen an.

Die Freigabe der Ergebnisse liegt – auch bei Funktionsausgliederungen - in der Verantwortung des Vorstands des jeweiligen Konzernunternehmens. Hierzu sind Freigabeprozesse für alle Ergebnisse eingerichtet. Sie bestehen aus einer technischen Freigabe durch Führungskräfte und den CRO sowie einer Management-Freigabe durch die verantwortlichen Mitglieder des Vorstands.

Um die Vollständigkeit, Stabilität und Zuverlässigkeit der Prozesse und Ergebnisse des Partiellen Internen Modells sowie deren Einklang mit den regulatorischen Anforderungen sicherzustellen, hat die Generali in Deutschland ein Validierungsverfahren etabliert. Eine unabhängige, d.h. nicht in die Modellierung oder Berechnungen involvierte Einheit, hinterfragt und beurteilt die von den Modellentwicklern und -nutzern durchgeführten Analysen und Kontrollen. Die Validierungsergebnisse werden pro Modellkomponente zusammengefasst, in einem unternehmensspezifischen Validierungsbericht erläutert und im Anschluss im Country Risk Committee erörtert.

Risikostrategie

Die Risikostrategie basiert auf der Geschäftsstrategie und dokumentiert die Risikoneigung der Gesellschaft durch die Vorgabe einer „weichen Toleranzstufe“ (Soft Tolerance) sowie den Umgang mit den identifizierten und bewerteten Risiken. Der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird dargestellt sowie daraus resultierende Leitlinien für deren Handhabung. Dabei werden Risikoerwägungen und der Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess einbezogen. Die Risikostrategie ist so gestaltet, dass sie von den Verantwortlichen für die operative Steuerung der Risiken umgesetzt werden kann. Wesentliche risikostrategische Elemente der Geschäftsstrategie des Unternehmens sind:

- Marken- und Vertriebswegevielfalt sowie ein Produkt-Mix als Kern der Risikodiversifikation,
- Ausrichtung auf Privatkunden- und Firmenkundengeschäft zur Begrenzung von Risiken und zur Nutzung der Diversifikation,
- Konzentration auf den deutschen Markt zur Reduktion bzw. Vermeidung von Rechts- und Währungsrisiken,
- Bündelung von Know-how und Nutzung von Skaleneffekten zur Reduktion und Absicherung von operationellen Risiken.

⁸ Zur Methodik siehe Abschnitt E2

Die Geschäftsleitung überprüft sowohl die Geschäftsstrategie als auch die Risikostrategie mindestens einmal im Jahr. Bei substantziellen Veränderungen des Gesamtrisikoprofils, bspw. bei Aufnahme neuer Geschäftsfelder, Einführung neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- oder Rückversicherungsprodukte, Auswirkungen von Veränderungen in der Risikoeinschätzung oder Änderung der Konzerngeschäftsstrategie, können Änderungen der Risikostrategie – auch unterjährig – erforderlich werden. Die Risikostrategie wird von der Geschäftsleitung verabschiedet, dem Aufsichtsrat berichtet und je nach Bedarf mit diesem erörtert.

Risikotragfähigkeitskonzept und Risk Appetite Framework

Der Begriff Risikotragfähigkeit beschreibt die Fähigkeit eines Versicherungsunternehmens, Verluste mit Hilfe der vorhandenen Risikodeckungsmasse, d.h. der ökonomischen Eigenmittel, zu kompensieren, ohne dass daraus eine Gefahr für die Existenz des Unternehmens resultiert. Zur Sicherstellung einer hinreichenden Risikotragfähigkeit aller Versicherungsgesellschaften im Konzern hat die Assicurazioni Generali S.p.A. ein Risikotragfähigkeitskonzept, das sog. Group Risk Appetite Framework (RAF) etabliert, auch für die Generali Lebensversicherung AG.

Ziel ist die Festlegung des Risikoappetits und der Risikopräferenzen. Dies erfolgt über die Definition von quantitativen Indikatoren zur Begrenzung der Risikoübernahme und über die Etablierung von Prozessen zur Integration des Risikoappetits in die Entscheidungsprozesse unter Berücksichtigung der drei Hauptdimensionen Kapitalausstattung, Liquidität und Ertrag. Die internationale Generali Gruppe definiert Limite (Toleranzstufen), die lokal ausgestaltet werden, und überwacht diese auf Gruppen- und auf lokaler Ebene. Diese Limite werden in „harter“ sowie in „weicher“ Ausprägung festgelegt, wobei die Verletzung harter Limite umgehend dezidierte Risikominderungsmaßnahmen auslöst. Bei Verletzung eines weichen Limits erfolgt eine sukzessive Umsetzung von Risikominderungsmaßnahmen in Kombination mit einer engen Überwachung der betroffenen Gesellschaft. Risikominderungsmaßnahmen umfassen zum Beispiel den Einsatz von Rückversicherungslösungen und den Verkauf risikobehafteter Kapitalanlagen.

Limitsysteme

Ein Limitsystem ist eine systematisch aufgebaute und an die langfristigen Bedürfnisse eines Unternehmens angepasste Gruppe von Kenngrößen, die für die Steuerung von Risiken eingesetzt wird. Die Generali Lebensversicherung AG hat sowohl Bottom Up-Limitsysteme auf Basis von operativen Zeichnungs- und Kapitalanlagelimiten als auch ein Top Down-Limitsystem im Einsatz.

Das Top Down-Limitsystem basiert auf den oben beschriebenen weichen Limiten des Risk Appetite Frameworks zur Kapitalausstattung. Auf Basis von unterjährigen Berechnungen des Partiellen Internen Modells wird die Entwicklung einzelner Risikotreiber mit einem bestimmten Budget an Eigenmitteln verglichen, das sich aus dem weichen Limit ableitet. Die Risikobudgetierung erfolgt einmal jährlich, unter Einbeziehung von Ist- und Planergebnissen des Partiellen Internen Modells sowohl auf Unternehmensebene als auch für die maßgeblichen Risikotreiber. Die vierteljährlichen Messungen der Limitauslastungen zeigen an, ob die Entwicklung von Kapitalanlage-, versicherungstechnischen oder sonstigen Risiken Anpassungsbedarf auslöst.

Bottom Up-Limitsysteme enthalten Detailvorgaben und Grenzen für die Steuerung des operativen Geschäfts und legen Handlungsspielräume fest, die es der Gesellschaft ermöglichen, ihre Risiken innerhalb eines vorgegebenen Risikoprofils zu steuern. Limite beziehen sich auf die Ebene einzelner Geschäfte, z. B. auf die Zeichnung von Versicherungsrisiken, Vollmachten bei der Leistungsregulierung, Zeichnung von Rückversicherungsverträgen sowie auf das Handeln und die Verwaltung von Kapitalanlagen (Grenzvorgaben für Aktienquoten, Währungsexposures oder Emittenten-Volumina in den Kapitalanlagerichtlinien). Die in diesem Rahmen gesetzten Limite unterliegen einer regelmäßigen Überwachung und Berichterstattung.

B.3.3 Risikomanagement-Funktion

Versicherungsunternehmen müssen eine Risikomanagement-Funktion⁹ einrichten, die so strukturiert ist, dass sie die Umsetzung des Risikomanagementsystems maßgeblich unterstützt (§ 26 VAG). Da die Generali Lebensversicherung AG ein Partielles Internes Modell verwendet, nimmt die Risikomanagement-Funktion zusätzlich Aufgaben im Zusammenhang mit dem Partiellen Internen Modell wahr.

Die Risikomanagement-Funktion ist für alle Konzernunternehmen (mit Ausnahme der Deutschen Bausparkasse Badenia AG¹⁰) zentral im Vorstandsressort Risikomanagement eingerichtet. Der Ressortvorstand Risikomanagement ist Inhaber dieser Funktion und Chief Risk Officer (CRO) der Generali in Deutschland und der Konzernunternehmen. Der CRO agiert unabhängig vom operativen Geschäft und verantwortet die Umsetzung und den Betrieb des Risikomanagementsystems.

Die Risikomanagement-Funktion erfüllt ihre Aufgaben unabhängig, hat die Richtlinien- und Methodenkompetenz für das Risikomanagement, um die Funktionsfähigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Risikomanagementprozesses zu ermöglichen und hat Zugang zu allen Informationen des Unternehmens mit Relevanz für das Risikomanagement. Die Aufgaben umfassen:

- Implementierung des Risikomanagementsystems innerhalb des vorgegebenen Rahmens: Risk Appetite Framework, Limitsystem, unternehmensspezifische Risikostrategien und lokale Leitlinien, Definition und Implementierung der Risikomanagementprozesse und Aktivitäten;
- Koordination der Risikomanagementaktivitäten;
- Etablierung von Prozessen zur Risikokontrolle, Frühwarnaufgaben sowie Risikoberichterstattung;
- Aufgaben im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung;
- Beratungsaufgaben bei Themen mit Bezug zum Risikomanagement;
- Durchführung der gruppenweiten Risk Management Committees;
- Lokale Implementierung des Partiellen Internen Modells und Durchführung der entsprechenden Berechnungen, Umsetzung der Internal Model Governance und Sicherstellung des regelmäßigen unabhängigen Validierungsprozesses.

B.3.4 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

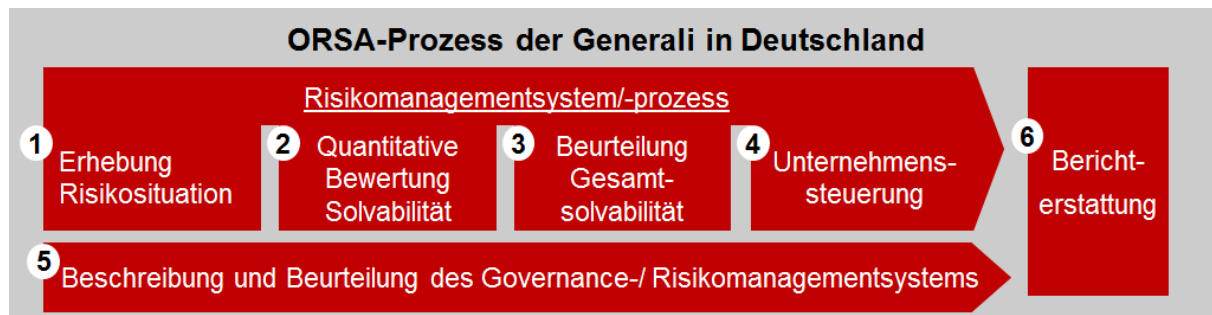
§ 27 VAG fordert die Durchführung einer unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) sowie eine entsprechende Berichterstattung. Dies beinhaltet mindestens einmal jährlich eine Beurteilung des vollständigen Risikoprofils zum gewählten Stichtag sowie für den Zeitraum der Mittelfristplanung. Insbesondere ist zu überprüfen, inwieweit die vorhandenen Eigenmittel ausreichen, um alle Risiken zu bedecken, sowohl die quantifizierbaren als auch die qualitativ beurteilten. Die Ergebnisse der mit einem Partiellen Internen Modell bzw. der Standardformel durchgeführten Berechnungen sind auf wesentliche Abweichungen vom tatsächlichen Risikoprofil der Gesellschaft zu untersuchen. Des Weiteren ist die Signifikanz der Abweichung zwischen dem Risikoprofil und den der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung zu Grunde liegenden Annahmen zu beurteilen und zu kommentieren.

Durch den ORSA-Prozess wird der Vorstand bei der Sicherstellung eines effektiven Risikomanagementsystems und der Operationalisierung der Risikostrategie unterstützt. Im ORSA-Bericht werden die wesentlichen Ergebnisse des ORSA-Prozesses beschrieben und der Aufsichtsbehörde übermittelt. Neben dem turnusmäßigen ORSA wird bei wesentlichen Änderungen des Risikoprofils ein sogenannter „Ad-hoc ORSA“ („nicht regulärer ORSA“) durchgeführt.

⁹ Deutsche Vorgaben verwenden den Begriff „unabhängige Risikocontrollingfunktion“

¹⁰ Die Badenia unterliegt den Vorschriften des Bankensektors (gemäß AT 4.4 MaRisk BA), welche eigene Governance-Funktionen (Risikomanagement- Funktion, Compliance Funktion und Interne Revision) fordern und ein Outsourcing dieser Funktionen nicht gestatten. Aus gesellschaftsrechtlicher Sicht und aktienrechtlicher Sicht wird die Badenia eng geführt. Das Management der Generali Deutschland AG und insbesondere der CRO befassen sich intensiv mit den Belangen der Badenia

Bei der Generali in Deutschland ist der ORSA-Prozess wie folgt strukturiert:



1. Erhebung der Risikosituation

Die Erhebung der Risikosituation erfolgt durch die Identifikation und Bewertung aller quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risiken sowie durch die Benennung entsprechender Maßnahmen zur Risikominderung.

Die Identifikation der Risiken, die nicht explizit durch das Partielle Interne Modell bzw. die Standardformel berücksichtigt werden oder eine weitere qualitative Betrachtung erfordern, erfolgt durch Expertenschätzungen und folgt dem etablierten Prozess der Risikoidentifikation und Risikokontrolle. Im Rahmen der Risikoinventur werden Interviews mit allen Functional Heads geführt, um eine Einschätzung der Risikolage der Generali in Deutschland zu erhalten. Die in der sog. Konzernrisikoliste zusammengefassten Ergebnisse dieser Gespräche werden in der Konzernrisikokonferenz vorgestellt und erörtert. Im Nachgang erfolgt - ggf. unter Berücksichtigung weiterer Interviews mit Risikoverantwortlichen der Generali Lebensversicherung AG - die Risikokonferenz der Gesellschaft, in der die unternehmensindividuelle Risikoeinschätzung vorgestellt und erörtert wird. Die Konzernrisikoliste wird vierteljährlich überprüft, umfasst Maßnahmen sowie deren Überwachung und deckt wesentliche operationelle Risiken und qualitativ bewertete Risiken (strategische Risiken, Reputationsrisiko, Ansteckungsrisiko und Emerging Risks) ab.

Wenn neue Risiken identifiziert werden und/oder sich das Risikoprofil wesentlich verändert, wird ein Ad-hoc-Meldeprozess ausgelöst. Liegt eine entsprechende Risikoindikation z.B. durch Meldung eines operativen Bereiches (Risikoverantwortliche) vor, entscheidet der CRO über die Notwendigkeit eines Ad-hoc ORSA und informiert im Bedarfsfall das Group Risk Management der Assicurazioni Generali S.p.A. Empfänger von Ad-hoc ORSA-Berichten sind grundsätzlich der Vorstand und Aufsichtsrat der Gesellschaft, der Vorstand und Aufsichtsrat der Generali Deutschland AG, Functional Heads sowie die BaFin.

Die Identifikation von Geschäftsprozessrisiken findet im Rahmen der regulären Geschäftsprozesse und unmittelbar durch die Risikoverantwortlichen statt. Liegt der potenzielle Schaden eines identifizierten Risikos oberhalb einer definierten Wesentlichkeitsschwelle, wird das Risiko in die laufende Beobachtung durch das Risikomanagement aufgenommen.

Die folgende Abbildung zeigt die von der Generali in Deutschland für das Segment Leben/Kranken verwendeten Risikokategorien.

Marktrisiko	Kreditrisiko	Versicherungstechnisches Risiko		Sonstige Risiken
		Leben/Kranken	Operationelles Risiko	
Aktien	Spread	Sterblichkeit		Liquiditätsrisiko
Aktienvolatilität	Migration	Langlebigkeit		Strategisches Risiko
Immobilien	Gegenparteiausfall	Invaldität/Morbidität		Reputationsrisiko
Währung		Storno		Ansteckungsrisiko
Zins		Kosten		Emerging Risk
Zinsvolatilität		Katastrophenrisiko		GC-Risiko
Marktkonzentration		Krankheitskostenrisiko		

2. Quantitative Bewertung der Solvabilität

Die Bestimmung der Eigenmittel und des SCR für quantifizierbare Risiken erfolgt zum 31.12. eines jeden Jahres. Zu internen Vergleichszwecken wird die Solvenzsituation der Gesellschaft neben der Berechnung mit dem Partiellen Internen Modell auch mit der Standardformel ermittelt. Das SCR wird sowohl auf Ebene einzelner Risikokategorien als auch auf Gesamtunternehmensebene berechnet und den vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt.

Im Rahmen des strategischen Planungsprozesses werden die Eigenmittel, die Kapitalanforderung und die Solvabilitätsquoten über drei Jahre projiziert.

3. Beurteilung der Gesamtsolvabilität

Die Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs umfasst – im Gegensatz zur quantitativen Bewertung mit Hilfe des Partiellen Internen Modells bzw. der Standardformel - eine Berücksichtigung des vollständigen Risikoprofils der Gesellschaft. Im Ergebnis bestimmt das Unternehmen den für die Unternehmenssteuerung relevanten Bedarf an Eigenmitteln, der für die dauerhafte Bedeckung aller unternehmensspezifischen Risiken erforderlich ist.

4. Unternehmenssteuerung

Die Ergebnisse des ORSA sind ein integraler Bestandteil der Managemententscheidungen, u.a. im Kapitalanlagenmanagement und der Produktentwicklung, der Unternehmenssteuerung sowie im strategischen Planungsprozess und darauf aufbauend bei der kurz- und langfristigen Kapitalplanung. Aktivitäten bzw. Ergebnisse des ORSA sind ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt in allen Risikomanagement-Gremien der Generali in Deutschland.

Die Zertifizierung eines (Partiellen) Internen Modells setzt voraus, dass das Management dieses versteht und seine Ergebnisse alle relevanten Entscheidungsprozesse integriert. Die Umsetzung dieses sogenannten Use-Tests stellt einen Eckpfeiler des ORSA dar, da die mit dem Partiellen Internen Modell bestimmte Solvenzquote eine Messgröße zur Beurteilung der Risikosituation ist.

Das Risikomanagement überprüft regelmäßig das Risikoprofil, die Umsetzung der Risikostrategie sowie die identifizierten Risiken und überwacht die für die Risikotragfähigkeit festgelegten Limite. Mögliche Li-

mitverletzungen werden analysiert, ggf. werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet und deren Wirksamkeit fortlaufend kontrolliert. Auf dieser Basis werden Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig über die Risikoexponierung sowie über die implementierten Maßnahmen informiert.

5. Beurteilung des Governance- und Risikomanagementsystems

Im Rahmen des ORSA werden ferner das Governance- und das Risikomanagementsystem beschrieben und beurteilt. Dies umfasst insbesondere die Bereiche Risikoidentifikation, Risikobewertungsmethoden und Risikosteuerungsmaßnahmen. Das Governance-System wird auf Vollständigkeit und Richtigkeit und auf die Berücksichtigung der ORSA-Ergebnisse bei strategischen Entscheidungen untersucht. Im Rahmen des ORSA wurden das Governance- und Risikomanagementsystem überprüft und als angemessen bewertet (siehe Abschnitte B1 und B3).

6. Berichterstattung

Der ORSA-Bericht wird jährlich zum 31.12. für jedes Versicherungsunternehmen erstellt und durch den Vorstand erörtert, überprüft und verabschiedet. Bei wesentlichen Änderungen des Risikoprofils (z.B. infolge wesentlicher Änderungen in der Geschäftstätigkeit oder außergewöhnlicher Ereignisse) erfolgt ein Ad-hoc ORSA, dessen zugehöriger Bericht der Aufsichtsbehörde übermittelt wird.

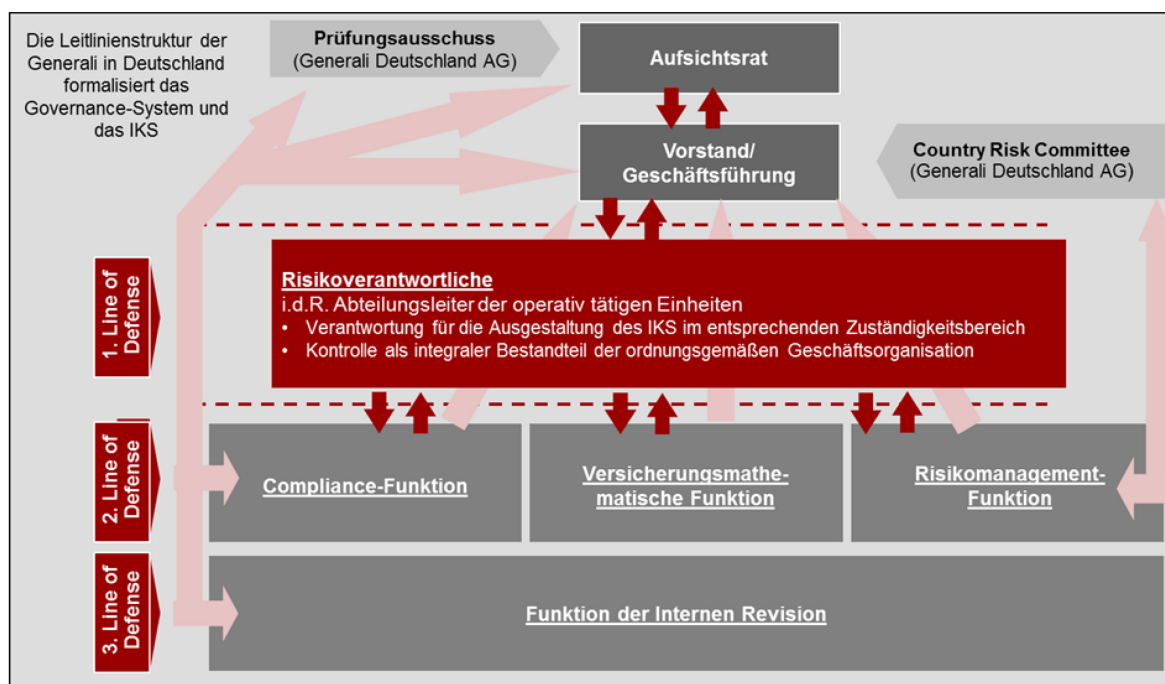
Zusätzlich zum jährlichen ORSA-Bericht werden Risikozwischenmitteilungen zu den Quartalsstichtagen erstellt. Diese enthalten aktuelle Solvabilitätsberechnungen sowie die Ergebnisse der qualitativen Risiko-berichterstattung.

Durch den ORSA-Bericht wird der Vorstand über die Risiken in Bezug auf die Vermögenswerte und Verpflichtungen, über nicht bilanzwirksame Ansprüche und Verpflichtungen, über deren quantitative und qualitative Bewertung sowie über die Gesamtrisikolage des Unternehmens informiert. Dies dient u.a. der Unterstützung des Managements bei der Entscheidungsfindung und bei der Integration der Risikostrategie in das operative Geschäft.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems und der wesentlichen Verfahren

Das interne Kontrollsystem (IKS) ist gemäß dem VAG der zweite Kernbestandteil des Governance-Systems. Nach § 29 VAG umfasst das IKS der Generali in Deutschland zum einen die Kontroll- und Überwachungsinstrumente der operativen Arbeitsprozesse in Form von Leitlinien, Arbeitsanweisungen und Verantwortlichkeiten, und zum anderen die Überwachungsaufgaben der Governance-Funktionen in den ihnen zugewiesenen Bereichen. Die Compliance-Funktion überwacht in allen Unternehmen die Einhaltung sämtlicher rechtlicher Vorgaben. Gemäß den von der Assicurazioni Generali erstellten und von allen Konzernunternehmen verabschiedeten „Group Directives on Internal Control and Risk Management System“ umfasst das IKS alle operativen, nicht-operativen und technischen Kontrollen im Unternehmen. Das IKS folgt der Systematik der „Three Lines of Defense“ (Verteidigungslinien) und spiegelt operative und verantwortungsspezifische Aspekte wider. Bei den „Three Lines of Defense“ handelt es sich um eine Systematik, die drei Arten von Überwachungsfunktionen unterschiedlichen Unternehmensbereichen zuordnet. Die drei Kontrollinstanzen stehen in Interaktion mit dem Management und dem Aufsichtsrat. In der folgenden Abbildung wird die Systematik der „Three Lines of Defense“ verdeutlicht.



Die drei Verteidigungslinien lassen sich wie folgt klassifizieren:

Auf der ersten Überwachungsebene sind prozessimmanente Kontrollen in den organisatorischen Abläufen installiert sowie Managementkontrollen eingerichtet. Diese bilden einen festen Bestandteil aller Geschäftsprozesse. Sie liegen im Wesentlichen in der Verantwortung der Leitung der jeweiligen operativen Einheit bzw. sonstiger Prozessverantwortlicher. Alle relevanten Prozesse und Kontrollen werden entsprechend dokumentiert.

Auf der zweiten Ebene wird die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der Kontrollen der ersten Ebene gesteuert und überwacht. Diese Aufgabe wird wahrgenommen durch:

- die Risikomanagement-Funktion, die das Risikoprofil der Generali Lebensversicherung AG und die Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite überwacht,
- die Compliance-Funktion, die die Überwachung der Einhaltung von Gesetzen und internen Vorschriften verantwortet, um das Risiko rechtlicher oder aufsichtsrechtlicher Sanktionen, wesentlicher finanzieller Verluste oder von Reputationsverlusten aus der Verletzung rechtlicher Vorschriften zu verringern,
- die Versicherungsmathematische Funktion, die den gesamten Prozess der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen überwacht, die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben für die Rückstellungsbewertung sicherstellt, mögliche Abweichungen identifiziert und für deren Behebung sorgt.

Neben den aufgeführten Schlüsselfunktionen sind noch weitere Funktionen für die zweite Verteidigungslinie relevant, wie z.B. Planung und Controlling, Betrugs-Präventionsfunktion und der Geldwäschebeauftragte.

Auf der dritten Kontrollebene erfolgt die unabhängige Beurteilung des IKS durch die Konzernrevision zur Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit der internen Kontrollen. Die Revisionsaktivitäten bestehen aus planmäßigen und außerplanmäßigen Prüfungen bei den operativen Einheiten sowie aus Beratungsleistungen (Analysen und Bewertungen von Risiken).

B.4.2 Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion

Compliance umfasst bei der Generali in Deutschland die Einhaltung aller Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie vertraglicher Verpflichtungen und freiwillig eingegangener Selbstverpflichtungen. Die Compliance-Funktion überwacht die Einhaltung dieser Anforderungen, indem sie risikoorientiert die Einhaltung der für das Unternehmen geltenden Vorschriften, insbesondere jener mit Relevanz für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts, prüft und ggf. notwendige Abhilfemaßnahmen ergreift. Der besondere Fokus liegt dabei auf der Sicherstellung, dass durch die Prozessverantwortlichen hinreichende Kontrollen implementiert wurden bzw. werden.

Die Ausgestaltung der Compliance-Funktion ist gruppenweit einheitlich in der „Group Compliance Policy“ sowie in der Richtlinie "Compliance Management System der Generali Deutschland Gruppe" festgelegt“.

Die Compliance-Funktion der Generali in Deutschland ist nicht vollständig zentral auf Ebene der Generali Deutschland AG, sondern in Teilen auch dezentral eingerichtet. Bei der Generali Lebensversicherung AG wurde die Funktion des local Compliance Officers auf die Generali Deutschland AG ausgegliedert. Dort wird die Rolle verantwortlich vom Country Compliance Officer wahrgenommen.

Funktion des (local) Compliance Officer

Der local Compliance Officer übernimmt auf Ebene der Generali Lebensversicherung AG operativ die Implementierung sowie den Betrieb und die methodische Weiterentwicklung des Compliance Management Systems. Dazu erstellt er jährlich u.a. einen Compliance Plan und berät den Vorstand über Themen im Zusammenhang mit Compliance.

Der Compliance Officer überwacht das Rechtsumfeld und beurteilt die Auswirkungen von Rechtsänderungen für das Unternehmen sowie das damit verbundene Compliance-Risiko. Ferner beobachtet der Compliance Officer weitere Risikoindikatoren für das Unternehmen.

Der Compliance Officer organisiert im Auftrag der Geschäftsleitung ein umfassendes Compliance Risk Assessment, in dessen Rahmen die Compliance-Risiken der Generali Lebensversicherung AG identifiziert, beurteilt und anschließend Maßnahmen zur Minimierung der Risiken vorgeschlagen werden.

Der Compliance Officer agiert darüber hinaus als Ansprechpartner für Anfragen zur Einhaltung der Compliance-Regeln und initiiert präventive Maßnahmen, um etwaigen Compliance-Risiken entgegenzuwirken (z.B. Präsenzs Schulungen, eLearning, Intranet, Broschüren etc.). Die Weiterentwicklung des Compliance Management erfolgt durch die Implementierung und Anwendung gruppenweit geltender, Compliance-bezogener Regelwerke sowie sonstiger, risikobegrenzender Maßnahmen.

Der Compliance Officer veranlasst bzw. unternimmt ggf. unter Hinzuziehung anderer Funktionen oder Dritter die Aufklärung und die Verfolgung von ihm bekannt gewordenen Compliance-Verstößen. Hierzu wurde ein entsprechendes Whistleblowing-System implementiert.

Der Compliance Officer informiert den Vorstand regelmäßig zum Stand der Implementierung und zur Funktionsfähigkeit des Compliance Management Systems sowie anlassbezogen über Compliance-Verdachtsfälle und sonstige Compliance-relevante Vorgänge.

(Country) Compliance Officer

Der Country Compliance Officer steuert alle gruppenweit relevanten Themen, Fragen und Prozesse zur Ausgestaltung des Compliance Management Systems, wie z.B.

- Identifikation von Themen und Prozessen, die einheitlich oder zentral bearbeitet werden sollten, und Koordination der weiteren Bearbeitung durch eine Compliance-Konferenz bzw. deren Ausschüsse,
- Wahrnehmung einer Schnittstellenfunktion zwischen den Compliance-Funktionen der Generali in Deutschland und der Compliance-Funktion der Assicurazioni Generali, insbesondere im Hinblick auf die Meldung erheblicher Compliance-Verstöße,
- Teilnahme an der Untersuchung wesentlicher Compliance-Themen, Risiken und Verdachtsfällen der Konzernunternehmen der Generali in Deutschland.

B.5 Funktion der Internen Revision

Auftrag und Aufgaben der Konzernrevision wurden unter Berücksichtigung der Vorgaben der Internal Audit Policy der Assicurazioni Generali sowie der berufsständischen Anforderungen des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. Deutschen Instituts für Interne Revision e.V. (DIIR) definiert.

Die Funktion der Internen Revision führt selbstständige, (prozess-)unabhängige und risikoorientierte Prüfungen, Beurteilungen und Beratungstätigkeiten durch und unterstützt die Konzernleitung sowie die Geschäftsleitungen der Konzernunternehmen bei der Wahrnehmung ihrer Überwachungsfunktion. Die Konzernrevision ist zudem Ansprechpartner bei dolosen Handlungen, verfügt über Spezialwissen und besitzt – insofern als Teil der Compliance-Organisation des Konzerns - Richtlinienkompetenz zur Aufklärung von definierten Compliance-Verstößen. Der nachhaltige Schutz des betrieblichen Vermögens vor Verlusten jeglicher Art, die Förderung der Geschäftspolitik und die Wertsteigerung des Unternehmens durch Überprüfung der Zweckmäßigkeit, Funktionsfähigkeit, Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems in Bezug auf alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aktivitäten der gesamten Geschäftsorganisation der Generali in Deutschland sind die Ziele der Revisionsaktivitäten. Alle Erkenntnisse, Empfehlungen und Aktionspläne der Funktion der Internen Revision sind der Geschäftsleitung und/oder den Aufsichtsorganen mitzuteilen. Maßnahmen in Bezug auf die einzelnen internen Revisionsergebnisse und Empfehlungen werden getroffen und deren Durchführung sichergestellt.

Organisationsstruktur

Die Konzernrevision ist die zentrale Funktion der Internen Revision für die gesamte Generali in Deutschland (mit Ausnahme der Deutschen Bausparkasse Badenia AG, die über eine eigene Innenrevision ver-

fügt¹¹⁾ und dem Vorstandsvorsitzenden der Generali Deutschland AG disziplinarisch und fachlich direkt unterstellt.

Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Konzernrevision obliegt der gesamten Konzernleitung und kann nicht delegiert werden. Die Konzernunternehmen haben die Revisionstätigkeiten im Rahmen einer Funktionsausgliederung an die Konzernrevision übertragen. In jedem Konzernunternehmen ist ein Ausgliederungsbeauftragter¹²⁾ benannt, der eine Schnittstellenfunktion zwischen Konzernunternehmen und Interner Revision einnimmt. Der Ausgliederungsbeauftragte ist in dieser Funktion überwachend und beurteilend tätig. Er unterstützt bei der Prüfungsplanung, bei der Sicherstellung der ordnungsmäßigen Durchführung der Revisionstätigkeiten, der Beseitigung der festgestellten Mängel und bei der Erstellung der jährlichen Berichterstattung. Er trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der ausgegliederten Aufgaben.

Die Prüfungsplanung, -vorbereitung und -durchführung sowie die Berichterstattung erfolgen auf Basis der Standards der Konzernrevision (Richtlinienkompetenz).

Der Leiter der Konzernrevision informiert den Vorstand der Generali Deutschland AG, die geschäftsführenden Organe der betroffenen Konzernunternehmen, den Aufsichtsrat, den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats der Generali Deutschland AG (Audit Committee), das Board of Statutory Auditors (Kontrollgremium auf internationaler Ebene zur Gewährleistung der Einhaltung der geltenden Gesetze und Vorschriften) und das Group Audit Department anlassbezogen, nach Aufforderung und im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung. Darüber hinaus existiert eine Solid Line zum Head of Group Audit.

Sicherstellung der Unabhängigkeit und Funktionstrennung

Als Stabsstelle ist die Konzernrevision von den operativen Arbeitsprozessen losgelöst, unabhängig und organisatorisch selbstständig. Bei ihrer Arbeit orientiert sie sich an den Interessen der Generali in Deutschland, die durch die Strategie bzw. die Ziele der Assicurazioni Generali S.p.A. vorgegeben sind. Bei der Prüfungsplanung, -durchführung, -bewertung und Berichterstattung hält die Konzernrevision die Vorgaben der Assicurazioni Generali S.p.A. (Group Audit) ein und ist dabei keinen Weisungen anderer Kontrollfunktionen unterworfen. Das Direktionsrecht der Geschäftsleitung zur Anordnung von zusätzlichen Prüfungen steht der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Funktion der Internen Revision nicht entgegen.

Neben einem allgemeinen Informationsrecht hat die Konzernrevision zur Wahrnehmung der Revisionsaufgaben ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht und ist somit berechtigt, Auskünfte über sowie Einblicke in sämtliche Betriebs- und Geschäftsabläufe inklusive relevanter Unterlagen zu verlangen. Die geprüften Bereiche sind verpflichtet, dem Verlangen nachzukommen und jede Auskunft wahrheitsgemäß und erschöpfend zu erteilen.

¹¹⁾ Die Badenia unterliegt den Vorschriften des Bankensektors (gemäß AT 4.4 MaRisk BA), welche eigene Governance-Funktionen (Risikomanagement -Funktion, Compliance Funktion und Interne Revision) fordern und ein Outsourcing dieser Funktionen nicht gestatten. Aus gesellschaftsrechtlicher Sicht und aktienrechtlicher Sicht wird die Badenia eng geführt. Das Management der Generali Deutschland AG und insbesondere der CRO befassen sich intensiv mit den Belangen der Badenia.

¹²⁾ Die Rolle/Funktion des Ausgliederungsbeauftragten entspricht der des Outsourcing Business Referenten (OBR) für die Revisionsfunktion

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Die Generali Lebensversicherung AG verfügt über eine wirksame Versicherungsmathematische Funktion, die im Rahmen einer Funktionsausgliederung vom Country Functional Head „Aktuarielle Funktion“ bei der Generali Deutschland AG zentral für die Generali in Deutschland wahrgenommen wird. Die Funktion ist als eigenständige Abteilung im Ressort Finanzen angesiedelt mit einer direkten Berichtslinie an den Gesamtvorstand der Gesellschaft. Aufgabe dieser Funktion ist es, in Bezug auf die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen

- die Berechnung zu koordinieren,
- die Angemessenheit der verwendeten Methoden und der zugrunde liegenden Modelle sowie der getroffenen Annahmen zu gewährleisten,
- die Hinlänglichkeit und die Qualität der zugrunde gelegten Daten zu bewerten,
- die geschätzten Werte für die versicherungstechnischen Rückstellungen mit den Erfahrungswerten zu vergleichen,
- den Vorstand über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung zu unterrichten.

Die Versicherungsmathematische Funktion ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Zusammenarbeit mit den Gesellschaften und Abteilungen der Generali in Deutschland, insbesondere mit den anderen Schlüsselfunktionen im Konzern.

Die Versicherungsmathematische Funktion berichtet direkt an den Vorstand des betroffenen Unternehmens, informiert den Vorstand der Generali Deutschland AG und verfasst mindestens einmal jährlich den „Bericht der Versicherungsmathematischen Funktion“, welcher mit der Risikomanagement-Funktion und den Ausgliederungsbeauftragten für die Versicherungsmathematische Funktion der Generali Lebensversicherung AG abgestimmt wird.

B.7 Outsourcing

Unter Outsourcing ist die Ausgliederung von Funktionen oder Prozessen an ein anderes Unternehmen zu verstehen. Dabei kann es sich um konzerninterne oder konzernexterne Unternehmen handeln. Alle Aktivitäten und Prozesse mit Ausnahme von Leitungsaufgaben der Geschäftsleitung können ausgegliedert werden. Es muss dabei sichergestellt sein, dass die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation, die Qualität des Governance-Systems sowie Prüfungs- und Kontrollrechte der Aufsicht nicht beeinträchtigt sind. Das bedeutet, dass auch – unter Berücksichtigung der Leitlinien der internationalen Gruppe und der gesetzlichen Rahmenbedingungen – die vier Schlüsselfunktionen ausgegliedert werden können.

Allgemein dürfen Ausgliederungen nur auf der Grundlage einer Risikoanalyse und unter Einbeziehung der maßgeblichen Geschäftsbereiche erfolgen. Bei internem Outsourcing kann die Risikoanalyse aufgrund der höheren Möglichkeit der Einflussnahme auf den Dienstleister weniger detailliert ausfallen. Durch das Outsourcing darf sich die Risikosituation im Unternehmen jedoch nicht verschlechtern.

Die regulatorischen Anforderungen finden in der Ausgestaltung der Dienstleistungsverträge ihre Berücksichtigung. Die Verträge spezifizieren die Leistungserbringung, z.B. durch Service Level Agreements, enthalten ausreichende Weisungs- und Kontrollrechte für die ausgelagerten Versicherungsunternehmen sowie Kontrollrechte für die Funktion interne Revision und die Aufsichtsbehörden. Dies betrifft analog die Weiterverlagerung von Funktionen und Dienstleistungen an gruppenfremde Dienstleistungsgesellschaften.

In der Generali in Deutschland übernehmen die Generali Deutschland AG sowie zentralisierte nationale und internationale Dienstleistungsgesellschaften der internationalen Generali Gruppe bestimmte Funktionen und Dienstleistungen. Neben denjenigen Schlüsselfunktionen, welche durch die Generali Deutsch-

land AG übernommen werden, sind folgende Funktionen an andere Gesellschaften innerhalb der Generali in Deutschland ausgegliedert¹³ :

- Informationstechnologie
- Rechnungswesen
- Steuern
- Zentrale Dienste
- Vermögensbuchhaltung
- Kapitalanlagemanagement
- Personaldienstleistungen
- Gebäudemanagement

Einige Kapitalanlageprozesse sind, soweit es sich um dispositive Prozesse und Prozesse zur Portfolioverwaltung handelt, an die internationalen Gesellschaften Generali Investment Europe S.p.A., und Generali Real Estate S.p.A. ausgegliedert, die beide auch über Zweigniederlassungen in Köln verfügen. Diese Gesellschaften unterliegen direkt dem Governance-System der Assicurazioni Generali S.p.A., so dass die Anwendung einheitlicher Grundsätze sichergestellt ist. Zusätzlich sind diese Unternehmen in den Prozess zur Risikoberichterstattung der Generali in Deutschland eingebunden. Buchhalterische Funktionen und Prozesse sowie das Kapitalanlage-Controlling werden von der Generali Deutschland AG betrieben.

Die Prozesse der Informationstechnologie sind auf die Generali Deutschland Informatik Services GmbH (GDIS) ausgegliedert, die wiederum die IT-Infrastruktur auf die internationale Gesellschaft Generali Shared Services S.c.a.r.l. (GSS) ausgegliedert hat.

Zur Einbindung in das Governance-System und zur regelmäßigen Sicherstellung der Leistungserbringung benennen die Dienstleister fachliche Ansprechpartner. Die ausgliedernden Gesellschaften benennen ihrerseits für alle ausgegliederten Prozesse interne Verantwortliche, sogenannte Ausgliederungsbeauftragte. Diese überwachen die jeweilige Leistungserbringung durch den Dienstleister und stellen dem Vorstand bei Bedarf Informationen über den ausgegliederten Prozess sowie dessen Funktionsfähigkeit und die Wirksamkeit der Kontrollen zur Verfügung. Grundsätzlich findet für die ausgegliederten Funktionen und Prozesse eine regelmäßige Überwachung und Berichterstattung auf der Basis von Service Level Agreements und bestimmten Kenngrößen (sog. Key Performance Indicators) statt.

Die Verantwortung für Risiken in ausgegliederten Prozessen oder Funktionen und die Funktionsfähigkeit sowie Wirksamkeit des IKS in diesen Prozessen obliegt weiterhin dem ausgliedernden Versicherungsunternehmen. Das Risikomanagement der internen Dienstleister ist in das Risikomanagement der Generali in Deutschland integriert und umfasst die mit der Dienstleistungserbringung verbundenen Risiken. Dabei wird über regelmäßige Risikoberichte sichergestellt, dass Risiken, die durch Funktionsausgliederung und Dienstleistungserbringung entstehen können, wirksam begrenzt und überwacht werden. Basierend auf diesen Informationen werden regelmäßig bestimmte Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen in den ausgliedernden Unternehmen durchgeführt.

Kritische und wichtige Funktionen und Prozesse gemäß Solvency II sind in der Generali in Deutschland ausschließlich auf die Generali Deutschland AG bzw. auf konzerninterne Dienstleister ausgelagert. Diese Gesellschaften sind vollständig in die Risikomanagement-, Compliance- und Revisionsstruktur der Generali in Deutschland eingebunden.

¹³ Zusätzliche Ausgliederungen ergeben sich aus Zentralisierungen im Rahmen des Strategieprojektes für die Bereiche Unternehmenskommunikation, Recht und Controlling

B.8 Sonstige Angaben

Über die Angaben aus den Abschnitten B1 bis B7 hinaus gibt es keine weiteren wesentlichen Informationen zum Governance-System.

C. Risikoprofil

Im vorliegenden Abschnitt wird das Risikoprofil der Generali Lebensversicherung AG dargestellt. Die Bewertung der Risiken erfolgt hierbei überwiegend qualitativ. Eine quantitative Betrachtung auf Ebene einzelner Risikoarten durch das Partielle Interne Modell erfolgt in den Abschnitten D und E.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Die versicherungstechnischen Risiken der Lebensversicherung umfassen sowohl biometrische Risiken als auch das Kosten- und Stornorisiko. Die Risiken bestehen in einer Abweichung von der Kalkulation bezüglich Anzahl, Zeitpunkt und Höhe der Versicherungsfälle oder der Kosten- und Stornosituation. Auch die bei Vertragsbeginn festgelegten Rechnungsgrundlagen zur Ermittlung der Rückstellungen können sich dadurch als unzutreffend herausstellen.

Zur Überwachung und Steuerung der versicherungstechnischen Risiken überprüft die Generali Lebensversicherung AG fortlaufend die Risikoverläufe sowie die Rechnungsgrundlagen der Beiträge und der versicherungstechnischen Rückstellungen. Das Aktuariat der Gesellschaft gewährleistet die sachgerechte Tarifierung der Produkte und bestimmt angemessene versicherungstechnische Rückstellungen.

Der Verantwortliche Aktuar hat bestätigt, dass die Sicherheitsmargen in diesen Rechnungsgrundlagen angemessen und ausreichend sind. Darüber hinaus überprüft die Gesellschaft, unter anderem im Rahmen der Gewinnzerlegung, jährlich für den gesamten Bestand, ob Kosten- und biometrische Annahmen auskömmlich sind. Daneben beachtet das Unternehmen die internen Zeichnungsrichtlinien, welche regelmäßig überwacht und aktualisiert werden sowie die gesetzlichen Vorgaben.

Die Validierung der versicherungstechnischen Rückstellungen (Best Estimate) durch die Versicherungsmathematische Funktion der Gesellschaft stellt flankierend die Einhaltung der diesbezüglichen Anforderungen gemäß Solvency II sowie die methodische Konsistenz der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Zeitverlauf sicher.

Im Folgenden werden die drei wesentlichen versicherungstechnischen Risiken näher beleuchtet.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko resultiert daraus, dass die kalkulierten Kosten die tatsächlichen Kosten unter Umständen nicht decken bzw. abweichen. Die von der Generali Lebensversicherung AG bei Vertragsbeginn festgelegten Rechnungsgrundlagen zur Ermittlung Beiträge sowie der Rückstellungen können sich dadurch als unzutreffend herausstellen.

Die Beratungsleistungen der Vertriebe vergütet die Gesellschaft unter anderem in Form von Abschlussprovisionen. Wegen vertraglicher Vereinbarungen mit den Kunden wird diese Vergütung zum Teil im Wege des Zillmerverfahrens in den versicherungsmathematischen Berechnungen der Deckungsrückstellung berücksichtigt. Die Höhe der in das Zillmerverfahren einfließenden einmaligen Abschlusskosten wird vom Bundesfinanzministerium durch den Höchstzillmersatz begrenzt. Dieser beträgt aufgrund einer Reduktion im Jahr 2015 aktuell 25% der Beitragssumme. Hierdurch ergeben sich kurz- bis mittelfristig höhere Vorfinanzierungsrisiken aus Abschlusskosten. Die Gesellschaft wirkt dem entgegen, indem sie seit dem 1. Januar 2016 im Zuge der Umsetzung des LVRG Maßnahmen zur Umstellung und Reduzierung der Vertriebsvergütung umgesetzt hat.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht in der Lebensversicherung darin, dass unerwartet viele oder unerwartet wenige Kunden ihre Verträge stornieren. Bei schnell ansteigenden Zinsen könnten beispielsweise die Kunden der Generali Lebensversicherung AG in größerem Umfang Versicherungsprodukte in Bankprodukte um-

schichten. Daher beobachtet die Gesellschaft laufend die Stornoentwicklung ihrer Versicherungsbestände und stellt diese u.a. den eigenen liquiden Mitteln gegenüber. Das Unternehmen erwartet jedoch keine besonderen Liquiditätsrisiken aus einem veränderten Stornoverhalten, da sich die deutschen Lebensversicherer in der Finanzmarktkrise als sehr stabil erwiesen haben und die Kunden deren Garantien wertschätzen.

Biometrische Risiken

Die biometrischen Risiken beinhalten Sterblichkeit, Langlebigkeit sowie Invalidität.

Das Sterblichkeitsrisiko ist als das Risiko von Verlusten oder adversen Veränderungen im Wert der versicherungstechnischen Verpflichtungen definiert, welche aus Änderungen der Sterblichkeitsrate resultieren. Ein Anstieg der Sterblichkeitsrate führt hierbei generell zu einem Anstieg der Verpflichtungen.

Das Langlebigkeitsrisiko ist als das Risiko von Verlusten oder adversen Veränderungen im Wert der versicherungstechnischen Verpflichtungen definiert, welches ebenfalls aus Veränderungen der Sterblichkeitsrate resultiert. Ein Rückgang der Sterblichkeitsrate führt im Falle des Langlebigkeitsrisikos generell zu einem Anstieg der versicherungstechnischen Verpflichtungen.

Das Invaliditätsrisiko ist definiert als das Risiko von Verlusten oder adversen Änderungen im Wert der versicherungstechnischen Verpflichtungen, welche aus Veränderungen der Invaliditäts-, Krankheits-, Sterblichkeits- und Genesungsrate resultieren.

Trotz risikoadäquater Steuerung des Versicherungsgeschäfts können weitere versicherungstechnische Risiken auftreten. Darunter fallen unter anderem Risiken aus Kumulereignissen und Katastrophenschäden, die - soweit sie nicht über das Kollektiv ausgeglichen werden können - durch Rückversicherung abgesichert werden.

C.2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet die Risiken eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung der Vermögens- und Finanzlage, die sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe und in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergeben.

Marktrisiken bestehen aus Aktien- und Aktienvolatilitätsrisiko, Zinsänderungs- und Zinsvolatilitätsrisiko, Immobilien-, Währungs- und Konzentrationsrisiko.

Die Generali Lebensversicherung AG steht als Versicherungsunternehmen der zentralen Anforderung gegenüber, für ihre Kunden eine angemessene Rendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Risiken zu erwirtschaften. Daher erfolgt auch das Management der Kapitalanlagen, die vor allem den Marktrisiken unterliegen, nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht. Die gesamte Anlagetätigkeit ist außerdem an der Risikotragfähigkeit des Unternehmens ausgerichtet. Diese Strategie wird die Gesellschaft auch in Zukunft weiter verfolgen, um eine nachhaltig attraktive Verzinsung zu erzielen, die auch dem Sicherheitsaspekt Rechnung trägt.

Die aufgeführten Marktrisiken können grundsätzlich eine hinreichende Solvabilität des Unternehmens gefährden. Daher sind sie zu bewerten, zu überwachen und zu steuern. Dies wird einerseits durch die Existenz eines gut strukturierten, disziplinierten und transparenten Anlageprozesses gewährleistet. Zum anderen ist die Modellierung der Marktrisiken wesentlicher Bestandteil des Partiiellen Internen Modells. Dessen Ergebnisse inkl. der Resultate aus den durchgeführten Stresstests geben zugleich Steuerungsimpulse für die Kapitalanlageaktivitäten, da sie die Risiken der einzelnen Kapitalanlagepositionen berücksichtigen, die bis zum Gesamtrisiko auf Unternehmensebene mit aggregiert werden (s. Abschnitt E.2).

Das operative Risikomanagement der Kapitalanlagen lässt sich in die Bereiche Risikobewertung, -minderung und -steuerung auf Einzelinvestment- und Portfolioebene untergliedern.

Risikobewertung und -minderung von Anlagerisiken auf Einzelinvestmentebene

Beim Management des Anlagerisikos auf Einzelinvestmentebene wird sichergestellt, dass die einzelnen Investments sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Weise bewertet werden können. Zusätzlich wird im Rahmen der gruppenweiten Bewertungsrichtlinien sichergestellt, dass keine externe Bewertung ungeprüft übernommen wird. Auch Ratings von Ratingagenturen werden stets kritisch hinterfragt und die getroffenen Einschätzungen mindestens einmal jährlich überprüft.

Bei außergewöhnlichen Anlageaktivitäten, die das Unternehmen erstmalig oder nicht regelmäßig durchführt (z.B. großvolumige Immobilienfinanzierungen, Infrastrukturprojekte oder strukturierte Produkte) wird ein Neuproduktprozess durchlaufen, der die Auswirkungen auf Qualität, Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Portfolios evaluiert.

Für Vermögenswerte, die nicht am regulierten Markt notiert sind, kommen interne, vom Risikomanagement des Asset Managers definierte Bewertungsmodelle und Inputparameter zum Einsatz. Sie unterliegen einer besonderen Kontrolle durch die Konzernrevision und den Wirtschaftsprüfer und sind in der Bewertungsrichtlinie beschrieben.

Um das Ziel einer nachhaltig attraktiven, sicherheitsorientierten Verzinsung zu erreichen, wird unter Berücksichtigung von Risikostrategie und Risikotragfähigkeit, der Wettbewerbssituation sowie aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen in jährlichem Rhythmus eine auf die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen abgestimmte Kapitalanlagenstruktur ermittelt. Dazu wird die Kapitalanlagestrategie mit Hilfe von stochastischen ALM- und SAA-Analysen auf die Zielsetzung und das Geschäftsmodell des Unternehmens abgestimmt, wobei die aktuelle Bilanz- und Portfoliostruktur der Aktivseite und der Passivseite berücksichtigt werden. Dabei strebt die Kapitalanlagestrategie auch eine breite Mischung und Streuung der Kapitalanlagen an. Die Generali Lebensversicherung AG nutzt Diversifikationseffekte und reduziert dadurch Kapitalanlagerisiken, so dass mögliche negative Auswirkungen von Marktschwankungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage begrenzt werden können. Voraussetzung hierfür ist, dass das Finanzsystem insgesamt stabil bleibt und sich keine allgemeine Systemkrise entwickelt.

Weiterhin dient der Einsatz derivativer Finanzinstrumente bei der Generali in Deutschland in erster Linie der Absicherung von Marktrisiken der Kapitalanlage und soll somit das Risiko aus den Kapitalanlagen nicht erhöhen. Zudem verfolgt die Generali in Deutschland den Ansatz, möglichst einfache Derivate einzusetzen. So wird bspw. unbedingten Termingeschäften der Vorzug vor derivativen Instrumenten mit Optionscharakter gegeben. Hintergrund hierbei ist, dass zum Erreichen des Absicherungszwecks keine zusätzlichen Risiken durch erweiterte Strukturierungen in den Kapitalanlageprodukten eingegangen werden sollen.

Risikobewertung und -minderung auf Portfolioebene

Bei der Betrachtung des Anlagerisikos auf Portfolioebene ist insbesondere die regelmäßige auch unterjährige Bewertung und Steuerung der einzelnen Risikotreiber zu nennen. Diese erfolgt u.a. durch die Überwachung der Limitauslastungen im Top Down-Limitsystem auf Basis des Partiellen Internen Modells, durch die Abstimmung der Fälligkeitsstruktur der aktiven und passiven Bilanzpositionen aufeinander (Asset-Liability-Management, ALM), durch die Optimierung der Strategischen Asset Allokation (SAA) und durch die Limitierung von Risiken innerhalb der Anlageklassen mittels detaillierter Kapitalanlagerichtlinien (Bottom Up-Limitsystem). Zusätzlich überprüfen die Asset Manager fortlaufend das aktuelle Marktrisiko der ihnen zugewiesenen Investments.

Im Jahr 2016 sind die Risikoaufschläge für europäische Staatstitel leicht gestiegen. Externe Effekte, wie z.B. die Terroranschläge in Frankreich oder die Entscheidung für den Brexit, haben jedoch nicht zu einer

Kapitalflucht aus Europa und auch nicht zu Risikoaufschlägen für die europäische Exportwirtschaft geführt. Zusätzlich haben die Lockerungsmaßnahmen (engl. „quantitative easing“, QE) der EZB den Anstieg der Risikoaufschläge für Zinstitel abgefedert.

Um die Reduktion der Portfolioverzinsung als Folge des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes abzumildern, wurde die Anlagepolitik angepasst. Hierzu zählen der Ausbau und die breite Streuung der Bestände an Unternehmensanleihen sowie eine selektive Verlängerung der Laufzeit bei den Wertpapieren. Darüber hinaus hat das Unternehmen verstärkt in außereuropäischen Märkten angelegt. Insgesamt kommt es jedoch aufgrund des Niedrigzinsumfeldes, zu einer Belastung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die sich aufgrund der weiterhin hohen Zinsverpflichtungen aus älteren Versicherungsverträgen bei einer langanhaltenden Niedrigzinsphase verstärken wird.

Als wesentliche Marktrisiken innerhalb der Generali in Deutschland gelten hierbei die im Folgenden beschriebenen Einzelrisiken.

Aktienrisiko und Aktienvolatilitätsrisiko

Aktienrisiko und Aktienvolatilitätsrisiko bezeichnen die potenziellen Wertschwankungen von Aktien, aktienbasierten Fonds und Optionswerten aufgrund von Aktienmarktschwankungen (Kurs- bzw. Volatilitätsänderungen). Im Jahr 2016 führten die stabile Situation an den Kreditmärkten und die insbesondere in Deutschland günstige wirtschaftliche Entwicklung zu insgesamt positiven Entwicklungen an den Aktienmärkten. Auch die zuletzt gestiegene Unsicherheit über die Zukunft Italiens im Euroraum hat die Aktienmärkte nicht wesentlich beeinflusst. Die Aktienmarktvolatilität (Schwankungsbreite des Aktienindex DAX) war im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Geprägt war dies durch verschiedene markante Ereignisse, wie beispielsweise die Flüchtlingskrise, den US-Wahlkampf sowie das Italien-Referendum. Verglichen mit einem Mehrjahreszeitraum lag die Volatilität im Jahr 2016 dennoch auf einem niedrigen Niveau.

Der zu Marktwerten bewertete Aktienanteil der Gesellschaft am gesamten Kapitalanlageportfolio blieb im Berichtsjahr nahezu unverändert und belief sich zum Jahresende auf 0,8% (Vorjahr 0,7%). Bestandsgefährdende Entwicklungen aus dem Aktienkursrisiko sieht die Gesellschaft vor allem aufgrund der geringen Höhe der Exponierung nicht. Auch ein Anstieg der Aktienvolatilität würde für das Unternehmen keine größeren Wertverluste nach sich ziehen. Im Jahr 2017 wird das Unternehmen die Entwicklung der Aktienmärkte weiterhin beobachten, um auf Veränderungen im Markt angemessen zu reagieren.

Zinsänderungsrisiko und Zinsvolatilitätsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Risiko verschieden hoher Marktwertänderungen zinsensitiver bilanzieller Aktiv- und Passivpositionen infolge von Marktziinsänderungen und zählt zu den bedeutendsten Risiken von Lebensversicherungsunternehmen. Zu einem Risiko werden Zinsänderungen vor allem dann, wenn die auf Unternehmensebene aggregierten zinsensitiven Aktiv- und Passivpositionen eine unterschiedliche Duration besitzen, so dass Zinsänderungen nach Saldierung von aktiv- und passivseitigen Wertänderungen zu Verlusten in den ökonomischen Eigenmitteln führen. Die Generali Lebensversicherung AG mit ihren langjährigen Zahlungsverpflichtungen an die Versicherungsnehmer besitzt eine hohe Duration auf der Passivseite und eine geringere auf der Aktivseite. Daher hat die anhaltende Niedrigzinsphase zu einem spürbaren Rückgang der ökonomischen Eigenmittel und damit auch zu einer Verringerung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft geführt. Eine wesentliche eingeleitete Maßnahme zur Reduktion des Zinsänderungsrisikos ist deshalb die Verlängerung der Portfolioduration auf der Aktivseite. Dennoch bleibt das Zinsänderungsrisiko ein dominantes Risiko für die Gesellschaft. Bei einem längerfristig andauernden Niedrigzinsumfeld sind weitere negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu erwarten.

Das Zinsvolatilitätsrisiko beschreibt die Schwankung der Marktpreise von Zinsoptionen und des ökonomischen Wertes der von der Generali Lebensversicherung AG zugesagten Zinsgarantien sowie der Kündi-

gungsrechte der Versicherungsnehmer. Die Zinsvolatilität ist ein Maß für die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Zinsentwicklung. Diese wird finanzmathematisch anhand der Marktpreise von auf dem Kapitalmarkt gehandelten Swaption-Geschäften bestimmt. Bei erhöhter Volatilität steigt der Wert der garantierten Verzinsung sowie der Rückkaufsoption der Versicherungsnehmer. Zum Jahresende 2016 stellte das Zinsvolatilitätsrisiko für das Unternehmen ein mittelgroßes Risiko dar.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko bezeichnet die potenziellen Wertschwankungen von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilienbeständen. Im Bereich der Immobilienanlagen verfolgt die Generali Lebensversicherung AG eine konservative Strategie. Die Investments konzentrieren sich auf Büro- und Einzelhandelsnutzung sowie – in geringem Umfang – auf Wohnimmobilien. Bei den direkten Anlagen hat sich die Risikostruktur der Gesellschaft im Jahr 2016 nicht wesentlich verändert. Zur Nutzung von Diversifikationseffekten wurden in der Vergangenheit indirekte Immobilieninvestments beigemischt.

Den Portfolioanteil der Investments in den Immobilienmärkten wird die Gesellschaft nach ihrer mittel- und langfristigen Markteinschätzung ausrichten. Gleichzeitig verfügt das Unternehmen über eine ausreichende Flexibilität, um an den sich ergebenden Marktchancen zu partizipieren. Bestandsgefährdende Entwicklungen aus dem Immobilienrisiko sieht die Generali Lebensversicherung AG derzeit nicht.

Währungsrisiko

Das Währungsrisiko bezeichnet die potenziellen Wertschwankungen, die aufgrund von Wechselkursänderungen eintreten können. Im Jahr 2016 hat die Gesellschaft verstärkt in außereuropäischen Märkten angelegt. Im Vergleich zu den in Euro denominierten Kapitalanlagen ist ihr Fremdwährungsexposure jedoch von deutlich untergeordneter Bedeutung. Es wird zudem aktiv überwacht und gesteuert, so dass hieraus keine materielle Risikoposition resultiert. Die Steuerung des Risikos aus Fremdwährungsexposure besteht im Wesentlichen in der rollierenden derivativen Absicherung des überwiegenden Teils dieses Risikos. Die offenen Fremdwährungspositionen der Gesellschaft sind vernachlässigbar gering.

Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko ergibt sich dadurch, dass das Unternehmen einzelne oder stark korrelierte Risiken eingeht, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben. Diese können in der Kapitalanlage, der Versicherungstechnik oder in Form von Aktiv- oder Passivkonzentrationen auftreten.

Für die Versicherungsunternehmen der Generali in Deutschland fungiert die Generali Deutschland AG als Rückversicherer, um Diversifikationseffekte der einzelnen Erstversicherungs-Portfolien zu nutzen und unternehmensübergreifende versicherungstechnische Kumule zu steuern. Durch entsprechend große und diversifizierte Portfolien existiert keine erhöhte Exponierung gegenüber einzelnen Kunden. Die für die Generali in Deutschland erforderliche Retrozession kauft die Generali Deutschland AG auf Basis der konsolidierten Portfolien ihrer Erstversicherer überwiegend bei der Assicurazioni Generali S.p.A. ein, in einigen Fällen auch am Markt bei Rückversicherern mit gutem Rating.

Die Generali Lebensversicherung AG mischt und streut die Kapitalanlage und beachtet dabei die Einzellimits der internen Kapitalanlagerichtlinie und die aufsichtsrechtlichen Beschränkungen. Aufgrund der umfangreichen Kapitalanlagertätigkeit sind Exposures mit größerem Volumen in bestimmten Branchen, Staaten oder Regionen unvermeidbar. Da das Unternehmen beispielsweise Teile der Kapitalanlagen – wie branchenüblich – bei Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen investiert, ist es gegenüber diesen entsprechend exponiert. Die Generali Lebensversicherung AG wertet diese Exposures auf der Grundlage von Bonitätseinschätzungen regelmäßig aus und berichtet darüber im Rahmen von Performanceberichten. Insgesamt stellt das Konzentrationsrisiko für das Unternehmen jedoch ein geringes Risiko dar.

C.3 Kreditrisiko

Das Kreditrisiko bezeichnet das Risiko, das sich aufgrund eines Ausfalls (Kreditausfallrisiko) oder einer Veränderung der Bonität (Kreditmigrationsrisiko) oder der Bewertung der Bonität (Kreditspreadrisiko) von Wertpapieremittenten, Versicherungsnehmern, Gegenparteien und anderen Schuldnern ergibt, gegenüber denen das Unternehmen Forderungen hat. Das Kreditrisiko, das von den Kapitalanlagen ausgeht, ist aufgrund der hohen Fixed Income Bestände ein dominantes Risiko für die Gesellschaft.

Kapitalanlagen

Die Anlagetätigkeit der Generali Lebensversicherung AG zeichnet sich generell durch eine Ausrichtung auf Schuldner hoher Bonität (Investment Grade Rating) und Liquidität sowie durch eine breite Mischung und Streuung aus. Dies führt zu einem großen Anteil an Staatsanleihen von hoher Bonität und an besicherten Pfandbriefen in ihrem Portfolio.

Die Gesellschaft orientiert sich bei der Neuanlage von Kapitalanlagen am Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht und ihrer Risikotragfähigkeit, die vor allem mit der Höhe der vorhandenen Eigenmittel korrespondiert. Somit wird eine jederzeitige Erfüllung dieses Grundsatzes sichergestellt.

Der Schwerpunkt in der Neuanlage liegt auf supranationalen Emittenten, Unternehmens- und Staatsanleihen. Um sinkende Erträge auszugleichen wurde im Jahr 2016 zudem in längere Laufzeiten und in Anleihen mittlerer Qualität investiert. Angesichts des vergleichsweise geringen Angebots ausreichend attraktiver Anlagen in Europa hat das Unternehmen die Diversifikation in außereuropäischen Märkten fortgesetzt. Aufgrund des Zinsgefälles wurde das Engagement in festverzinslichen Anlagen in den USA deutlich ausgeweitet. Das Währungsrisiko wurde dabei größtenteils durch den Einsatz von Derivaten eliminiert.

Die Staatsschuldenkrise in Europa hat sich seit Beginn des Quantitative Easing (QE) der Europäischen Zentralbank im Jahr 2014 merklich entspannt und sich auch im Jahresverlauf 2017 nicht verschärft, auch wenn die Risikoaufschläge für europäische Staatstitel im Berichtsjahr wieder leicht angestiegen sind. Die Maßnahmen der EZB sorgten bei allen europäischen Ländern für anhaltend geringere Risikoaufschläge auf die jeweiligen Staatsanleihen, werden aber aufgrund ihrer Seitenwirkungen (Vermögenspreisinflation) zunehmend kontrovers diskutiert. Das QE ist allerdings eine nur mittelfristig wirksame Maßnahme. Die Erhöhung der Risikoaufschläge für Italien geht auf innenpolitische Unsicherheiten sowie das gescheiterte Referendum bezüglich einer Verfassungsreform zurück. In Griechenland ist insbesondere die realwirtschaftliche Entwicklung noch fragil. Die Generali Lebensversicherung AG geht dennoch davon aus, dass eine Eskalation wie in den Jahren 2010 und 2011 kurz- bzw. mittelfristig unwahrscheinlich ist.

Diese Sachverhalte und die Bedeutung der Kapitalanlage im Geschäftsmodell eines Versicherungsunternehmens bzw. die daraus resultierenden Risiken erfordern eine weitreichende und kontinuierliche Risikobewertung.

Risikobewertung und -minderung von Kapitalanlagen

Identisch zu den Marktrisiken setzt die Gesellschaft auch beim Kreditrisiko als wesentliche Risikominderungstechnik die regelmäßige Bewertung und Steuerung der einzelnen Risikotreiber ein. Zusätzlich erfolgen die Optimierung der Strategischen Asset Allokation (SAA) und die Limitierung von Risiken innerhalb der Anlageklassen durch detaillierte Kapitalanlagerichtlinien (Bottom Up-Limitsystem). Die SAA basiert wie auch bei den Marktrisiken auf den Ergebnissen des Partiellen Internen Modells. Des Weiteren erfolgt ebenfalls wie in Kapitel C2 beschrieben ein kritisches Hinterfragen der jeweiligen Ratings im Zuge des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht.

Das Kreditrisiko wird derzeit nicht als ein Risiko angesehen, welches das Unternehmen in bestandsgefährdender Art und Weise beeinträchtigen würde.

Bei einer erneuten Verschärfung der Staatsschuldenkrise oder bei einer generellen Krise sind jedoch negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens und der gesamten Generali in Deutschland zu erwarten, welche aber durch den etablierten Risikomanagementprozess früh erkannt bzw. durch die genannten Maßnahmen deutlich abgemildert würden.

Neben dem Kreditrisiko aus der Kapitalanlage gelten noch das im Folgenden erläuterte Forderungsausfallrisiko sowie das Ausfallrisiko der Rückversicherung als wesentlich.

Forderungsausfallrisiko

Das Kreditrisiko umfasst neben dem Bereich der Kapitalanlagen auch Forderungspositionen, insbesondere gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern. Das Ausfallrisiko von Forderungen steuert die Generali Lebensversicherung AG durch ein effizientes und konsequentes Controlling und Mahnwesen unter Einbindung aller verantwortlichen Bereiche, ergänzt um ein detailliertes regelmäßiges Reporting an den Gesamtvorstand der Generali Lebensversicherung AG und an die Geschäftsführung der Generali Deutschland Services GmbH (Dienstleistung Cash Services).

Ausfallrisiko in der Rückversicherung

Das Ausfallrisiko in der Rückversicherung entsteht durch potenzielle Verluste, die durch den Ausfall eines Rückversicherungsunternehmens entstehen. Dies kann zu einem Ausfall von Forderungen gegenüber einem Rückversicherungspartner oder zu einem Verlust der risikomindernden Wirkung von Rückversicherungsvereinbarungen führen.

In der passiven Rückversicherung sind die wesentlichen Rückversicherungsverträge des Unternehmens mit der Generali Deutschland AG bzw. der Assicurazioni Generali S.p.A. abgeschlossen. Daneben bestehen noch Verträge von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung mit konzernfremden Rückversicherungen.

Außerbilanzielle Positionen

Bei den Haftungsverhältnissen, sonstigen finanziellen Verpflichtungen und anderen nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften handelt es sich im Wesentlichen um Einzahlungsverpflichtungen aus Beteiligungen, indirekten Anlagen aus den Bereichen Private Equity und Immobilien, Hypothekendarstellungen, Grundschuldforderungen, Rentenschuldforderungen, sonstigen finanziellen Verpflichtungen sowie um Beiträge zum Sicherungsfonds für Lebensversicherer bzw. alternativ Protektor Lebensversicherungs-AG. Die Gesellschaft ist Mitglied des Sicherungsfonds und hat sich somit in Sanierungsfällen verpflichtet, potentielle Ansprüche von Versicherungsnehmern gegenüber anderen Gesellschaften abzusichern und damit die Branche zu stärken.

C.4 Liquiditätsrisiko

Als Liquiditätsrisiko wird die Unsicherheit bezeichnet, die erwarteten oder unerwarteten Zahlungsverpflichtungen des Unternehmens, die aus den Geschäftsaktivitäten entstehen, nicht zeitgerecht vollständig erfüllen zu können. Ursachen des Liquiditätsrisikos liegen vor allem in der Höhe und zeitlichen Staffelung von Zahlungsein- und -ausgängen sowie dem Grad der Liquidierbarkeit von Kapitalanlagen, die für die Bedeckung von versicherungstechnischen Rückstellungen zur Verfügung stehen. Generell weist die Gesellschaft aktuell kein signifikantes Liquiditätsrisiko auf.

Die Beurteilung des Liquiditätsrisikos in der internationalen Generali Gruppe stützt sich auf Projektionen sowohl der Zahlungsverpflichtungen als auch der verfügbaren Zahlungsmittel. Es wird überwacht, ob die verfügbaren Liquiditätsquellen die Zahlungsverpflichtungen in der jeweiligen Projektionsperiode jederzeit hinreichend überdecken. Um den verschiedenen Zeithorizonten des Liquiditätsrisikos zu begegnen, sind verschiedene Risikomanagementprozesse zur Risikobewertung und Risikominderung eingesetzt.

Das Management des Liquiditätsrisikos auf täglicher Basis beinhaltet die folgenden Risikominderungsmaßnahmen:

- Vermeidung bzw. Beseitigung von Überhängen aus Zahlungsein- und -ausgängen, die aus der operativen Geschäftstätigkeit oder sonstigen Zahlungsflüssen entstehen.
- Vermeidung bzw. Beseitigung von Liquiditätslücken, die aus dem Management der Kapitalanlagen des Unternehmens entstehen.
- Vorhalten hinreichender operativer Liquiditätspuffer.

Die Risikobewertung teilt sich in eine kurz- und mittelfristige Sicht.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko betrifft einen Zeitraum von einem Monat. Es entsteht aus den regulären Geschäftstätigkeiten und besteht darin, dass die liquiden Mittel innerhalb des Betrachtungszeitraums nicht ausreichen. Um Engpässe zu vermeiden, werden die erwarteten Zahlungsströme monatlich aktualisiert, das Niveau der liquiden Kapitalanlagen gemessen und potenzielle finanzielle Verluste, im Fall von kurzfristig erforderlichen Verkäufen, bestimmt.

Das mittelfristige Liquiditätsrisiko betrifft einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten und wird im Liquiditätsrisikomodell der internationalen Generali Gruppe quantifiziert. Dabei fließen neben den Zahlungsein- und -ausgängen von Kapitalanlagen und Versicherungsnehmern (z.B. Prämienzahlungen, Leistungen oder Storno) auch bilanzielle Bestandsgrößen der Kapitalanlagen und der versicherungstechnischen Rückstellungen mit ein.

Bei den Kapitalanlagen liegt der Fokus auf dem Sicherungsvermögen, das zur Bedeckung der versicherungstechnischen Ansprüche zur Verfügung steht, sowie auf den liquiden Assets, die im Bedarfsfall unverzüglich veräußert werden können. Die Berechnung der Liquiditätsindikatoren erfolgt konsistent zum strategischen Planungsprozess, in dem detaillierte Projektionen von Zahlungsflüssen und Bestandsgrößen (z.B. von versicherungstechnischen Rückstellungen) erstellt werden. Siehe hierzu auch Kapitel D.

Hinsichtlich eines potentiellen Risikos aus mangelnder Liquidität ist in der ökonomischen Betrachtung die Liquidierbarkeit der ökonomischen Eigenmittel und somit die Höhe des einkalkulierten Gewinns aus zukünftigen Prämien (expected profits in future premiums, EPIFP) von Bedeutung. Dieser erwartete Gewinn entspricht dem erwarteten Barwert künftiger Zahlungsströme, die daraus resultieren, dass künftige Prämien aus bestehenden Versicherungsverträgen in die Berechnungen der versicherungstechnischen Rückstellungen aufgenommen werden. Bei dieser Berechnung wird nicht berücksichtigt, dass diese Prämien möglicherweise aufgrund gesetzlicher und vertraglicher Möglichkeiten der Versicherungsnehmer, ihre Verträge zu beenden, nicht fließen werden.

Der EPIFP der Gesellschaft wurde gemäß den Vorschriften der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 per 31.12.2016 berechnet und beträgt 263.046,7 Tsd. € brutto.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiterbedingten, systembedingten oder externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst zudem auch Rechtsrisiken, nach der verwendeten Definition jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Operationelle Risiken sind ein unvermeidlicher Bestandteil der täglichen Geschäftstätigkeit. Zusätzlich zur quantitativen Erfassung und Kapitalunterlegung werden diese Risiken durch das integrierte interne Kontrollsystem (IKS) gesteuert und begrenzt. Dieses Instrumentarium wird laufend optimiert und weiter entwickelt.

Im Jahr 2016 wurde erstmals ein dezidiertes Risk Assessment durchgeführt, um sämtliche operationelle Risiken zu erfassen und mit Hilfe einer Risk Map in ihrer Bedeutung für das Unternehmen darzustellen. Des Weiteren wird regelmäßig eine Szenario-Analyse zur Bewertung von operationellen Risiken mittels Expertenschätzungen auf Basis spezieller Fragebögen durchgeführt, wobei der Fokus auf den wesentlichen operationellen Risiken liegt. Dabei werden Risikoszenarien (z.B. Cyber-Attacken) unter Berücksichtigung verschiedener Dimensionen bewertet und sowohl ihre Eintrittshöhe als auch die Eintrittswahrscheinlichkeit quantifiziert.

Die systematische und zeitnahe Erfassung von Verlustereignissen, die sog. Loss Data Collection, wurde im Jahr 2016 weiterentwickelt und die Meldeschwelle für diese Ereignisse deutlich gesenkt. Eine zentralisierte Auswertung dieser Datenbasis hilft bei der zielgerichteten Einrichtung von Risikovermeidungs- bzw. Risikominderungsmaßnahmen.

Rechtliche Risiken

Gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben können erhebliche Auswirkungen auf das Unternehmen haben. Kontinuierlich wird die aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene beobachtet. Dieses Rechtsmonitoring erlaubt eine Steuerung der Rechtsrisiken und wird unterstützt durch eine aktive Verbands- und Gremienarbeit. Darüber hinaus sind Vorstände, Geschäftsführer und Mitarbeiter an den Code of Conduct gebunden, der verbindliche Verhaltensregeln statuiert und damit die Grundlage für eine korrekte Geschäftstätigkeit und Wahrung der Integrität der Generali Lebensversicherung AG bildet.

Rechtsrisiko Policenmodell / § 5 a VVG A. F. / Antragsmodell § 8 VVG A. F.

Nach einem Vorabentscheidungsersuchen des Bundesgerichtshofs (BGH) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 19. Dezember 2013 entschieden, dass § 5a Abs. 2 Satz 4 VVG a. F. (Erlöschen der Widerspruchsfrist im Policenmodell ein Jahr nach Zahlung der ersten Prämie) mit den lebensversicherungsspezifischen Regelungen der zweiten und dritten Richtlinie Lebensversicherung nicht vereinbar ist. Der Bundesgerichtshof hat hierzu am 7. Mai 2014 entschieden, dass das Erlöschen des Widerspruchsrechts ein Jahr nach Zahlung der ersten Prämie im bis Ende 2007 geltenden Versicherungsvertragsgesetz (VVG) im Anwendungsbereich der 2. und 3. Lebensversicherungsrichtlinie nicht anzuwenden ist. Im Falle fehlender oder fehlerhafter Widerspruchsbelehrungen steht den Versicherungsnehmern das Widerspruchsrecht danach grundsätzlich noch zu. Darüber hinaus hat der BGH, in einer Entscheidung vom 29. Juli 2015, weitere Feststellungen zur bereicherungsrechtlichen Rückabwicklung von nach dem Policenmodell geschlossenen Lebensversicherungsverträgen getroffen.

Darüber hinaus hat der BGH am 17. Dezember 2014 entschieden, dass § 8 Abs. 4 Satz 4 und § 8 Abs. 5 Satz 4 VVG a.F. (Erlöschen des Rücktrittsrechts im Antragsmodell ein Monat nach Zahlung der ersten Prämie) richtlinienkonform einschränkend dahingehend auszulegen sind, dass diese Regelungen im Bereich der Lebens- und Rentenversicherung und der Zusatzversicherung zur Lebensversicherung nicht anwendbar sind. Infolge der unwirksamen Ausschlussfrist bei nicht ordnungsgemäßer Belehrung ist bei Rücktritt das Versicherungsverhältnis rückabzuwickeln. Gemäß BGH-Entscheidung kann für das Rücktrittsrecht nach dem Antragsmodell nichts anderes gelten als für das Widerspruchsrecht nach dem Policenmodell, falls der Versicherungsnehmer nicht ordnungsgemäß belehrt wurde.

Die von einzelnen Versicherungsunternehmen gegen die BGH-Urteile eingereichten Verfassungsbeschwerden wurden vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Wann eine Belehrung nach dem Policenmodell bzw. Antragsmodell als ordnungsgemäß bzw. fehlerhaft anzusehen ist, wird jedoch von der Rechtsprechung nicht einheitlich beurteilt.

Seit dem Geschäftsjahr 2015 wurde aufgrund dieses rechtlichen Risikos eine Rückstellung gebildet, deren Angemessenheit zukünftig fortlaufend im Hinblick auf die Entwicklung der Rechtsprechung und des Kundenverhaltens überprüft wird.

Rechtsrisiko Rentenerhöhungsklagen ehemaliger Betriebsangehöriger

Für die derzeit von ehemaligen Betriebsangehörigen angestrebten Gerichtsverfahren, wegen aus Sicht der Kläger unzureichender Erhöhung der Betriebsrenten wurde ausreichend bilanzielle Vorsorge getroffen. Die Kläger fordern eine Rentenerhöhung analog zu der Erhöhung der BfA-Renten im Jahr 2016.

Risiken aus Stör- und Notfällen

Schwerwiegende Ereignisse wie der Ausfall einer größeren Anzahl von Mitarbeitern, von Gebäuden oder der IT-Systeme können wesentliche operative Geschäftsprozesse gefährden. Die möglichen Auswirkungen dieser Risiken werden als hoch eingestuft, da neben den wirtschaftlichen Aspekten insbesondere die Reputation des Unternehmens gefährdet werden könnte.

Die Notfallplanung trifft Vorsorge für Störfälle, Notfälle und Krisen, welche die Aufrechterhaltung der wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme gefährden könnten. Dies geschieht beispielsweise durch ein umfangreiches Business Continuity Management (BCM) mit einer Festlegung von Ausweichlokationen sowie der Bestimmung von zeitbezogenen Wiederanlaufklassen geschäftskritischer Prozesse - einschließlich der Prozesse, die an dienstleistende Unternehmen ausgelagert sind. Ziel der Notfallplanung ist es, bei Risikoeintritt die Geschäftstätigkeit mit Hilfe von definierten Verfahren fortzuführen und Personen, Sachwerte sowie Vermögen zu schützen.

Im Jahr 2016 wurde eine Business-Impact-Analyse auf der Basis der Group-BCM Policy durchgeführt. Die Ergebnisse bilden die Basis für die Entwicklung einer BCM-Strategie sowie die Erstellung von BCM-Plänen (Wiederanlaufpläne).

Sicherheitsrisiken im IT-Bereich

Die Generali Deutschland Informatik Services GmbH (GDIS) und, soweit es sich um IT-Infrastruktur handelt, die Generali Shared Services S.c.a.r.l. (GSS) sind für alle Aufgaben im Bereich der IT-Systeme zuständig. Da die GDIS in das Risikomanagementsystem der Generali in Deutschland und die GSS in das Risikomanagementsystem der internationalen Assicurazioni Generali Gruppe eingebunden ist, verfügen beide Gesellschaften über effiziente und effektive Instrumente, um IT-Risiken frühzeitig zu erkennen und zu steuern.

Die eingesetzten Verfahren, beispielsweise zum Schutz vor Computerviren, Cyber-Attacken und Hacker-Angriffen verhinderten auch im Geschäftsjahr 2016 nennenswerte Störungen. Vereinzelt Angriffe konnten in angemessener Zeit abgewehrt werden. Die zunehmenden Attacken sind ein branchenübergreifendes Risiko in den heute stark vernetzten Informationssystemen und digitalen Portalen. Diesem Risiko begegnet die Generali Lebensversicherung AG mit der größtmöglichen Aufmerksamkeit. Auch der Gesetzgeber hat auf diese Bedrohungslage in den letzten Jahren reagiert. Von besonderer Bedeutung sind dabei das IT-Sicherheitsgesetz (ITSiG) und die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO). Diese Veränderungen betreffen auch die Versicherungsbranche und verpflichten die Unternehmen, besondere Maßnahmen zu ergreifen.

Maßnahmen der GDIS zur Verbesserung der Risikosituation in der IT-Sicherheit

Die Umsetzung technischer Maßnahmen (Secure Gateway) hat im Jahr 2016 dazu geführt, dass der Anteil des Blockens verdächtiger E-Mails (Spam, Virusverdacht) weiter verbessert wurde. Nur 61% aller Mails wurden ohne Spam- und Virenverdacht an den Nutzer zugestellt. Aufgrund der eingesetzten Mechanismen zum Schutz vor Computerviren lag die Anzahl der mit Viren infizierten Arbeitsplatzsysteme im unbedenklichen Bereich.

Monatliche Überprüfungen (Security-Audits) der zentralen Benutzerverwaltung, der Host-, UNIX- und Intel-Systeme sowie der über das Internet zu erreichenden Server-Systeme haben keine als kritisch einzuschätzenden Risiken aufgezeigt.

Prüfungen der Proxy-Zugriffe, der Firewall-Regeln, der Hochberechtigungen und des Mail-Berechtigungs-Managements wurden durchgeführt. Des Weiteren wurden die Sicherheit neuer Webanwendungen und Smartphone-Apps durch Penetrationstests geprüft. Auch diese Prüfungen ergaben keine als kritisch einzuschätzenden Risiken.

Die konzernweit durchgeführte Sicherheitsklassifizierung von Informationswerten wurde im Jahr 2016 an einen neuen Konzernstandard angepasst. Dieses auf der Konzernfacharchitektur aufsetzende Verfahren ermöglicht eine systematische und vollständige Bewertung des Sicherheitsniveaus und damit auch der Risiken im Bereich der IT-Sicherheit. Zudem wurden im Berichtsjahr Vorgaben für die Klassifizierung der Vertraulichkeit von Dokumenten eingeführt.

Neben den technischen und organisatorischen Umsetzungen werden auch tangierende Themen wie z.B. die Mitarbeiter-Sensibilisierung und der aktuelle Gesetzesstand, betrachtet. GDIS und GSS können mit den getroffenen technischen und organisatorischen Vorsorgemaßnahmen den IT-Betrieb jederzeit sicherstellen.

Betrugsrisiko

Alle Wirtschaftsunternehmen unterliegen der Gefahr, durch interne sowie externe wirtschaftskriminelle Handlungen Vermögens- bzw. Reputationsverluste zu erleiden. Um einer nachhaltigen Schädigung des Unternehmens präventiv entgegenzuwirken und betrügerische Handlungen aufklären zu können, entwickelt die Generali Lebensversicherung AG das interne Kontroll- und Compliance-System kontinuierlich und unternehmensübergreifend weiter.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Strategische Risiken entstehen, wenn sich Veränderungen im Unternehmensumfeld (inklusive Gesetzesänderung und Rechtsprechung) und/oder interne Entscheidungen nachteilig auf die zukünftige Wettbewerbsposition des Unternehmens oder der Generali in Deutschland auswirken.

Herausforderungen in der Branche

Die aktuellen Herausforderungen in der Versicherungsbranche, wie ein anspruchsvolles regulatorisches Umfeld, verschärfter Wettbewerbsdruck sowie die extreme Niedrigzinsphase haben einen nachhaltigen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und das Geschäftsmodell der gesamten Branche. Vor diesem Hintergrund hat die Generali Deutschland AG im Jahr 2015 das Programm zur strategischen Neuausrichtung der Generali in Deutschland mit dem Ziel aufgesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu steigern, neue Wachstumsfelder zu erschließen, die Kosten deutlich zu senken sowie die Komplexität in Organisation und Governance zu reduzieren.

Kernpunkte des Strategieprogramms sind u.a. eine einheitliche und schlankere organisatorische Aufstellung, die Neuausrichtung des Produktportfolios in Leben, die Einführung von smarten Lösungen für Kunden und Vermittler, das Vorantreiben der digitalen Transformation und die nachhaltige Steigerung der Kundenorientierung. Ein Strategieprojekt dieser Größenordnung birgt naturgemäß Risiken bezüglich der planmäßigen Umsetzung und inhaltlichen Ausgestaltung. Dies betrifft insbesondere die Neudefinition von Schnittstellen, die Gestaltung von prozessualen Abläufen sowie die Erhaltung von Kompetenz und Know-how. Die Gesellschaft begegnet den damit verbundenen Risiken durch vielfältige Maßnahmen. Diese umfassen die Identifikation und Überwachung der Risiken, eine enge Begleitung durch den Vorstand sowie ein stringentes Business Case Controlling in den verschiedenen Teilprojekten des Strategieprojektes, einschließlich der Risiken, die mit den Strukturmaßnahmen verbundenen sind. Insgesamt befindet sich das Projekt auf einem guten Weg.

Lebensversicherung

Die Generali Lebensversicherung AG steht aufgrund deutlich veränderter Rahmenbedingungen im Zinsumfeld weiterhin vor signifikanten Herausforderungen. Diese können nachhaltigen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung und das Geschäftsmodell haben. Die Gesellschaft sieht im Bestands- und Neugeschäft die aktuelle Zinssituation und ihre Bedeutung für die gegebenen Garantien als strategisches Risiko, insbesondere falls sich das Zinsumfeld langfristig nicht positiv entwickelt. Der im Geschäftsjahr geltende Höchstrechnungszins für das Neugeschäft in Höhe von 1,25% wurde zum 1. Januar 2017, gemäß Änderungsverordnung vom 18. Mai 2016, auf 0,9% abgesenkt. Dies entlastet den durchschnittlichen Rechnungszins.

Vertrieb

Die Sicherung der Vertriebskraft aller Vertriebswege ist ein essentieller Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg der gesamten Generali in Deutschland und ein Kernelement der Unternehmensstrategie der Generali Lebensversicherung AG. Aus diesem Grund stellt die Gesellschaft ihren Vertrieben attraktive Produkte zur Verfügung, die sich an den Bedürfnissen der Kunden orientieren. Durch zusätzliche Produkte pro Kunde (Cross-Selling) bzw. die Erweiterung des Leistungsumfangs pro Kunde (Up-Selling) werden zusätzliche Potenziale für den Vertrieb geschaffen. Damit wird im Umfeld eines hohen Wettbewerbsdrucks eine Stabilisierung der Einkommenssituation der Vertriebe bei marktangemessenen Provisionen erreicht.

Der Vertriebsweg „Unabhängige Vertriebspartner Generali (UVG)“, welcher den Maklervertrieb, den Bankenvertrieb sowie Finanzvertriebe umfasst, wurde im Rahmen des Projektes Broker Strategy weiter optimiert. Um Synergien sowie Best Practice im Konzern zu nutzen, wurde der Maklervertrieb „Leben-Retail“ der Gesellschaft auf den Maklervertrieb der Dialog Lebensversicherungs-AG verschmolzen.

Zur Unterstützung der Vertriebe hat die Generali in Deutschland in den letzten Jahren umfangreiche Initiativen gestartet, die die angebotenen Services und den IT-Support erweitert haben. Dadurch wurde die Informationsbasis der Vertriebe weiter verbessert und es wurden vielfältige Möglichkeiten für eine noch effizientere Arbeit sowie für eine optimale Betreuung der Kunden geschaffen.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko eines Unternehmens, einen Imageschaden bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären sowie bei Aufsichtsbehörden zu erleiden. Reputationsrisiken treten i.d.R. im Zusammenhang mit anderen Risikoarten auf. Jede Aktivität oder ein entsprechendes Ereignis des Unternehmens kann zu einem Reputationsverlust führen.

Die Produkt- und Unternehmensratings der Gesellschaft, eine gezielte Kundenkommunikation und ein aktives Reputationsmanagement sind dabei entscheidende Faktoren, um Reputationsschäden des Unternehmens präventiv entgegenzutreten.

Die zentralen und lokalen Kommunikationseinheiten des Konzerns stehen in einem kontinuierlichen Austausch und beobachten sämtliche Aktivitäten der Generali Lebensversicherung AG im Hinblick auf mögliche Reputationsrisiken. Insgesamt ist eine Tendenz zur Erhöhung des Reputationsrisikos für die gesamte Versicherungsbranche festzustellen, beispielsweise aufgrund eines kritischen Medieninteresses an der Lebensversicherung sowie an Vergütungsfragen der Vertriebe. Reputationsrisiken tritt die Generali Lebensversicherung AG durch aktive, authentische und zielgruppengerechte Kommunikation auf allen Ebenen entgegen.

Unter Berücksichtigung der exemplarisch genannten risikomindernden Maßnahmen ist das verbleibende Reputationsrisiko für die Generali Lebensversicherung AG nicht materiell.

Ansteckungsrisiko

Das Ansteckungsrisiko umfasst das Risiko, dass sich Risiken einer anderen Konzerngesellschaft auf die Generali Lebensversicherung AG oder die gesamte Generali in Deutschland ausbreiten.

Durch eine einheitliche unternehmensübergreifende Konzernrisikoinventur und ein zentrales Risikomanagement werden Risiken und deren potenzielle Wechselwirkungen für die gesamte Gruppe eruiert und in die Risikoberichterstattung aufgenommen. Somit können bei Erfordernis rechtzeitig geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

Emerging Risks

Emerging Risks sind als sich neu entwickelnde oder sich ändernde Risiken definiert, die schwierig zu bewerten sind und ein hohes Schadenpotenzial aufweisen bzw. einen großen Einfluss auf das Geschäftsmodell der Gesellschaft nehmen können. Wesentliche Treiber der sich ändernden Risikolandschaft umfassen neue wirtschaftliche, technologische, gesellschaftspolitische und ökologische Entwicklungen; die wachsenden Interdependenzen zwischen diesen Bereichen können darüber hinaus zu einer verstärkten Anhäufung von Risiken führen.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden die wesentlichen Emerging Risks mit einer Verbindung zur Versicherungswirtschaft regelmäßig diskutiert. Auf dieser Basis können entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, sofern es aufgrund einer veränderten Sachlage erforderlich ist.

Going Concern-Risiko

Seit der Jahresendberechnung 2015 werden bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen, auf Basis des sogenannten „Going Concern“-Prinzips (GC), die Wechselwirkungen zwischen Neugeschäft und Überschussbeteiligung (gemäß der BaFin-Auslegungsentscheidung vom 4. Dezember 2015) berücksichtigt. Dabei wird der Anteil des zum Stichtag vorhandenen Bestands an der Finanzierung des zukünftigen Neugeschäfts ermittelt und bei der Bewertung des Bestandes einbezogen. Da die Höhe dieser Mittel auf Basis der Neugeschäftsvolumina der Unternehmensplanung bestimmt wird, besteht das Risiko, dass die Planzahlen in unerwartetem Maße vom tatsächlich realisierten Neugeschäftsumfang abweichen. Dieses Risiko wird als Going Concern-Risiko bezeichnet. Es handelt sich hierbei um ein modelliertes Risiko. Die Ausprägung des Risikos wird in Abschnitt E.2 dargestellt.

C.7 Sonstige Angaben

Über die Angaben aus den Abschnitten C.1 bis C.6 hinaus gibt es keine weiteren sonstigen wesentlichen Informationen zum Risikoprofil.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Grundsätzliche Prinzipien zur Ermittlung der ökonomischen Werte

Der ökonomische Wert eines Vermögenswertes ergibt sich zum Stichtag als der Betrag, zu dem er zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden kann (§ 74 Abs. 2 VAG). Der ökonomische Wert einer Verbindlichkeit entspricht dem Betrag, zu dem er zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden kann (§ 74 Abs. 3 VAG).

Sofern die Bewertungsvorschrift eines International Financial Reporting Standards (IFRS) mit diesen Prinzipien in Einklang steht, wird zur Bewertung eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit auf den jeweils maßgeblichen IFRS zurückgegriffen (Art. 9 Abs. 2 der DVO).

Bei der Ermittlung eines ökonomischen Wertes wird folgende Bewertungshierarchie eingehalten (Art. 10 der DVO):

- Bewertung zum Marktpreis, der an einem aktiven Markt für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notiert ist.
- Bewertung zum Marktpreis, der an einem aktiven Markt für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notiert ist, wobei den Unterschieden zu den ähnlichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten durch entsprechende Berichtigungen Rechnung getragen wurde.
- Bewertung nach einer alternativen Bewertungsmethode, die so weit wie möglich auf relevanten Marktdaten basiert.
- Bewertung nach einer alternativen Bewertungsmethode (angepasste Equity-Methode oder IFRS Equity-Methode), für die keine relevanten Marktdaten beobachtbar waren. Hierbei wird auf alternative Parameter (z.B. erwarteter Jahresüberschuss gemäß Unternehmensplanung), Bewertungsmodelle (Mark to Model) bzw. Expertenschätzungen zurückgegriffen.

Bewertungsprinzipien zur Ermittlung in der handelsrechtlichen Rechnungslegung

Die Vermögenswerte werden grundsätzlich mit den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet (§ 255 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 S. 1 HGB). Bei allen Vermögenswerten wird das Wertaufholungsgebot beachtet (§ 253 Abs. 5 HGB). Für die Verbindlichkeiten wird der Erfüllungsbetrag und für die Rückstellungen der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag angesetzt (§ 253 Abs. 1 S. 2 HGB).

D.1 Vermögenswerte

In der folgenden Tabelle werden die ökonomischen Werte und die handelsrechtlichen Buchwerte der Vermögenswerte gegenübergestellt. Die Darstellung orientiert sich an den Berichtsformularen des quantitativen Berichtswesens.

Um die ökonomischen Werte und die handelsrechtlichen Buchwerte in dieser Darstellung besser vergleichen zu können, wurden bei den hier ausgewiesenen handelsrechtlichen Buchwerten in Einzelfällen andere Brutto- und Nettoausweise gegenüber dem handelsrechtlichen Jahresabschluss vorgenommen. Dadurch lässt sich die hier ausgewiesene Summe der handelsrechtlichen Vermögenswerte nicht mit der Bilanzsumme im handelsrechtlichen Jahresabschluss abstimmen.

Vermögenswerte

Vermögenswerte	Ökonomischer Wert Tsd. €	Handelsrechtlicher Wert Tsd. €	Abweichung Tsd. €
Immaterielle Vermögenswerte	0	140	-140
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	202.524	173.074	29.450
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	44.591.285	40.163.877	4.427.408
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	486.232	387.217	99.015
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	20.202.761	18.038.481	2.164.280
Aktien	302.126	387.612	-85.486
Aktien - notiert	80.390	0	80.390
Aktien - nicht notiert	221.736	387.612	-165.876
Anleihen	22.607.779	20.205.394	2.402.385
Staatsanleihen	9.020.645	7.921.119	1.099.526
Unternehmensanleihen	12.068.490	10.731.451	1.337.039
Strukturierte Schuldtitel	1.518.644	1.552.824	-34.180
Organismen für gemeinsame Anlagen	920.323	688.238	232.085
Derivate	22.061	406.934	-384.873
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	50.002	50.000	2
Sonstige Anlagen	1	1	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	3.164.230	3.164.230	0
Darlehen und Hypotheken	1.647.396	1.490.904	156.492
Policendarlehen	108.009	108.009	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	1.059.629	1.072.895	-13.266
Sonstige Darlehen und Hypotheken	479.758	310.000	169.758
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	1.276.818	1.338.468	-61.650
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	1.276.818	1.338.468	-61.650
Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen	58.583	0	58.583
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	1.218.235	0	1.218.235
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	116.630	116.630	0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	16.470	16.470	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	974.450	281.832	692.618
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	296.860	296.860	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	169.402	183.427	-14.025
Vermögenswerte insgesamt	52.456.065	47.225.912	5.230.153

Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden handelsrechtlich mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen über die gewöhnliche Nutzungsdauer bewertet. Die immateriellen Vermögenswerte der Gesellschaft bestehen aus dem Erwerb eines Teilbestands eines Konsortialvertrages der Protektor Lebensversicherung AG, Mannheim. Der aktivierte Firmenwert wird gemäß § 255 Abs. 4 Satz 3 HGB über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 15 Jahren abgeschrieben, da in erster Linie Berufsunfähigkeitsversicherungen mit einer Mindestlaufzeit von 15 Jahren übertragen wurden. Gemäß den Bewertungsvorschriften von Solvency II wird ein Wert von Null angesetzt (Art. 12 DVO).

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Immobilien

Eine Immobilie wird handelsrechtlich und nach Solvency II als eigengenutzt eingestuft, wenn sie zu mehr als 50% eigengenutzt wird.

Der ökonomische Wert entspricht grundsätzlich dem beizulegenden Zeitwert i.S.d. IFRS 13. Die Ermittlung der Zeitwerte der Grundstücke und Bauten zum Bilanzstichtag erfolgt nach den in der Verordnung über Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (ImmoWertV) vorgesehenen Verfahren. Die Grundstücke und Bauten werden jährlich von externen Sachverständigen bewertet. Die Beauftragung der externen Gutachter erfolgt durch die Zweigniederlassung Deutschland der Generali Real Estate S.p.A. Die Bewertung von Immobilien, für deren Verkauf vor dem Bilanzstichtag Verträge der Immobilie abgeschlossen wurden und die einen Eigentumsübergang im neuen Jahr vorsehen, erfolgt mit dem Veräußerungspreis. Vermögenswerte, für die noch keine unterschriebenen Verträge vorliegen, werden mit dem voraussichtlich erzielbaren Verkaufspreis bewertet.

In der Handelsbilanz werden die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Wert erfolgen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nur bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung. Bei Immobilien erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Werts nach den in der Verordnung über Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (ImmoWertV) vorgesehenen Verfahren. Der beizulegende Wert bei überwiegend im Konzern genutzten Immobilien (Kernimmobilien) wird mit Hilfe eines modifizierten Ertragswertverfahrens unter Berücksichtigung einer langfristigen Nutzung der Immobilien durch den Konzern ermittelt. Die Bewertung von Immobilien, für deren Verkauf vor dem Bilanzstichtag Verträge abgeschlossen wurden und die einen Eigentumsübergang im neuen Jahr vorsehen, erfolgt mit dem Veräußerungspreis. Die für eine besondere Art der Eigennutzung individuell erstellten Immobilien (sog. Spezialimmobilien) werden zum Sachwert angesetzt. Auf Vermögenswerte, für die noch keine unterschriebenen Verträge vorliegen, werden ggf. Abschreibungen auf den voraussichtlich erzielbaren Verkaufspreis vorgenommen.

Sachanlagen und Vorräte

Bei den hier ausgewiesenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Sachanlagen.

Der ökonomische Wert entspricht grundsätzlich dem beizulegenden Zeitwert.

Die Sachanlagen werden handelsrechtlich gemäß § 255 und § 253 Abs. 3 HGB mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Wert erfolgen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Die Vorräte werden einzeln mit den Anschaffungskosten bewertet.

Handelsrechtlicher Wert des eigengenutzten Grundbesitzes

	Tsd.€
Handelsrechtlicher Wert des eigengenutzten Grundbesitzes	170.704
Aufdeckung stiller Reserven	29.496
Aufdeckung stiller Lasten	46
Ökonomischer Wert des eigengenutzten Grundbesitzes	200.154

Anlagen

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Die Ermittlung des ökonomischen Werts und des handelsrechtlichen Buchwerts entspricht der Methodik für die eigengenutzten Immobilien.

Handelsrechtlicher Wert des fremdgenutzten Grundbesitzes

	Tsd.€
Handelsrechtlicher Wert des fremdgenutzten Grundbesitzes	387.218
Aufdeckung stiller Reserven	99.694
Aufdeckung stiller Lasten	680
Ökonomischer Wert des fremdgenutzten Grundbesitzes	486.232

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Nach Art. 13 (20) der SII Rahmenrichtlinie liegt eine Beteiligung vor, wenn die Gesellschaft direkt oder indirekt 20% der Stimmrechte oder des Kapitals eines anderen Unternehmens hält. Nach Auslegung der BaFin fallen hierunter auch Anteile an Investmentvermögen mit mehr als 20% Anteilsbesitz. Die Identifizierung der Beteiligungen wird auf Einzelunternehmensebene durchgeführt. Dies kann dazu führen, dass auf Ebene des Group Head Office (GHO) aufgrund der Summierung von Gruppenanteilen ein Unternehmen als Beteiligung klassifiziert wird, wohingegen auf Einzelunternehmensebene mangels Überschreitung des Schwellenwertes keine Beteiligung vorliegt.

Der Beteiligungsbegriff nach Art. 13 (20) der SII Rahmenrichtlinie ist nicht deckungsgleich mit dem handelsrechtlichen Begriff der Beteiligung im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB. Handelsrechtlich liegt eine Beteiligung unabhängig von der Beteiligungsquote vor, sofern die Anteile an einem anderen Unternehmen dazu bestimmt sind dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen. Die 20%-Grenze dient handelsrechtlich jedoch als Indikation für das Vorliegen einer Beteiligung (widerlegbare Vermutung).

Daher stimmt der Wert für die Beteiligungen nach Art. 13 (20) der SII Rahmenrichtlinie nicht zwangsläufig mit dem handelsrechtlichen Buchwert der entsprechenden Bilanzposten im veröffentlichten handelsrechtlichen Jahresabschluss der Gesellschaft überein.

Die folgende Tabelle stellt dar, welche Beteiligungen die Gesellschaft nach Maßgabe von Art. 13 (20) der SII Rahmenrichtlinie zum 31. Dezember 2016 hält und welche Bewertungsmethodik für den ökonomischen Wert verwendet wird.

Bewertungsmethodik Beteiligungen

Gesellschaftsname	Bewertungsmethodik
Generali Partner GmbH	zu Anschaffungskosten
Generali 3. Immobilien AG & Co.KG	angepasste Equity-Methode
Gen. Europ. Real Estate Income Inv. GmbH & Co.g.KG Hafteinl.	angepasste Equity-Methode
Gen. North America Real Estate Inv. GmbH & Co.KG Pflicht USD	angepasste Equity-Methode
Volksfürsorge 1. Immobilien AG & Co.KG	angepasste Equity-Methode
Thuringia Generali 1. Immobilien AG & Co.KG	angepasste Equity-Methode
Thuringia Generali 2. Immobilien AG & Co.KG	angepasste Equity-Methode
Versicherungs-Planer-Vermittlungs-GmbH	zu Anschaffungskosten
MPC Real Value Fund GmbH & Co.KG	zu Anschaffungskosten
Volksfürsorge Fixed Assets GmbH	zu Anschaffungskosten
Volksfürsorge 5.Immobilien AG & Co.KG	angepasste Equity-Methode
GID FONDS VLAOT	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLLAE	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLMET	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLRET 3	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLRET 2	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLRET 4	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLRET	angepasste Equity-Methode
GENTUM NO.1	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLAKOR	angepasste Equity-Methode
GENTUM NR2	angepasste Equity-Methode
GID FONDS GLRET 5	angepasste Equity-Methode
GID FONDS AAINF	angepasste Equity-Methode
GID FONDS AAHYSL	angepasste Equity-Methode
GLL AMB Generali Cross-Border Property Fund FCP	angepasste Equity-Methode
Generali Divers USD Corp Bd AAA-A	angepasste Equity-Methode
GARBE Logistic European Strategic Fund II EU Inv. A	angepasste Equity-Methode

Zum Stichtag beträgt der ökonomische Wert der Beteiligungen 20.202.761 Tsd. €. Dem steht ein handelsrechtlicher Buchwert in Höhe von 18.038.481 Tsd. € gegenüber.

Nach der angepassten Equity-Methode entspricht der ökonomische Wert einer Beteiligung dem Anteil, den die Gesellschaft am Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten des jeweiligen Unternehmens hält (Art. 13 Abs. 3 der DVO). Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind dabei unter Beachtung der Vorschriften der SII Rahmenrichtlinie zu bewerten (Art. 13 Abs. 4 der DVO). Geschäfts- oder Firmenwerte sowie immaterielle Vermögenswerte werden hierbei mit Null angesetzt.

Die Änderungen der ökonomischen Werte im Berichtszeitraum spiegeln sich direkt in einer Änderung des Beteiligungswertes wider.

Mit den Anschaffungskosten werden Beteiligungen bewertet, die von untergeordneter Bedeutung für die Gesellschaft sind. Aufgrund der untergeordneten Bedeutung wird der handelsrechtliche Buchwert als bester Näherungswert für den ökonomischen Wert herangezogen.

Handelsrechtlich werden Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen gemäß § 341b Abs. 1 i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten, ggf. vermindert um notwendige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB bewertet. Wertaufhellende Entwicklungen im Aufstellungszeitraum werden berücksichtigt. Der niedrigere beizulegende Wert i.S.d. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB wird für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen im Wesentlichen mit dem Ertragswertverfahren zum Bewertungsstichtag angesetzt. Gesellschaften, bei denen keine Planungsinformationen verfügbar sind, werden üblicherweise mit dem Net-Asset-Value oder dem Dividend-Discount-Modell bewertet. Für börsennotierte Gesellschaften gilt grundsätzlich der Börsenkurs zum Bewertungsstichtag als maßgebend.

Die Anteile an Investmentvermögen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Die handelsrechtliche Bewertung entspricht der weiter unten bei den Organismen für gemeinsame Anlagen dargestellten Methodik.

Die Bewertungsdifferenzen zwischen der handelsrechtlichen Bewertung und der Bewertung mit der angepassten Equity-Methode sind im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass ein Rückgang oder ein Anstieg des ökonomischen Wertes eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit nach der angepassten Equity-Methode immer einen Einfluss auf den Wert der Beteiligung hat, während der für die Handelsbilanz relevante Zeitwert den handelsrechtlichen Buchwert nur dann beeinflusst, wenn er unter den Anschaffungskosten liegt und eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt oder wenn eine Wertaufholung geboten ist.

Die ökonomischen Werte der Beteiligungen werden voraussichtlich im Zeitablauf eine höhere Volatilität aufweisen als die handelsrechtlichen Buchwerte und somit zu Bewertungsdifferenzen führen, die in ihrer Höhe schwanken.

Weitere Anlagen, Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge sowie Darlehen und Hypotheken

Bewertungshierarchie der ökonomischen Werte

	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für gleiche Vermögenswerte Tsd. €	Marktpreisnotierungen auf aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte Tsd. €	Alternative Bewertungsmethoden Tsd. €	Angepasste Equity-Methode Tsd. €	IFRS Equity-Methode Tsd. €	Summe Tsd. €
Aktien - notiert	80.390					80.390
Aktien - nicht notiert		56.400	24.481	140.849	6	221.736
Staatsanleihen	6.408.937	2.611.708				9.020.645
Unternehmensanleihen	3.956.784	7.955.802	155.904			12.068.490
Strukturierte Schuldtitel	1.051.766	386.882	79.996			1.518.644
Besicherte Wertpapiere						0
Organismen für gemeinsame Anlagen	483.134	33.043	201.615	200.082	2.449	920.323
Derivate (aktivisch)		22.061				22.061
Derivate (passivisch)		150.336				150.336
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten			50.003			50.003
Sonstige Anlagen			1			1
Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge	2.641.895		522.335			3.164.230
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendarlehen)			1.539.388			1.539.388
Policendarlehen			108.009			108.009

Die Übersicht stellt für die einzelnen Positionen die Bewertungshierarchie der ökonomischen Werte dar.

Sofern eine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt, wird diese zur Ermittlung des ökonomischen Wertes des Finanzinstruments herangezogen.

Beim Kauf eines Titels wird geprüft, welche Börse der liquideste Handelsplatz für den jeweiligen Titel ist. Der Kurs dieser Börse wird zur Bewertung herangezogen. Für alle gelisteten Titel wird täglich über eine automatische Anbindung an die Server von Daten Providern (u.a. Reuters) der Schlusskurs des Vortages eingespielt. Vor jedem Quartalsabschluss wird wiederum eine Prüfung der Liquidität der einzelnen Börsenplätze vorgenommen. Ziel ist es, immer den Kurs der Börse für die Bewertung heranzuziehen, an der das größte Handelsvolumen vorliegt. Sofern lediglich wenig liquide Börsen vorhanden sind, wird ein von Reuters ermittelter Mischkurs aller Börsen zur Bewertung angesetzt.

Sofern keine Kursnotierung vorliegt, sind Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes erforderlich. Die folgende Übersicht stellt die von der Gesellschaft verwendeten Bewertungsmodelle dar. Sie enthält auch Bewertungsmodelle zu Assetklassen, die im Berichtsjahr nicht im Bestand waren.

Verwendete Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes, sofern keine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt

Position	Parameter	Preismodell
Aktien - nicht notiert	Zukünftige Zahlungsströme (Dividenden, ausschüttungsfähiger Jahresüberschuss etc.), emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	Barwertmethode
Staatsanleihen	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Unternehmensanleihen	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Strukturierte Schuldtitel (Zinsrisiken)	Niveau und Form der Renditekurve, Mittelwertrückkehr zwischen zwei stochastischen Prozessen und der Korrelation zweier Brownscher Bewegungen	Heath Jarrow Morton - 2 Factor Hull White Model
Strukturierte Schuldtitel (Aktienrisiken)	Implizite und geschätzte Volatilitäten, Korrelationen, emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve	Erweiterung des Black Scholes Merton-Modells
Organismen für gemeinsame Anlagen	Rücknahmekurse bzw. emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Derivate (Zinsrisiken)	Niveau und Form der Renditekurve, Mittelwertrückkehr zwischen zwei stochastischen Prozessen und der Korrelation zweier Brownscher Bewegungen	Heath Jarrow Morton - 2 Factor Hull White Model
Derivate (Aktienrisiken)	Implizite und geschätzte Volatilitäten, Korrelationen, emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve	Erweiterung des Black Scholes Merton-Modells
Derivate (Wechselkursrisiken)	Niveau und Form der Renditekurve, Mittelwertrückkehr zwischen zwei stochastischen Prozessen und der Korrelation zweier Brownscher Bewegungen	Heath Jarrow Morton - 2 Factor Hull White Model
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	Nicht anwendbar. Auf Grund der Laufzeit der Einlagen wird der Nennwert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet	Nennwert inkl. Stückzinsen
Sonstige Anlagen	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie (Geld-Brief-Spanne; sofern nicht vorhanden approximiert mit Hilfe des Ausfallrisikos, Ausgabebetrags, ausstehenden Betrags, Geld-Brief-Spanne vergleichbarer Instrumente und der Restlaufzeit)	Barwertmethode
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	Zukünftige Zahlungsströme, emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	Barwertmethode
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendarlehen)	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie, emittentenspezifische Kreditabschläge	Barwertmethode
Policendarlehen	Aus Wesentlichkeitsgründen wird der handelsrechtliche Wert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet	Fortgeführte Anschaffungskosten

Handelsrechtliche Bewertung der anderen Anlagen, der Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge sowie der Darlehen und Hypotheken

Aktien

Handelsrechtliche Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, die das SII-Beteiligungskriterium (20% Anteilsbesitz) nicht erfüllen, werden entsprechend der oben bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen beschriebenen Methodik bewertet.

Aktien, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB handelsrechtlich nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung der betreffenden Vermögenswerte vorliegt und somit eine außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB vorzunehmen ist, werden zunächst die Zeitwerte der letzten sechs Monate herangezogen. Eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung ist grundsätzlich gegeben, wenn der Zeitwert der einzelnen Aktien in diesem Zeitraum durchgehend weniger als 80% des Buchwertes zum Bewertungsstichtag beträgt. Sofern nach den obigen Kriterien eine Abschreibung erforderlich ist, wird grundsätzlich auf den Kurswert zum 31. Dezember 2016 oder einen darüber liegenden beizulegenden Wert abgeschrieben. Aktien, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Anleihen

Anleihen in Form von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden handelsrechtlich gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten ggf. bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Bei über pari erworbenen Wertpapieren wird das Agio über die Laufzeit amortisiert. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Anleihen in Form von Schuldscheindarlehen werden handelsrechtlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB angesetzt. Namensschuldverschreibungen werden mit dem Nennwert nach § 341c Abs. 1 HGB angesetzt. Disagiobeträge werden passivisch, Agiobeträge aktivisch abgegrenzt und unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit verteilt. Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen sowie die genussscheinähnlichen Wertpapiere im Zusammenhang mit dem Sicherungsfonds für Lebensversicherungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der laufzeitabhängigen Zinsamortisation bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten ggf. bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Hier ausgewiesene Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden analog bewertet.

Organismen für gemeinsame Anlagen

Anteile an Investmentvermögen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden handelsrechtlich gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach den für das Anlagever-

mögen geltenden Vorschriften bewertet. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden die Anteile an Investmentvermögen grundsätzlich als eigenständige Bewertungsobjekte betrachtet. Für Aktienfonds wird grundsätzlich eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung angenommen, wenn der Zeitwert in den letzten sechs Monaten durchgehend weniger als 80% des Buchwertes bzw. bei Publikumsrentenfonds weniger als 90% des Buchwertes betrug. Bei reinen Rentenspezialfonds werden zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung die im Fonds enthaltenen Rentenpapiere auf ihre Bonität hin überprüft. Bei gemischten Spezialfonds wird auf die im Fonds enthaltenen Wertpapiere abgestellt. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten ggf. bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Sofern nach den obigen Kriterien eine Abschreibung erforderlich ist, wird grundsätzlich auf den Kurswert zum 31. Dezember 2016 abgeschrieben.

Anteile an Investmentvermögen, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden handelsrechtlich nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften nach § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Derivate

Im Rahmen der Zugangsbewertung werden derivative Finanzinstrumente handelsrechtlich in Höhe einer ggf. geleisteten oder erhaltenen Ausgleichszahlung aktiviert bzw. passiviert. Derivative Finanzinstrumente die Bestandteil einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind, werden handelsrechtlich im Rahmen der Folgebewertung nach der Einfrierungsmethode bewertet. Bei der Einfrierungsmethode wird die Wertänderung eines Derivats buchhalterisch nicht erfasst, sofern sie kompensatorisch zur Wertänderung des Grundgeschäfts wirkt. Derivative Finanzinstrumente, die bilanziell nicht Bestandteil einer Bewertungseinheit sind, werden im Rahmen der Folgebewertung unter Beachtung des § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB bewertet.

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Die Einlagen werden handelsrechtlich mit dem Nennwert angesetzt.

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden handelsrechtlich gemäß § 341d HGB mit dem Zeitwert (Rücknahmepreis am Bilanzstichtag) bilanziert.

Darlehen und Hypotheken

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen sowie hier ausgewiesene Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden handelsrechtlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB angesetzt. Zur Feststellung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden die Papiere auf ihre Bonität hin überprüft. Im Rahmen der Bonitätsprüfung werden neben der Kreditwürdigkeit des Emittenten ggf. bestehende Sicherheiten und zum Stichtag eingetretene oder erwartete Zinsausfälle berücksichtigt. Abschreibungen aufgrund einer dauerhaften Wertminderung erfolgen nur, wenn nicht mehr mit einer vollständigen Zahlung der vertraglichen Rückflüsse gerechnet wird. Darüber hinaus werden für die Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen zur weiteren Risikoversorge Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Policendarlehen

Die handelsrechtliche Bewertung der Policendarlehen entspricht der oben dargestellten Bewertung der Darlehen und Hypotheken.

§ 341b Abs. 2 HGB im handelsrechtlichen Jahresabschluss

In den Anlagen der Solvabilitätsübersicht sind Kapitalanlagen enthalten, die handelsrechtlich grundsätzlich nach den Vorschriften für das Umlaufvermögen zu bilanzieren wären, die aber, da sie dauernd dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienen, handelsrechtlich nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden (§ 341b Abs. 2 in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB). Der handelsrechtliche Buchwert dieser Kapitalanlagen beläuft sich zum Bewertungsstichtag auf 30.152.363 Tsd. €.

Wesentliche Bewertungsunterschiede zw. ökonomischem Wert und handelsrechtlichem Buchwert

Die wesentlichen Bewertungsunterschiede bei den anderen Anlagen sowie den Darlehen und Hypotheken zwischen den ökonomischen und handelsrechtlichen Werten resultierten aus der Durchbrechung des handelsrechtlichen Realisationsprinzips (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB) bei den Anleihen. Der ökonomische Wert legt somit die stillen Reserven und stillen Lasten offen, die zwischen dem handelsrechtlichen Wert und dem zum Stichtag ermittelten ökonomischen Wert bestehen.

Die Abweichung bei den Derivaten ergab sich i.W. aus der Wahl der Einfrierungsmethode für die Derivate, die Bestandteil einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB sind.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Die Rückversicherungsanteile (Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen) werden auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge ermittelt. Die Abweichung zwischen Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz resultiert aus der Umbewertung der Bruttoverpflichtung. In diesem Zusammenhang wird auf Abschnitt D.2 verwiesen. Im handelsrechtlichen Jahresabschluss werden die Rückversicherungsanteile formell nicht als Vermögenswert sondern als Minderung der versicherungstechnischen Rückstellung auf der Passivseite offen ausgewiesen.

Forderungen gegenüber Versicherungen und Versicherungsvermittlern

Fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer werden handelsrechtlich mit dem Nennbetrag angesetzt. Ausfallrisiken werden durch Pauschalwertberichtigungen aufgrund von Erfahrungswerten berücksichtigt.

Die Bewertung der Forderungen an Versicherungsvermittler erfolgt handelsrechtlich zum Nennwert.

Bei den Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern wird mit Blick auf die kurze Laufzeit der Forderungen der handelsrechtliche Buchwert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Die Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft werden handelsrechtlich mit dem Nennwert angesetzt. Mit Blick auf die kurze Laufzeit der Forderungen wird der handelsrechtliche Buchwert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Die Forderungen werden handelsrechtlich mit dem Nennwert aktiviert. Hierbei werden Einzel- bzw. Pauschalwertberichtigungen vorgenommen. Grundsätzlich wird dieser Wert als angemessene Näherung des ökonomischen Wertes gesehen. Der Unterschiedsbetrag in der Vermögenswerteübersicht zwischen handelsrechtlichem Buchwert und ökonomischen Wert ist im Wesentlichen dadurch bestimmt, dass der Schuldbeitritt der Generali Deutschland AG zu Verpflichtungen der betrieblichen Altersversorgung unserer Gesellschaft in der Handelsbilanz als Nettoausweis gezeigt wird und in der Solvabilitätsübersicht als Bruttoausweis. D. h. in der Solvabilitätsübersicht sieht man eine Bilanzverlängerung in Höhe von ca. 701 Mio. € deren aktivischer Teil unter den Forderungen ausgewiesen wird.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Handelsrechtlich erfolgt der Ansatz mit dem Nennwert. In Fremdwährung geführte Bankkonten werden zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs bewertet. Dieser wird als angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Die sonstigen Vermögenswerte werden handelsrechtlich mit dem Nennwert aktiviert. Die Abweichung zum ökonomischen Wert resultiert im Wesentlichen aus den Agien, die im Rahmen der handelsrechtlichen Nennwertbilanzierung zu erfassen sind.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

D.2.1 Gegenüberstellung der ökonomischen und handelsrechtlichen Werte

	Leben		Kranken ¹		Gesamt
	Verträge mit Überschussbe- teiligung Tsd. €	Fonds- und index- gebundene Versicherungen mit Optionen und Garantien Tsd. €	Summe Tsd. €	Tsd. €	Leben und Kranken Tsd. €
Ökonomischer Wert					
Bruttobetrag	40.074.515	5.312.697	45.387.212	625.303	46.012.515
davon bester Schätzwert	39.802.851	5.236.106	45.038.956	582.274	45.621.230
davon Risikomarge	271.665	76.592	348.256	43.030	391.286
Rückversicherungsanteil nach Anpassung für erwartete Ausfälle	1.218.235	0	1.218.235	58.583	1.276.818
Nettobetrag	38.856.280	5.312.697	44.168.977	566.721	44.735.698
Handelsrechtlicher Wert (inkl. verzinslicher Ansammlung)					
Bruttobetrag	36.184.351	5.053.593	41.237.945	2.372.558	43.610.502
davon Deckungsrückstellung	33.023.309	5.046.161	38.069.470	1.826.661	39.896.132
davon Rückstellung für Beitragsrückerstattung	1.631.765		1.631.765	0	1.631.765
davon verzinsliche Ansammlung	1.274.122		1.274.122	263.383	1.537.504
davon Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	145.699	7.423	153.123	259.197	412.320
davon Beitragsüberträge und sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	109.457	9	109.465	23.317	132.782
Rückversicherungsanteil	1.224.801	0	1.224.801	113.667	1.338.468
davon Deckungsrückstellung	1.211.340	0	1.211.340	113.332	1.324.672
davon Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.223	0	8.223	0	8.223
davon Beitragsüberträge und sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	5.237	0	5.237	335	5.572
Nettobetrag	34.959.550	5.053.593	40.013.144	2.258.891	42.272.035

¹ unter Kranken erfolgt im Einklang mit SII der Ausweis der Berufsunfähigkeitsversicherungen

D.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die ökonomischen Werte

Grundlagen der ökonomischen Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvabilitätsübersicht gemäß Solvency II spiegeln den ökonomischen Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen wider. Dieser bildet zusammen mit dem ökonomischen Wert der Vermögenswerte die Basis für die Berechnung der ökonomischen Eigenmittel der Gesellschaft.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft in der Solvabilitätsübersicht ergeben sich als Summe aus dem besten Schätzwert der versicherungstechnischen Verpflichtungen (Best Estimate Liability, BEL) und der Risikomarge (s.u.).

Hierbei wird die BEL als Differenz aller zukünftiger Ein- und Auszahlungen berechnet, die sich aus einer Abwicklung des Versicherungsbestandes zum Bewertungsstichtag unter realistischen versicherungsmathematischen Annahmen ergeben. Dabei werden alle erwarteten Entwicklungen (darunter wirtschaftliche, medizinische, soziale und demografische Veränderungen) in die zukünftigen Zahlungsströme einbezogen.

Grundsätzlich erfolgt die Abzinsung der zukünftigen Ein- und Auszahlungen mit der Basis-Zinsstrukturkurve (siehe im Weiteren „Angaben zur Zinskurve“).

Datenqualität

Ein wesentlicher Bestandteil der Ermittlung der Solvabilitätsübersicht ist die Sicherstellung einer angemessenen Datenqualität im gesamten Berechnungsprozess. Hierzu hat die Assicurazioni Generali S.p.A. eine Richtlinie und sog. Operating Guidelines etabliert. Diese sehen eine enge Zusammenarbeit zwischen der IT und den einzelnen Fachbereichen vor und definieren einen Prozess sowie Rollen und Verantwortlichkeiten zur Sicherstellung der Datenqualität.

Die Verantwortung für die Datenqualität der versicherungstechnischen Annahmen (siehe unten) liegt bei der Einzelgesellschaft. Bei der Herleitung der jeweiligen Annahmen sind die zugrundeliegenden Daten zu beschreiben und auf Angemessenheit zu überprüfen. Die Ergebnisse der Analysen sowie die durchgeführten Anpassungen und Expertenschätzungen werden in einem Bericht von der Gesellschaft beschrieben und im Anschluss daran der Versicherungsmathematischen Funktion (vgl. B.6) und dem externen Prüfer für weitere Analysen zur Verfügung gestellt.

Methoden

Zur Ermittlung der für die BEL-Berechnung notwendigen Ein- und Auszahlungen wird ein unternehmens-eigenes Bewertungsmodell verwendet, das auf Basis des aktuellen Bestands die HGB-Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Gesellschaft unter realistischen Annahmen projiziert und dadurch die zukünftigen Zahlungsströme bestimmt. Dabei werden folgende Ein- und Auszahlungen berücksichtigt:

- Prämieinnahmen inkl. wesentlicher Zuzahlungen und Zulagen, solange das Unternehmen diesen nicht widersprechen kann.
- Leistungszahlungen (Todesfall-, Ablauf- sowie Rückkaufsleistungen, Alters- und Invalidenrenten, Überschussbeteiligung und sonstige vertraglich vereinbarte Zahlungen).
- Kosten (Abschluss- und Verwaltungskosten, Bestandspflegeprovisionen, Kapitalanlagekosten, sonstige Kosten).
- Teilrückvergütungen der Fondsverwaltungsgebühren in Abhängigkeit des Fondsvolumens (Kickback-Zahlungen).

Diese Ein- und Auszahlungen werden nur dann berücksichtigt, wenn sie innerhalb der Vertragsgrenzen anfallen. Diese ergeben sich für deutsche Lebensversicherungsverträge aus dem früheren der folgenden beiden Zeitpunkte:

- Laufzeitende des Vertrages und
- Zeitpunkt, an dem das Unternehmen die einseitige Möglichkeit hat, den Vertrag zu kündigen bzw. die Prämie für den einzelnen Versicherungsnehmer den Risiken entsprechend anzupassen.

Zur Erreichung angemessener Rechenzeiten wird der Versicherungsbestand zu einer reduzierten Anzahl sog. Modellpunkte verdichtet. Ein Modellpunkt repräsentiert dabei die relevanten Charakteristika der dort

verdichteten Einzelverträge. Die Güte dieser Verdichtung wird über einen Abgleich der wesentlichen Zahlungsströme zwischen verdichtetem und unverdichtetem Bestand sichergestellt.

Die Projektion der künftigen Zahlungen des auf Modellpunkte verdichteten Bestandes erfolgt unter realistischen Annahmen. Dabei werden die vorhandenen Versicherungsverträge bis zu deren Ablauf bzw. einer maximalen Projektionsdauer von 60 Jahren abgewickelt. Nach 60 Projektionsjahren ist der vorhandene Bestand i.d.R. fast vollständig abgewickelt. Im Falle verbleibender Kapitalanlagen am Ende der Projektionsdauer wird der zugehörige Buchwert vollständig den versicherungstechnischen Rückstellungen zugeordnet, und die verbleibenden Bewertungsreserven gemäß den Überschussbeteiligungsquoten auf die Passivpositionen aufgeteilt. Diese Vereinfachung wird als angemessen erachtet, sofern am Projektionsende der Marktwert der verbleibenden Kapitalanlagen die gruppenweit vorgegebene Toleranzgrenze von 1% des Marktwerts der gesamten Kapitalanlagen zum Stichtag nicht überschreitet. Wird diese Toleranzgrenze nicht eingehalten, so sind weitere Analysen zur Angemessenheit der gewählten Zuordnung notwendig.

Zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II werden die künftigen Zahlungen stochastisch mittels 1.000 marktkonsistenten Kapitalmarktszenarien projiziert. Die Passivpositionen ergeben sich dann als Mittelwert über die betrachteten Kapitalmarktszenarien. Dadurch wird sichergestellt, dass der Wert der in den Verträgen enthaltenen Optionen und Garantien („Time Value of Options and Guarantees“, TVOG) in den versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten ist.

Die Annahmen zur Biometrie (Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität), den Kosten und dem Basisstorno bleiben auch in der stochastischen Projektion deterministisch.

Die Projektionen werden mit dem unternehmensindividuellen Bewertungsmodell der Gesellschaft durchgeführt. Dabei werden Managementregeln und Versicherungsnehmerverhalten berücksichtigt (siehe Abschnitt „Managementregeln und Versicherungsnehmerverhalten“).

Im Gegensatz zum HGB-Jahresabschluss werden hybride Produkte in der Solvabilitätsübersicht nicht in ihren Komponenten getrennt behandelt, sondern als index- bzw. fondsgebundene Produkte klassifiziert.

Risikomarge

Die Risikomarge spiegelt Kapitalbindungskosten wider, die bei einer Bestandsübertragung dem aufnehmenden Versicherungsunternehmen dadurch entstehen, dass es für die verbleibende Restlaufzeit des übertragenen Bestandes zusätzliches Risikokapital vorhalten muss. Die Risikomarge entspricht damit den Kapitalkosten der unvermeidbaren Risiken. Einzubeziehen sind dabei Risiken, die weder am Kapitalmarkt abgesichert, noch durch andere strategische Entscheidungen ausgeschlossen werden können, i.a. versicherungstechnische und operationelle Risiken. Zur Ermittlung der Risikomarge wird in einer Run-Off-Betrachtung des Bestandes der Risikokapitalbedarf für die unvermeidbaren Risiken im Zeitverlauf bestimmt und mit einem fixen Kapitalkostensatz („Cost of Capital“, CoC) von 6% multipliziert. Die Risikomarge entspricht dann dem risikofreien Barwert der im Zeitverlauf auf das benötigte Risikokapital anfallenden Kapitalkosten. Für die Ermittlung der Risikomarge erfolgt die Berechnung des Risikokapitals vereinfacht durch Fortschreibung der Risikokapitalien für die zugrundeliegenden Risiken anhand eines der Wesensart des jeweiligen Risikos entsprechenden Risikotreibers.

Hauptannahmen

In diesem Abschnitt werden die Hauptannahmen für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen dargestellt. Dazu zählen neben den versicherungstechnischen Annahmen zur Biometrie und den Kosten, ökonomische Annahmen zur Zinskurve und den stochastischen Kapitalmarktszenarien sowie die Managementregeln und die Annahmen zum Versicherungsnehmerverhalten.

Versicherungstechnische Annahmen

Bei der Bestimmung der Sterblichkeitsannahmen werden zwei wesentliche Einflussfaktoren berücksichtigt: Die erwartete Entwicklung der Sterblichkeit über die Zeit (Sterblichkeitstrend) sowie Selektionsprozesse innerhalb wesentlicher Merkmale wie Geschlecht, Alter etc. (Selektionsfaktoren/Sterblichkeitsniveau). Die Sterblichkeitsannahmen werden insbesondere aufgrund ihrer starken Trendabhängigkeit auf Basis des Lee-Carter-Modells abgeleitet.

Im Bereich der Langlebigkeitsannahmen wird die DAV 2004 R 2. Ordnung Aggregat als Best-Estimate-Tafel verwendet. Für die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten wird die DAV 1997 I angesetzt. Beide Tafeln werden darüber hinaus mit unternehmensindividuellen Selektionsfaktoren skaliert. Diese Faktoren werden dabei aus historischen unternehmensindividuellen Bestandsdaten abgeleitet.

Bei der Herleitung des besten Schätzwertes der Kosten werden zwei wesentliche Aspekte berücksichtigt: Zum einen werden die Abschluss- und Verwaltungskostensätze für die Modellierung in Einklang mit den in der Gewinn- und Verlustrechnung angefallenen Ist-Kosten ermittelt. Zum anderen wird die Kostenentwicklung während der Projektionsdauer mittels realistischer Inflationsannahmen modelliert.

Um die Wechselwirkungen zwischen zukünftigem Neugeschäft und Überschussbeteiligung (gemäß BaFin-Auslegungsentscheidung vom 4. Dezember 2015) abzubilden, wird der Beitrag des zum Stichtag vorhandenen Bestandes an der Finanzierung des zukünftigen Neugeschäfts ermittelt und entsprechend in der Projektion berücksichtigt. Die Höhe dieser Mittel wird dabei konsistent zur Unternehmensplanung bestimmt.

Zinskurve

Für sämtliche Bewertungen im Kontext Solvency II stellt EIOPA seit Jahresbeginn 2015 alle relevanten Zinsstrukturkurven mit zusätzlichen Informationen auf monatlicher Basis zur Verfügung. Hierbei wird zwischen der Basis-Zinsstrukturkurve und der maßgeblichen Zinsstrukturkurve unterschieden, wobei letztere die Kurve bezeichnet, welche zur Diskontierung der versicherungstechnischen Rückstellungen zu verwenden ist. Die für die Generali in Deutschland maßgebliche Zinsstrukturkurve beinhaltet eine sog. Volatilitätsanpassung in Höhe von 13 Basispunkten per Jahresende 2016 (siehe Abschnitt „Volatilitätsanpassung“). Die Risikomarge hingegen wird mit der Basiszinskurve ermittelt.

Wahl der Basiszinssätze und Kreditanpassung

Für jede Währung und Laufzeit werden seitens EIOPA die risikofreien Basiszinssätze hergeleitet, i.d.R. auf Basis von Swap-Zinssätzen, abzüglich einer Anpassung zur Berücksichtigung des in den Swap-Zinssätzen noch enthaltenen Kreditausfallrisikos, d.h. des im unbesicherten Interbankenmarkt enthaltenen Risikos. Die Kreditrisikoanpassung ist daher von der Bonität der Banken abhängig, die über Interbankengeschäfte die Basis für die variable Seite von Swap-Geschäften festlegen. EIOPA informiert monatlich über die Datenquelle der Swaps bzw. Staatsanleihen sowie über die Höhe der Kreditrisikoanpassung. Die für den Euro bei der Ermittlung der risikofreien Basiszinskurve verwendeten Swap-Sätze basieren auf sog. Swap Mid Rates (Mittelwert von Angebots- und Nachfrageswapsätzen) zum Tagesschlussstand an der Londoner Börse. Von diesen Marktdaten wird beim Euro eine Kreditanpassung in Höhe von 10 Basispunkten (Stand Ende 2016) über alle Laufzeiten hinweg abgezogen, um eine kreditrisikofreie Basiszinskurve zu erhalten.

Last-Liquid-Point und Extrapolation

Für die Herleitung von Zinskurven stehen in der Praxis ab einer bestimmten Laufzeit keine ausreichenden Marktdaten mehr zur Verfügung bzw. gelten ab diesem Zeitpunkt als unverlässlich; für den Euro ist diese Laufzeit auf 20 Jahre (Last-Liquid-Point) festgesetzt. Für längere Laufzeiten ist eine Extrapolation der Zinskurve erforderlich, welche auf Basis von Terminzinssätzen mithilfe der sog. Smith-Wilson-Methode durchgeführt wird. Aufgrund unzureichender Marktdaten für langfristige Zinssätze, muss der Zielwert für die Extrapolation aus wirtschaftlichen Erwägungen abgeleitet werden. Als Zielwert wird ein langfristiger

Gleichgewichtszins (die sog. Ultimate Forward Rate, UFR) festgelegt, der sich derzeit für den Euro als Summe aus der erwarteten Inflation (2%) und der erwarteten langfristigen Wachstumsrate für die Eurozone (2,2%) ergibt. Demnach beträgt die UFR für den Euro aktuell 4,2% und ist innerhalb eines Zeitraums von 40 Jahren, d.h. nach einer Gesamtlaufzeit von 60 Jahren, mit einer Toleranz von +/- 1 Basispunkt zu erreichen.

Volatilitätsanpassung

Die Volatilitätsanpassung (VA) wurde von der europäischen Aufsicht als Bestandteil des Maßnahmenpakets zur Bewertung langfristiger Garantien eingeführt.

Motivation für die Anwendung einer solchen Anpassung war die Feststellung, dass Unternehmen, die Versicherungsprodukte mit langfristigen Garantien anbieten (typischerweise Lebens- und Krankenversicherer), nur in eingeschränktem Maße den Wertschwankungen ihrer Kapitalanlagen ausgesetzt sind. Damit können sie diese in Kauf nehmen und müssen Verluste somit nicht realisieren. Hierbei wird unterstellt, dass der zusätzliche Zinsaufschlag auf die Zinskurve in Form der Volatilitätsanpassung von der Gesellschaft in ihrem Kapitalanlageportfolio auch tatsächlich risikofrei erwirtschaftet werden kann.

Konzeptionell entspricht die Volatilitätsanpassung dem Anteil des Spreads von Anleihen über dem risikofreien Zins, der nicht auf eine realistische Bewertung des Risikos dieser Anleihen, insbesondere des Kreditrisikos, zurückzuführen ist, und beschreibt damit eine Marktüberhebung. Die Höhe der Volatilitätsanpassung bestimmt sich auf der Grundlage der Differenz zwischen dem risikofreien Zinssatz gemäß Solvency II und der Rendite eines Referenz-Portfolios (währungs- und länderspezifisch) von Vermögenswerten von EIOPA. Diese Differenz wird um den Spread-Anteil gekürzt, der dem Ausfall- und Downgrading-Risiko entspricht (Risikoberichtigung). Die Volatilitätsanpassung beträgt 65% dieser risikoberichtigten Differenz. Die Anwendung der Volatilitätsanpassung führt zu einer Parallelverschiebung im liquiden Teil der maßgeblichen risikolosen Zinskurve. Zum Jahresende 2016 erreicht die Euro-weite Volatilitätsanpassung eine Höhe von 13 Basispunkten.

Die Anwendung der Volatilitätsanpassung in den Berechnungen zur ökonomischen Bilanz muss von der jeweiligen Aufsicht genehmigt werden. Die Generali in Deutschland hat diese Genehmigung für alle Gesellschaften in 2015 erhalten und bezieht die Volatilitätsanpassung in die Solvency II Berechnungen ein.

Nach § 40 Absatz 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist bei Anwendung der Volatilitätsanpassung eine Quantifizierung der Auswirkungen gefordert, die eine Änderung der Volatilitätsanpassung auf null auf die Finanzlage des Unternehmens haben würde. Die Auswirkung dieser Änderung auf den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen der Gesellschaft wird in Abschnitt D.2.4. erörtert.

Die Auswirkung der Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung auf die Solvenzkapitalanforderung und die anrechenbaren Eigenmittel des Unternehmens findet sich in Kapitel E.2.

Darüber hinaus nutzt die Gesellschaft bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zum Jahresende 2016 keine der Übergangsvorschriften nach §352 VAG und §353 VAG (sog. Transitions).

Stochastische Kapitalmarktszenarien

Die Kapitalmarktszenarien für die stochastische Projektion werden mittels eines sog. Szenariengenerators (Economic Scenario Generators, ESG) eines externen Anbieters erzeugt. Die Angemessenheit der Szenarien für die ökonomischen Bewertungen der Generali in Deutschland wird zentral durch das Risikomanagement und die Versicherungsmathematische Funktion überprüft. Dies umfasst insb. die folgenden Kontrollen:

- Konsistenz zwischen den Zerobond-Kupons und den entsprechenden Deflatoren.

- Test auf Marktkonsistenz für die „total returns“ von Aktien, Immobilien und Zerobonds mit zehnjähriger Laufzeit.
- Test unter Berücksichtigung einer Umschichtung von Aktien und Immobilien.
- Analyse statistischer Kennzahlen.
- Extremwertanalysen.

Managementregeln und Versicherungsnehmerverhalten

Unter Managementregeln versteht man diejenigen Algorithmen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer Projektion in Abhängigkeit der Situation am Kapitalmarkt und der finanziellen Situation des Unternehmens die Entscheidungen für die jeweils nachfolgende Projektionsperiode festlegen.

Die im Modell berücksichtigten Managementregeln betreffen folgende Themen:

- Überschussbeteiligung
- Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung
- Strategische Asset Allokation
- Strategische Realisierung von stillen Reserven
- Durationsmanagement
- Notstandsmanagement

Im Bereich des Versicherungsnehmerverhaltens werden folgende Ereignisse als mögliche Vertragsunterbrechung oder Stornogrund berücksichtigt:

- Rückkauf (Storno) mit oder ohne Zahlung eines Rückkaufswertes
- Beitragsfreistellung
- Kapitalabfindung bei Rentenversicherungen

Dabei wird das Stornoverhalten der Versicherungsnehmer getrennt nach Grundstorno (unconditioned lapse) und dynamischem Storno (conditioned lapse) analysiert. Alle drei Versicherungsnehmer-Optionen werden dynamisch modelliert. Die Modellierung erfolgt unter den folgenden Grundannahmen:

- Als Auslöser für das dynamische Versicherungsnehmerverhalten beim konventionellen Geschäft wird die Differenz zwischen der Versicherungsnehmer-Gesamtverzinsung und der Rendite einer risikoreichen Investition am Kapitalmarkt verwendet.
- Als Auslöser für das dynamische Versicherungsnehmerverhalten beim fondsgebundenen Geschäft wird der Quotient Fondsguthaben (Aktuell) / Fondsguthaben (Vorjahr) verwendet.
- Diese Differenz bzw. der Quotient werden in einen multiplikativen Faktor übersetzt, der auf die jeweiligen historischen Storno- bzw. Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten angewandt wird und diese somit erhöht oder verringert.

Die Parametrisierung des Versicherungsnehmerverhaltens und der Managementregeln erfolgt zumeist auf der Basis von historischen Beobachtungen bzw. Experteneinschätzungen durch die Gesellschaft. Die entsprechenden Einschätzungen der Parameter werden begründet und dokumentiert. Die im Modell verwendeten Managementregeln und deren Parametrisierung werden durch den Vorstand der Gesellschaft verabschiedet.

D.2.3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für die handelsrechtlichen Werte

Ermittlung der handelsrechtlichen Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung wird für jede Versicherungspolice einzeln unter Berücksichtigung des genauen Beginntermins nach versicherungsmathematischen Grundsätzen prospektiv ermittelt, mit Ausnahme der Versicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird (fondsgebun-

dene Versicherungen). Für die fondsgebundenen Versicherungen erfolgt die Berechnung der Deckungsrückstellung nach der retrospektiven Methode und wird in Anteileneinheiten zu Zeitwerten geführt. Sofern in den Versicherungen garantierte Leistungen für den Erlebensfall enthalten sind, wird die hierauf entfallende Deckungsrückstellung prospektiv ermittelt und im Passivposten D. II. 1 geführt.

Für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG sind diese Grundsätze gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geschäftsplanmäßig festgelegt. Für den Neubestand wird die Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB i.V.m. § 25 RechVersV sowie der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet. Die Deckungsrückstellung beinhaltet die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Zeiten und beitragsfreie Versicherungen. Die Verwaltungskosten für beitragspflichtige Zeiten werden implizit berücksichtigt. Die Deckungsrückstellung für bereits zugeteilte Überschussanteile wird wie für beitragsfreie Versicherungen ermittelt.

Die Lebenserwartung der Rentenversicherten ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) hält für die Jahresabschlüsse ab dem 31. Dezember 2016 eine Deckungsrückstellung für angemessen, die nicht niedriger ist, als der um zwölf Zwanzigstel linear interpolierte Wert zwischen den Deckungsrückstellungen auf Basis der Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20. Dieses empfohlene Sicherheitsniveau wird bei der Berechnung der Deckungsrückstellung eingehalten. Der einzelvertraglich ermittelte Stand des aufgrund neuer Sterbetafeln entstandenen Nachreservierungsbedarfs der Rentenversicherungen beträgt am Bilanztermin des Berichtsjahres 448.015 Tsd. €.

Aufgrund der Urteile des Bundesgerichtshofes vom 12. Oktober 2005, vom 25. Juli 2012 und vom 17. Oktober 2012 sowie vom 26. Juni 2013 wurde die Deckungsrückstellung einzelvertraglich aufgefüllt, soweit sie aus beitragsfrei gestellten Verträgen resultiert, auf die sich die Urteile des Bundesgerichtshofes erstrecken. Außerdem ist sichergestellt, dass bei Verträgen, die in den jeweils relevanten Zeiträumen abgeschlossen wurden, die nunmehr geltenden Mindestrückkaufswerte durch die vorhandenen Deckungskapitalien erreicht werden.

Bei der Bildung der Deckungsrückstellung sind gegenüber den Versicherten eingegangene Zinssatzverpflichtungen nach § 341f Abs. 2 HGB und § 5 Abs. 3 und Abs. 4 Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) berücksichtigt (sogenannte Zinszusatzreserven). Der maßgebliche Referenzzins liegt zum 31. Dezember 2016 bei 2,54%. Dementsprechend wurde bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung für Versicherungen mit einem höheren Rechnungszins für die nächsten fünfzehn Jahre dieser Referenzzins zu Grunde gelegt.

Hieraus ergibt sich zum 31. Dezember 2016 ein Aufwand in Höhe von 528.472 Tsd. €. Davon entfallen 455.214 Tsd. € auf den Neubestand und 73.258 Tsd. € auf den Altbestand. Die Zinszusatzreserve beträgt demzufolge per 31. Dezember 2016 1.950.427 Tsd. €. Davon entfallen 1.363.332 Tsd. € auf den Neubestand und 587.095 Tsd. € auf den Altbestand.

Im Geschäftsjahr wurden Erleichterungen für Lebensversicherer in Form der Wahl von realitätsnahen Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Zusätzlich wurden im Altbestand die Sicherheitszuschläge für die Rechnungsgrundlage Biometrie für Versicherungen mit Todesfallrisiko angepasst. Hieraus ergab sich eine um 272,8 Mio. EUR geringere Zuführung zur Zinszusatzreserve.

Noch nicht getilgte, rechnungsmäßig gedeckte Abschlussaufwendungen werden, soweit die Deckungsrückstellung gezillmert wurde, unter den noch nicht fälligen Ansprüchen an Versicherungsnehmer ausgewiesen. Diese wurden für Versicherungen des Altbestands in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen der geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellung und der uneingeschränkt gezillmerten Deckungsrückstellung aktiviert. Für den Neubestand wurden die Forderungen an Versicherungsnehmer auf Ersatz einmaliger Abschlussaufwendungen in dem Umfang aktiviert, wie sie die geleisteten, einmaligen Abschluss-

kosten in Höhe des Zillmersatzes nicht überstiegen und noch nicht aus den bereits gezahlten Beiträgen getilgt wurden.

Die verwendeten Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung sind nachfolgend tabellarisch zusammengestellt.

Berechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung

Für die wesentlichen¹⁾ Versicherungsbestände werden folgende Rechnungszinsen und Ausscheideordnungen für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesetzt.

Rechnungszinsen und Ausscheideordnungen

Tarifbezeichnung	Rechnungszins	Ausscheideordnung
Einzelkapitalversicherung	2,25 %	DAV 1994 T
	2,75 % ³⁾	DAV 1994 T
	3,00 % ^{3/4)}	1924/26 M
	3,00 % ^{3/4)}	1901/10 M
	3,00 % ³⁾	1967 M
	3,00 % ^{3/4)}	Mod 1960/62 M
	3,25 % ³⁾	DAV 1994 T
	3,50 % ^{3/4)}	1986 M/F
	4,00 % ^{2/3)}	DAV 1994 T
Vermögensbildungsversicherung	3,00 % ^{3/4)}	1967 M
	3,50 % ^{3/4)}	1986 M/F
	4,00 % ^{2/3)}	DAV 1994 T
Rentenversicherung und SBU	1,20 %	DAV 2004 R
	1,75 %	DAV 2004 R
	2,25 %	DAV 2004 R
	2,25 %	DAV 94 T, DAV97 TI/IRI
	2,75 % ³⁾	DAV 2004 R
	2,75 % ³⁾	ST 1994 Renten incl. DAV 2004 RB
	3,25 % ³⁾	ST 1994 Renten incl. DAV 2004 RB
	3,25 % ³⁾	DAV 2004 RB
	3,50 % ³⁾	RE 1987 incl. DAV 2004 RB
	4,00 % ³⁾	ST 1994 Renten incl. DAV 2004 RB
4,00 % ³⁾	DAV 2004 RB	
Fondsgebundene Kapital- und Rentenversicherung	2,25 %	DAV 2004 R
	2,75 % ³⁾	DAV 1994 T
	2,75 % ³⁾	DAV 1994 R
	2,75 % ³⁾	DAV 2004 R
	3,00 % ³⁾	DAV 1994 R
	3,25 % ³⁾	DAV 1994 R
	3,25 % ³⁾	DAV 1994 T
Kollektivversicherung	1,75 %	PSV 2000 R

Tarifbezeichnung	Rechnungszins	Ausscheideordnung
	1,75 %	DAV 2004 R
	2,25 %	PSV 2000 R
	2,25 %	DAV 2004 R
	2,75 %	PSV 2000 R
	2,75 % ³⁾	DAV 2004 R
	2,75 % ³⁾	ST 1994 Renten incl. DAV 2004 RB
	2,75 % ³⁾	ST GEN 01 M/F
	3,00 % ³⁾	Allg. Renten incl. DAV 2004 RB
	3,25 % ³⁾	DAV 2004 RB
	3,25 % ³⁾	DAV 1994 R
	3,25 % ³⁾	DAV 1994 T
	3,25 %	PSV 2000 R
	3,25 % ³⁾	ST 1994 Renten incl. DAV 2004 RB
	3,25 % ³⁾	ST GEN 99 M/F
	3,50 % ³⁾	DAV 2004 RB
	3,50 % ³⁾	1986 M/F%
	4,00 % ^{2a)}	DAV 1994 T
	4,00 % ³⁾	DAV 1994 R
	4,00 % ³⁾	DAV 2004 RB
	4,00 % ³⁾	ST 1994 Renten incl. DAV 2004 RB
Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs-, Invaliditäts- und Pflegerentenzusatzversicherung	4,00 %	DAV 94 T, DAV97 TI/RI

¹⁾ Es sind alle Versicherungsbestände mit mindestens 0,5% Anteil an der gesamten Brutto-Deckungsrückstellung erfasst.

²⁾ Teilweise mit einem Abschlag von 11% auf die Sterbewahrscheinlichkeit.

³⁾ Nach § 341f Abs. 2 HGB i. V. m. § 5 Abs. 3 und Abs. 4 DeckRV wurde ein aktueller Referenzzinssatz von 2,54 % zugrunde gelegt. In großen Teilen des Bestandes wurden Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

⁴⁾ Teilweise mit einem Abschlag auf die Sterbewahrscheinlichkeit (Ansatz von DAV2008T).

Die Einzelversicherungen des Altbestandes werden im Wesentlichen mit 35 Promille der Versicherungssumme gezillmert; beim Neubestand beträgt der Zillmersatz 40 Promille der Beitragssumme bis Ende 2014 und 25 Promille ab 2015. Bei den Kollektivtarifen gilt im Wesentlichen eine Zillmerung zwischen 0 und 20 Promille.

Im Rahmen der Unisex-Tarife werden Ausscheideordnungen verwendet, die nach versicherungsmathematischen Grundsätzen aus hier aufgeführten Ausscheideordnungen auf Basis von beobachteten Geschlechterverhältnissen im Bestand abgeleitet werden. Diese Ausscheideordnungen werden hier nicht separat aufgeführt

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (Schäden, Abläufe, Renten und Rückkäufe) wurde unter Beachtung des § 341g HGB sowie des § 26 RechVersV ermittelt und für jeden bis zum Abschlussstichtag eingetretenen, der Gesellschaft bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Fall einzeln entsprechend der erwarteten Leistung gebildet. Für bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung noch nicht bekannte Schäden des Geschäftsjahres wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung gebildet.

Die in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltene Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde unter Beachtung steuerlicher Vorschriften ermittelt.

Fonds für die Schlussüberschussanteile innerhalb der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Der Fonds für die Schlussüberschussanteile innerhalb der Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsge-

setzes/EWG zum VAG nach dem bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingereichten Geschäftsplan berechnet.

Für alle Abrechnungsverbände erfolgte die Abzinsung mit einem einheitlichen Zinssatz in Höhe von 5,5%, dabei wurde die abgezinste Schlussüberschussbeteiligung mit dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer (bzw. der Aufschiebzeit) zur Gesamtversicherungsdauer bewertet.

Für den Neubestand wurde der Fonds für die Schlussüberschussanteile so berechnet, dass sich für jede Versicherung der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt (Ablauf der Versicherung oder Rentenbeginn bei aufgeschobenen Rentenversicherungen) vorgesehenen Schlussüberschussanteils ergab, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer oder der gesamten Aufschiebzeit für Rentenversicherungen entsprach, abgezinst mit einem je Abrechnungsverband bzw. Bestandsgruppe festgelegten Zinssatz.

Der Diskontsatz wurde entsprechend § 28 Abs. 7d RechVersV unter Berücksichtigung angemessener Zu- und Abschläge angesetzt.

Bei Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen wurden die auf das jeweils vollendete Versicherungsjahr entfallenden Schlussüberschussanteile undiskontiert angesammelt.

Überleitung des handelsrechtlichen auf den ökonomischen Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen

Eine Überleitung des handelsrechtlichen auf den ökonomischen Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen der Generali Lebensversicherung AG aus Abschnitt D.2.1 ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

	Tsd.€
Handelsrechtlicher Wert der vt. Rückstellungen (Nettobetrag)	42.272.035
Diskontierung und Best-Estimate Annahmen	-3.751.210
Zukünftige Überschussbeteiligung	5.450.170
Zeitwert der Optionen und Garantien	305.220
Umbewertung Rückversicherungsanteil	68.197
Risikomarge	391.286
Ökonomischer Wert der vt. Rückstellungen (Nettobetrag)	44.735.698

Die Diskontierung mit einer marktnahen Zinskurve gemäß Solvency II anstatt der Diskontierung auf Basis des Rechnungszinses in der handelsrechtlichen Bewertung führt im derzeitigen Niedrigzinsumfeld zu einem Anstieg der versicherungstechnischen Rückstellungen, welcher allerdings durch den Rückgang aufgrund der Berücksichtigung von Best-Estimate-Annahmen gemäß Solvency II anstatt vorsichtiger Annahmen in der handelsrechtlichen Bewertung überkompensiert wird. Dabei führt insbesondere die Anwendung von Storno- und Kapitalwahl-Wahrscheinlichkeiten, welche in der handelsrechtlichen Sicht nicht berücksichtigt werden dürfen, zu einer signifikanten Reduktion der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Das Einbeziehen der Verpflichtungen aus zukünftiger Überschussbeteiligung, des Zeitwertes der eingebetteten Optionen und Garantien sowie der Risikomarge bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II wirkt entsprechend erhöhend auf den Wert der Rückstellungen.

Der Bewertungsunterschied in den der jeweiligen Rückversicherungsanteile spielt insgesamt eine untergeordnete Rolle bei der Überleitung.

D.2.4 Grad der Unsicherheit, der mit dem Betrag der versicherungstechnischen Rückstellungen verbunden ist

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen ist mit einer gewissen Unsicherheit verbunden, da die oben dargestellten Annahmen (insb. Zinsannahmen, Biometrische Annahmen, Kostenannahmen, Versicherungsnehmerverhalten und Managementregeln) entweder auf Basis aktueller Marktdaten bzw. historischer Beobachtungen hergeleitet werden oder auf Expertenschätzungen beruhen. Deren tatsächliches Eintreten ist jedoch von zukünftigen Ereignissen (z.B. gesetzgeberischen Entscheidungen) abhängig. Im Rahmen von internen und externen Überprüfungen werden sämtliche Annahmen auf ihre Angemessenheit untersucht, so dass die naturgemäß bestehenden Unsicherheiten in den getroffenen Annahmen als kontrollierbar eingestuft werden können und der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen adäquat abgebildet ist. Darüber hinaus werden Sensitivätsberechnungen zur Zinskurve, zu den Vermögenswerten und zur Versicherungstechnik auf den besten Schätzwert durchgeführt und analysiert.

Sensitivitäten zur Zinskurve

Eine Verschiebung der risikofreien Zinssätze zeigt, dass die versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund des hohen Anteils an Garantieprodukten im Bestand der Generali Lebensversicherung AG zins-sensitiv reagieren. Darüber hinaus führt sowohl eine Verschiebung des Last-Liquid-Point um 10 Jahre, als auch eine Reduktion der UFR um 50 Basispunkte zu geringeren Zinsen für die Laufzeiten ab Jahr 20 und somit zu einer Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Eine Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung im Rahmen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erhöht den besten Schätzwert der Verpflichtungen aufgrund des Zinsrückgangs und des daraus resultierenden Diskontierungseffekts. In gleichem Maße führt eine Erhöhung der Volatilitätsanpassung (hier um +10 bzw. +50 Basispunkte) und somit die Anwendung niedrigerer Diskontfaktoren zu einer entsprechenden Reduktion.

Sensitivitäten zu den Vermögenswerten

Eine Erhöhung der Vermögenswerte führt im allgemeinen zu einem Anstieg der versicherungstechnischen Rückstellungen, da in diesem Fall innerhalb der Projektion höhere Überschüsse gewährt werden, die gemäß Solvency II Teil der versicherungstechnischen Rückstellungen sind. Dementsprechend induziert eine Verringerung der Vermögenswerte einen Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Erhöhung der Spreads für Corporate Bonds reduziert den Marktwert der entsprechenden Kapitalanlagen und führt analog zu den anderen Vermögenswerten zu einer Reduktion der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Sensitivitäten zur Versicherungstechnik

Die Ergebnisse der Sensitivätsberechnungen zur Versicherungstechnik zeigen, dass mögliche Unsicherheiten im Zusammenhang mit den Annahmen zur Biometrie (Sterblichkeit, Storno, Invalidität), Kosten und Beitragsfreistellung den besten Schätzwert der Verpflichtungen nur geringfügig beeinflussen.

D.2.5 Rückversicherungsverträge und Zweckgesellschaften

Rückversicherer der Gesellschaft ist überwiegend die Generali Deutschland AG, wobei ein Teil des übernommenen Geschäfts retrozediert wird, u.a. an die Assicurazioni Generali S.p.A.

Bis auf wenige Ausnahmen handelt es sich um proportionale Rückversicherung (Summenexzedenten, Quoten), wobei die Rückversicherung ausschließlich obligatorisch bzw. in wenigen Fällen fakultativ obligatorisch (also nicht rein fakultativ) ist. Diese proportionalen Rückversicherungen werden ergänzt durch ein paar wenige konzerninterne nichtproportionale Rückversicherungen (Stop Loss und Kumul-Excess of Loss).

Die Langfristigkeit des Lebensversicherungsgeschäfts vererbt sich bis in die Rückversicherung hinein, so dass die Rückversicherungsstrukturen in der Lebensrückversicherung in der Regel langfristig sehr stabil sind und sich von Jahr zu Jahr nur leicht verändern.

Rentenversicherungsgeschäft wird nur in wenigen Fällen rückversichert, ansonsten kann sich Rückversicherung je nach Vertrag auf alle Arten von Lebensversicherungen einschließlich Zusatzversicherungen beziehen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über die sonstigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die dann nachfolgend erläutert werden.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten	Ökonomischer Wert Tsd. €	Handelsrechtlicher Wert Tsd. €	Abweichung Tsd. €
Versicherungstechnische Rückstellungen*	46.012.515	43.610.502	2.402.013
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	36.447	49.531	-13.084
Rentenzahlungsverpflichtungen	753.360	60.734	692.626
davon aus Brutto Schuldbeitritt	701.162	0	701.162
davon aus Brutto Rentenzahlungsverpflichtungen	52.198	0	52.198
Depotverbindlichkeiten	1.494.199	1.338.468	155.732
Latente Steuerschulden	282.921	0	282.921
Derivate	150.336	0	150.336
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	174.959	174.959	0
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	134	134	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	522.524	550.905	-28.381
Nachrangige Verbindlichkeiten	926.809	882.000	44.809
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	926.809	882.000	44.809
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	8.226	9.292	-1.066
Verbindlichkeiten insgesamt	50.362.430	46.676.526	3.685.905
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	2.093.634	549.385	1.544.250

* Siehe Abschnitt D.2 für weitere Informationen.

D.3.1 Grundsätzliche Prinzipien der Bewertung

Die Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten folgt grundsätzlich den allgemeinen Prinzipien der Bewertung, die in Abschnitt D.1.1 dargestellt sind.

D.3.2 Erläuterung wesentlicher Verbindlichkeiten

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag, der zukünftig erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Beträgt die Restlaufzeit einer Rückstellung mehr als ein Jahr, wird eine Abzinsung mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre vorgenommen. Die Abzinsungszinssätze werden von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe einer Rechtsverordnung ermittelt und bekannt gegeben. Grundsätzlich werden die Verpflichtungen in der Solvabilitätsübersicht nicht umbewertet.

Rentenzahlungsverpflichtungen

Für die Bilanzierung der Pensionsverpflichtungen werden in der Solvabilitätsübersicht die Vorschriften des IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ angewendet. Demnach werden Rückstellungen für leistungsorientierte Zusagen des Arbeitgebers nach der jeweiligen Versorgungsordnung des Unternehmens passiviert. In der Handelsbilanz werden Pensionsrückstellungen für unmittelbare Pensionszusagen des Arbeitgebers gebildet.

Für mittelbare Pensionsverpflichtungen werden in der Handelsbilanz grundsätzlich keine Rückstellungen ausgewiesen. Einige dieser mittelbaren Verpflichtungen (dies betrifft insb. die Unterstützungs- und Versorgungskassenzusagen) gelten jedoch als leistungsorientierte Pensionszusagen i.S.d. IAS 19 und sind daher in der Solvabilitätsübersicht rückstellungspflichtig. Im Gegenzug sind in der Solvabilitätsübersicht Vermögenswerte (z.B. der Unterstützungskassen) zu berücksichtigen, die in der Handelsbilanz der Gesellschaft nicht aktivierungsfähig sind.

Von den 753,4 Mio. € ausgewiesenen Rentenverpflichtungen stammen 701,2 Mio. € aus einem Bruttoausweis eines Schuldbeitritts der Generali Deutschland AG zu Pensionsverpflichtungen der Generali Lebensversicherung AG. Dieser Bruttoausweis führt insgesamt nur zu einer Bilanzverlängerung deren passivischer Teil hier unter den Rentenzahlungsverpflichtungen zu sehen ist.

Handelsrechtlicher Buchwert der Pensionsrückstellungen

	Tsd.€
Handelsrechtlicher Buchwert der Pensionsrückstellungen	52.092
zuzüglich saldiertem Deckungsvermögen	8.642
Handelsrechtliche Pensionsrückstellungen vor Saldierung	60.734
zuzüglich noch nicht berücksichtigtem BilMoG-Zuführungsbetrag	2.512
Handelsrechtlicher Sollwert der Pensionsrückstellungen	63.246
Auswirkung der abweichenden Berechnungsfaktoren für den ökonomischen Wert	680.104
Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen, die nicht im handelsrechtlichen Sollwert berücksichtigt werden dürfen (vgl. oben)	10.010
Ökonomischer Wert der Pensionsrückstellungen	753.360

In der Solvabilitätsübersicht und der Handelsbilanz erfolgt die Bewertung der rückstellungspflichtigen Verpflichtungen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method). Diese Methode geht davon aus, dass zu jedem Bewertungsstichtag ein festgelegter Teil des endgültigen Leistungsanspruchs erdient wird, und bewertet jeden Teil der Verpflichtung separat („Leistungsbaustein“). Der gesamte Leistungsanspruch setzt sich aus allen erdienten Leistungsbausteinen zusammen.

Kongruent rückgedeckte Pensionszusagen wurden in der Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz wie eine wertpapiergebundene Versorgungszusage bewertet. Für diese Zusagen wurde als Soll-Wert der Pensionsverpflichtung der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherung (Aktivwert) angesetzt, wenn der Barwert der garantierten Mindestleistung durch diesen überschritten wurde.

Der Bilanzansatz der Rückstellung für Pensionen ergibt sich in der Solvabilitätsübersicht als Saldo des Barwerts der Verpflichtung für die erdienten Pensionsansprüche der Versorgungsberechtigten und des Zeitwerts des Planvermögens (sofern vorhanden). Die Bewertung des Deckungsvermögens erfolgt nach § 253 Abs. 1 S. 4 HGB zum beizulegenden Zeitwert. Dieser entspricht dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung. Der Aktivwert wurde in der Solvabilitätsübersicht zum Teil nicht mit den Pensionsrückstellungen saldiert, sofern es sich nicht um qualifizierende Versicherungsverträge i.S.d. IAS 19.8 und damit nicht um Planvermögen handelte. Versicherer ist die Gesellschaft selbst.

In der Solvabilitätsübersicht bestehen aus Unterstützungskassenzusagen zusätzliche Erstattungsansprüche in Höhe von 9.775 Tsd. €. Es handelt sich um Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen. Versicherer ist die Gesellschaft selbst.

Der Bewertung der Rückstellung für Pensionen liegen in der Solvabilitätsübersicht und der Handelsbilanz die RICHTTAFELN 2005 G von Klaus Heubeck sowie firmenspezifische Fluktuationswahrscheinlichkeiten und die erwarteten Gehalts-, Pensionsanwartschafts- sowie Rentensteigerungen zugrunde.

Angewandte Berechnungsfaktoren

	Ökonomischer Wert %	Handelsrechtlicher Wert %
Rechnungszins	1,75	4,00
Einkommensentwicklungsrate (unter Berücksichtigung des Karrieretrends)	3,00	3,00
Rentendynamik	2,00	2,00
Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze	2,00	2,00

Der zur Abzinsung angesetzte Rechnungszins in der Solvabilitätsübersicht orientiert sich an Zinssätzen, die am Bilanzstichtag für mit „AA“ geratete Unternehmensanleihen gelten und gemäß IAS 19.83 auf entsprechende Laufzeiten ausgeweitet werden.

In der Handelsbilanz wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Rückstellungen mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz zu bewerten, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zum 31. Dezember 2016 wird auf Basis der bis zum 31. Oktober 2016 (vorgezogener Inventurstichtag) vorliegenden Daten ein prognostizierter Zinssatz von 4,00% berücksichtigt.

Depotverbindlichkeiten

Die Abweichung zwischen Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz resultiert i.W. aus der Umbewertung der Anteile der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen. Handelsrechtlich erfolgt die Bewertung zum Erfüllungsbetrag der Bardepots.

Latente Steuerschulden

Latente Steuern resultieren aus temporären Differenzen zwischen den ökonomischen bzw. handelsrechtlichen Werten und der Steuerbilanz. Die latenten Steuern wurden unter Anwendung eines Steuersatzes von 32% ermittelt.

Handelsrechtlich erfolgt kein Ausweis latenter Steuern, da die Gesellschaft zum körperschaftsteuerlichen und gewerbesteuerlichen Organkreis der Generali Beteiligungs-GmbH gehört.

In der Solvabilitätsübersicht sind latente Steuern unter Beachtung des IAS 12 „Ertragsteuern“ zu ermitteln. In der Solvabilitätsübersicht wurde zum Stichtag ein passivischer Saldo in Höhe von 282.921 Tsd. € angesetzt.

Derivate

Unter diesem Posten werden in der Solvabilitätsübersicht die ökonomischen Werte der passivischen Derivate ausgewiesen. Im Rahmen des handelsrechtlichen Abschlusses werden diese Posten gemäß § 254 HGB als Bestandteil einer Bewertungseinheit nach der Einfrierungsmethode bewertet (siehe hierzu Abschnitt D.1.).

Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Die Bewertung erfolgt handelsrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag. Dieser wird als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Im Gegensatz zu dem veröffentlichten Jahresabschluss der Gesellschaft sind in diesem Bilanzposten nicht die Verpflichtungen aus den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgewiesen. Diese sind zur besseren Vergleichbarkeit einheitlich für den ökonomischen und handelsrechtlichen Wert unter den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Die Bewertung erfolgt handelsrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag. Dieser wird als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet.

Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Die Sonstigen Verbindlichkeiten werden in der Handelsbilanz grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Dieser wird grundsätzlich als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus den Verbindlichkeiten für die Verwaltung von Wertpapieren in Höhe von 36,7 Mio. € infolge unterschiedlicher bilanzieller Behandlung von Derivaten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten resultieren aus jeweils zwei Darlehensverträgen mit der Generali Beteiligungs-GmbH und der Generali Finanzierungs-GmbH (ehemals ALLWO GmbH). Handelsrechtlich erfolgte die Bewertung mit dem Erfüllungsbetrag. Der ökonomische Wert der nicht an einem aktiven Markt gehandelten Verbindlichkeiten ergibt sich nach der Barwertmethode unter Beachtung der emittentenspezifischen Termin- und Kassarenditekurve, einer instrumentabhängigen Liquiditätsprämie und der Nachrangigkeit.

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten

Die Abweichung zwischen Solvabilitätsübersicht und Handelsbilanz ergibt sich aus den allgemeinen Vorruhestands- und Altersteilzeitverpflichtungen und den im handelsrechtlichen Abschluss abgegrenzten Disagien. Die ökonomischen Werte für die Vorruhestands- und Altersteilzeitverpflichtungen wurden nach den Grundsätzen ermittelt, die auch für die Pensionsrückstellungen gelten.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Alternative Bewertungsmethoden sind erforderlich, wenn für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten keine Marktpreise verfügbar sind, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 2 DVO), und die ökonomischen Werte auch nicht mit Hilfe von Marktpreisen abgeleitet werden können, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 3 DVO).

Die alternativen Bewertungsmethoden werden regelmäßig überprüft, um ihren Ansatz stets im Einklang mit den Vorschriften gemäß Solvency II durchzuführen.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Bewertungskonzepte, die wesentlichen Annahmen und die Unsicherheiten in der Bewertung der betroffenen Bilanzposten.

Bewertungskonzept

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen	Unsicherheit in der Bewertung
Latente Steueransprüche und Steuerschulden	Bewertung nach IAS 12 „Ertragsteuern“ gemäß Art. 15 DVO	Grundsätzlich werden Annahmen zur Realisierbarkeit der aktiven latenten Steuern getroffen, sofern diese zum Stichtag vorliegen.	Grundsätzlich stellt die Realisierbarkeit der aktiven latenten Steuern eine Unsicherheit in der Bewertung dar, sofern diese zum Stichtag vorliegen.
Eigengenutzte und fremdgenutzte Immobilien	Ertragswertverfahren gemäß der ImmoWertV	Marktübliche Miete, Bewirtschaftungskosten, wirtschaftliche Restnutzungsdauer, Liegenschaftszinssatz	
Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen	Angepasste Equity-Methode gemäß Art. 13 DVO	Betreffen die jeweiligen Bilanzposten der betroffenen Unternehmen	Betreffen die jeweiligen Bilanzposten der betroffenen Unternehmen
Aktien - nicht notiert	Barwertmethode	Ausschüttungsfähige Beträge, emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	
Anleihen	Barwertmethode	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie	
Organismen für gemeinsame Anlagen	Barwertmethode	Ausschüttungsfähige Beträge, emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	Nennwert	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie	
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	Barwertmethode	Ausschüttungsfähige Beträge, emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	
Darlehen und Hypotheken (ohne Policendarlehen)	Barwertmethode	Emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve, instrumentabhängige Liquiditätsprämie	
Policendarlehen	Fortgeführte Anschaffungskosten	Nicht zutreffend	
Einforderbare Beiträge aus Rückversicherungsverträgen	Bester Schätzwert angepasst um das Ausfallrisiko des Rückversicherers. Gem. Artikel 81 Rahmenrichtlinie ((RICHTLINIE	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen Zusätzlich: Ausfallrisiko des Rückversicherers	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen

2009/138/EG)			
Depotforderungen	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen
Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern	Nennwert, ggf. korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigungen	
Forderungen gegenüber Rückversicherern	Nennwert, ggf. korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigungen	
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	Nennwert, ggf. korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigungen	
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Nennwert / Nominalwert	Nicht zutreffend	
Versicherungstechnische Rückstellungen	Bester Schätzwert zuzüglich Risikomarge gemäß Artikel 76-80 Rahmenrichtlinie (RICHTLINIE 2009/138/EG)	Biometrische Annahmen, Entwicklung der Kapitalanlagen, Stornoentwicklung, Kostenentwicklung, Schadenentwicklung, Versicherungsverhalten, Künftige Maßnahmen des Managements.	Grundsätzlich basieren die der Bewertung zugrundeliegenden Zahlungsströme auf Annahmen, die auf Basis der zum Stichtag vorliegenden bzw. historischen Informationen gesetzt werden deren Extrapolation mit Unsicherheiten verbunden ist.
Eventualverbindlichkeiten	Barwertmethode	Geschätzter Erfüllungsbetrag	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	Bewertung nach IAS 37 „Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen“	Geschätzter Erfüllungsbetrag	
Rentenzahlungsverpflichtungen (Pensionsrückstellungen)	Bewertung nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“	RICHTTAFELN 2005 G von Klaus Heubeck, Rechnungszins, Einkommensentwicklungsrate, Rentendynamik	
Depotverbindlichkeiten	Nominalwert bzw. Bester Schätzwert	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen	Siehe Erläuterungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen
Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft und gegenüber Versicherungsvermittlern	Erfüllungsbetrag	Nicht zutreffend	
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	Erfüllungsbetrag	Nicht zutreffend	
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	Erfüllungsbetrag	Nicht zutreffend	
Nachrangige Verbindlichkeiten	Barwertmethode	Nicht zutreffend	

D.5 Sonstige Angaben

Zum Stichtag lagen keine Sachverhalte für sonstige Angaben bei der Gesellschaft vor.

E. Kapitalmanagement

Ziel des Kapitalmanagements (Capital Management) ist die Steuerung der Solvenzkapitalanforderung der Gesellschaft und der zu deren Bedeckung anrechenbaren Eigenmittel.

Das Capital Management umfasst neben spezifischen Maßnahmen zur Steuerung der Kapitalausstattung vor allem das Capital Budgeting, das Debt Management, die Eigenfinanzierung und die Kapitalallokation. Diese Aufgaben sind eingebettet in gruppenweite Prozesse der Assicurazioni Generali S.p.A., die durch eine Richtlinie, die sog. Group Capital Management Policy, definiert werden. Diese wird vom Vorstand verabschiedet und definiert den organisatorischen Rahmen für die Klassifizierung, Überwachung und Aufnahme von Eigenmitteln (sog. Own Funds) gemäß Solvency II unter Berücksichtigung des mittelfristigen Kapitalmanagementplans, der Dividendenpolitik und der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Gemäß den allgemeinen Anforderungen aus Solvency II und im Einklang mit der Group Capital Management Policy erstellen alle Versicherungsgesellschaften der Generali in Deutschland einen Capital Management Plan (CMP), der dem Vorstand zur Verabschiedung vorgelegt wird. Dieser ist der Teil der jährlich rollierenden dreijährigen Mittelfristplanung der Gesellschaft und beschreibt unter deren Prämissen die Entwicklung von Solvenzkapitalanforderung und Eigenmitteln im Detail. Dabei finden Kapitalerfordernisse und -ausstattung, Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalallokation, Dividendenpolitik und Toleranzgrenzen gemäß dem Risk Appetite Framework Berücksichtigung. Die Basisprojektion wird durch die Betrachtung unterschiedlicher Szenarien ergänzt.

Im Rahmen des Capital Managements wird ferner eine mögliche Aufnahme von Eigenmitteln einer Gesellschaft der Generali in Deutschland geregelt. Gemäß den Leitlinien der Assicurazioni Generali Gruppe folgt eine solche den Prozessschritten Identifikation und Analyse des Kapitalbedarfs, Genehmigung der Aufnahme und Umsetzung.

Das Berichtswesen zum Capital Management erfolgt über den sog. Kapitalmanagementreport auf Basis des Jahresabschlusses der Gesellschaft, der eine detaillierte Analyse der Entwicklung der Solvenzkapitalanforderung und Eigenmittel enthält.

E.1 Eigenmittel

Die Eigenmittel gemäß Solvency II, sog. „Own Funds“ (OF) stellen die Gesamtheit aller Eigenmittel der Gesellschaft dar, die zur Bedeckung der Solvenzanforderungen herangezogen werden können. Sie setzen sich zusammen aus der Summe der Basiseigenmittel („Basic Own Funds“) und außerbilanzieller ergänzender Eigenmittel („Ancillary Own Funds“), sofern diese vorliegen.

Die Basiseigenmittel errechnen sich aus der Differenz zwischen dem ökonomischen Wert der Vermögenswerte und dem ökonomischen Wert der Verbindlichkeiten zuzüglich der nachrangigen Verbindlichkeiten.

Neben den nachrangigen Verbindlichkeiten sind die weiteren wesentlichen Komponenten der Basiseigenmittel das gezeichnete Kapital, das Emissionsagio, die aktiven latenten Steuern, der Überschussfonds, welcher dem ökonomischen Wert der ungebundenen Rückstellung für Beitragsrückerstattung abzüglich der deklarierten Direktgutschrift entspricht, sowie die Ausgleichsrücklage, welche den sonstigen Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten umfasst.

Die ergänzenden Eigenmittel können z.B. Teile des nicht eingezahlten Grundkapitals, Kreditbriefe und Garantien von Dritten sein. Eine Anrechnung von außerbilanziellen Eigenmitteln setzt eine vorherige Genehmigung der Aufsicht voraus.

Die Eigenmittel werden in drei Qualitätsklassen eingeteilt und unterliegen hinsichtlich ihrer Anrechenbarkeit bei der Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung den im Folgenden skizzierten Beschränkungen:

Eigenmittel der Qualitätsklasse 1 stellen die höchste Gütekatgorie dar und dürfen grundsätzlich unbeschränkt zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung herangezogen werden.

Nachrangige Verbindlichkeiten, die die Anforderungen zur Einstufung in Qualitätsklasse 1 erfüllen, fallen in die sog. „Qualitätsklasse 1 – beschränkt“. Sie dürfen maximal 20% an den Eigenmitteln der Qualitätsklasse 1 ausmachen.

Eigenmittel der Qualitätsklassen 2 und 3 unterliegen hingegen folgenden Einschränkungen hinsichtlich der maximal erlaubten Höhe ihrer Anrechenbarkeit: Eigenmittel der Qualitätsklasse 2 können bis maximal 50% der Solvenzkapitalanforderung angerechnet werden. Eigenmittel der Qualitätsklasse 3 dürfen bis zu maximal 15% der Solvenzkapitalanforderung angerechnet werden, wobei die Summe von Qualitätsklassen 2 und 3 dann 50% der Solvenzkapitalanforderung nicht überschreiten darf. Bei der Bedeckung der Mindestkapitalanforderung gelten darüber hinaus engere Grenzen der Anrechenbarkeit. Eigenmittel der Qualitätsklasse 2 dürfen hier nur bis zu maximal 20% der Mindestkapitalanforderung angerechnet werden, während Eigenmittel der Qualitätsklasse 3 gar nicht anrechenbar sind.

E.1.1 Wesentliche Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Eigenkapital und dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht

Die Solvabilitätsübersicht und die daraus resultierenden Eigenmittel gemäß Solvency II basieren auf der ökonomischen Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Im Gegensatz hierzu basiert die Ermittlung des handelsrechtlichen Eigenkapitals auf den Grundsätzen der vorsichtigen Bilanzierung im Rahmen des Handelsgesetzbuches. Beim Übergang vom handelsrechtlichen Eigenkapital auf die Eigenmittel gemäß Solvency II kommt es daher zur Umbewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. Dies beinhaltet insbesondere die Aufdeckung stiller Reserven und Lasten in Kapitalanlagen und versicherungstechnischer Rückstellungen.

Handelsrechtliches Eigenkapital

	Tsd. €
Handelsrechtliches Eigenkapital	549.385
a) Aufdeckung stiller Reserven und Lasten aus Kapitalanlagen	4.463.015
b) Aufdeckung stiller Reserven und Lasten bei den versicherungstechnischen Rückstellungen	-2.402.013
c) Umbewertung der Rückversicherungsanteile	-217.382
d) Anpassung der Pensionsrückstellungen	8.537
e) Anpassung latenter Steuern (netto)	-282.921
f) Umbewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten	-44.809
g) Sonstige Anpassungen	19.822
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht	2.093.634

Die stillen Reserven aus Kapitalanlagen resultierten insbesondere aus den Anleihen (2.402.385 Tsd. €) und den Beteiligungen (2.104.450 Tsd. €).

Aus den versicherungstechnischen Posten ergab sich durch die Anpassung der versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen und der Veränderung der Anteile der Rückversicherer ein Nettoeffekt in Höhe von -2.619.395 Tsd. €.

E.1.2 Basiseigenmittel und ergänzende Eigenmittel

Zusammensetzung der Eigenmittel

	Tsd. €
Basiseigenmittel	
a) Gezeichnetes Kapital	223.053
b) Emissionsagio (Kapitalrücklage)	49.241
c) Überschussfonds	1.074.384
d) Ausgleichsrücklage	746.956
e) Nachrangige Verbindlichkeiten	926.809
f) Aktive latente Steuern (netto)	0
Summe	3.020.443

Zum Stichtag betragen die gesamten Eigenmittel der Gesellschaft 3.317.443 Tsd. €. Auf die Basiseigenmittel entfallen 3.020.443 Tsd. €, und auf die ergänzenden Eigenmittel entfällt „Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann“ in Höhe von 297.000 Tsd. €.

Der in den Basiseigenmitteln enthaltene Überschussfondsanteil beträgt 1.074.384 Tsd. €. Es sind als Eigenmittel anrechenbare Nachrangdarlehen der Qualitätsklasse 2 in Höhe von 879.627 Tsd. € und ergänzende Eigenmittel der Qualitätsklasse 2 in Höhe von 297.000 Tsd. € anrechenbar.

Anrechenbare Eigenmittel

	Tsd. €
Qualitätsklasse 1	2.093.634
Qualitätsklasse 2	879.627
Qualitätsklasse 3	0
Summe	2.973.261

Zu den wesentlichen Bestandteilen der anrechenbaren Eigenmitteln gehört u.a. das gezeichnete Kapital, das mit Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 2. Dezember 2016 von 124.053 Tsd. € um 396.000 Tsd. € auf 520.053 Tsd. € erhöht wurde. Abzüglich der „nicht eingeforderten außenstehenden Einlagen“ in Höhe von 297.000 Tsd. € verbleibt ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 223.053 Tsd. €. Dieses bestand zum Stichtag aus 18.487.497 auf den Namen lautenden Stückaktien, die in Höhe von 223.053 € eingezahlt sind.

Das Emissionsagio berücksichtigt die Kapitalrücklage, die gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB gebildet wurde.

Die Ausgleichsrücklage ergibt sich aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht abzgl. des gezeichneten Kapitals und des Emissionsagios. Die wesentlichen Elemente der Ausgleichsrücklage sind die stillen Reserven und Lasten in den Anleihen, den Beteiligungen sowie den versicherungstechnischen Rückstellungen.

Die wesentlichen Bestandteile des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvabilitätsübersicht sind in Kapitel E.1.1 dargestellt.

Ein Bilanzgewinn wird nicht ausgewiesen, da ein Gewinnabführungsvertrag mit der Generali Deutschland AG als Gesamtrechtsnachfolgerin der GBV besteht. Es werden keine Gewinne abgeführt.

Bezüglich der Darstellung der Eigenmittel im Planungszeitraum sowie der Betrachtung alternativer Szenarien wird auf Kapitel E.2 verwiesen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten resultieren aus konzerninternen Darlehen der Qualitätsklasse 2 gegenüber der Generali Deutschland Finanzierungs-GmbH (vormals ALLWO GmbH) und der Generali Beteiligungs-GmbH. Gegenüber der Generali Deutschland Finanzierungs-GmbH bestehen zwei nachrangige Verbindlichkeiten mit Nominalen in Höhe von 182.000 Tsd. € bzw. 200.000 Tsd. € und ökonomischen Werten zum 31.12.2016 in Höhe von 200.331 Tsd. € bzw. 219.904 Tsd. €. Die konzerninternen Darlehen sind mit fixen Zinssätzen in Höhe von 6,50% ausgestattet, die ab dem Jahr 2022 in einen variablen Zinssatz auf Basis des 3-Monats-Euribor zzgl. 600 Basispunkte umgewandelt werden. Die Laufzeit beider Verträge endet im Jahr 2042. Die beiden Darlehen unterliegen Übergangsregelungen („grandfathering“), da sie bereits bei Inkrafttreten der Vorschriften von Solvency II bestanden.

Gegenüber der Generali Beteiligungs-GmbH bestehen zwei konzerninterne Darlehen mit Nominalen in Höhe von 300.000 Tsd. € bzw. 200.000 Tsd. € mit festen Zinssätzen in Höhe von 4,83% bzw. 5,11%. Die Rückzahlungen sind für die Jahre 2025 bzw. 2026 vorgesehen. Zum Stichtag betragen die ökonomischen Werte dieser konzerninternen Darlehen 306.574 Tsd. € bzw. 200.000 Tsd. €. Beide Darlehen unterliegen nicht den Übergangsregelungen („grandfathering“).

Aufgrund der zeitnah zum Stichtag erfolgten Ausgabe entspricht der ökonomische Wert des zweiten Darlehens gegenüber der Generali Beteiligungs-GmbH dem Nominal.

Der ökonomische Wert der nicht an einem aktiven Markt gehandelten konzerninternen Darlehen ergibt sich nach der Barwertmethode unter Beachtung der emittentenspezifischen Termin- und Kassarenditekurve, einer instrumentabhängigen Liquiditätsprämie und der Nachrangigkeit.

Zum Stichtag liegen keine Bestandteile vor, die von den Eigenmitteln aufgrund von Einschränkungen für Abzüge oder Belastungen abgezogen werden.

Die anrechenbaren Eigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderungen werden aufgrund der Obergrenzen auf das anrechnungsfähige Qualitätsklasse 2-Kapital in Höhe von 344.182 Tsd. € begrenzt. Bezüglich der Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung erfolgt eine Begrenzung in Höhe von 879.627 Tsd. €. Somit liegen zum Stichtag anrechenbare Eigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderungen in Höhe von 2.251.967 Tsd. € vor und zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung in Höhe von 2.973.261 Tsd. € vor.

Vorhersehbare Dividenden oder vom Unternehmen gehaltene eigene Anteile, die zu einer Reduzierung der Ausgleichsrücklage führen würden, liegen nicht vor.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Eine zentrale Komponente des europäischen Versicherungsaufsichtsregimes Solvency II ist die Vereinheitlichung der Bewertung unternehmenseigener Risiken. Nach europäischem Aufsichtsrecht hat jedes (Rück-) Versicherungsunternehmen ab 01. Januar 2016 sicherzustellen, all seine vertraglich eingegangenen Verpflichtungen für das kommende Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5% erfüllen zu können. Die Nichterfüllbarkeit entspricht damit der Realisierung eines 200-Jahresereignisses. Der unter dieser Annahme zu berechnende Verlust an ökonomischen Eigenmitteln ist als Risikokapital in der Solvabilitätsübersicht der Gesellschaft auszuweisen. Dieses ergibt sich als Differenz aus dem

- Value-at-Risk der anrechenbaren Eigenmittel zum entsprechenden Niveau, sowie dem
- besten Schätzwert der Eigenmittel

und wird als Solvenzkapitalanforderung („Solvency Capital Requirement“, SCR) bezeichnet.

Das (Rück-) Versicherungsunternehmen hat zum Bewertungsstichtag nachzuweisen, dass es über eine ausreichende Höhe an Eigenmitteln verfügt, um das SCR zu bedecken. Das Verhältnis zwischen Eigenmitteln und SCR wird durch die ökonomische Solvabilitätsquote („Economic Solvency Ratio“, ESR) ausgedrückt und dient als Schlüsselindikator für die Solvenzausstattung des Unternehmens.

Zur Berechnung des Risikokapitals definiert das Versicherungsaufsichtsgesetz in §27 VAG eine standardisierte Berechnungsmethode, die sog. Standardformel, erlaubt jedoch den (Rück-) Versicherungsunternehmen die Entwicklung eines unternehmensinternen Modells zur Berechnung ihrer Solvenzkapitalanforderung – eines sog. (Partiellen) Internen Modells.

Für die Assicurazioni Generali Gruppe hat das Aufsichtskollegium im Frühjahr 2016 die Verwendung des beantragten Partiellen Internen Modells zur Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung genehmigt. Dabei wird das operationelle Risiko gemäß den Vorgaben der Standardformel bestimmt, so dass es sich um ein partielles Modell handelt. Analog zur Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II wenden die Gesellschaften der Generali in Deutschland zum 31. Dezember.2016 hierbei ebenfalls eine Volatilitätsanpassung an. Im Rahmen der Kreditrisikomodellierung wird darüber hinaus im Partiellen Internen Modell eine dynamische Volatilitätsanpassung eingesetzt. Diese beinhaltet die Berücksichtigung einer Änderung der Volatilitätsanpassung im Falle einer Realisierung des Kreditrisikos und wirkt dadurch risikomindernd auf selbiges.

Das SCR der Generali Lebensversicherung AG wird i.W. durch das Markt- und Kreditrisiko dominiert. Dabei reflektiert das im Marktrisiko dominierende Zins- und Zinsvolatilitätsrisiko die Anteile des traditionellen Geschäfts im Bestand der Gesellschaft. Innerhalb des Kreditrisiko-Moduls stellt das Spreadrisiko den Hauptrisikotreiber dar.

Die zentralen Treiber des versicherungstechnischen Risikos sind Kosten- und Langlebighkeitsrisiken, die u.a. den Bestand an Rentenversicherungen in den Büchern der Generali Lebensversicherung AG reflektieren.

Das sog. „GC-Risiko“ (Going Concern, vgl. C.6) reflektiert das Risiko, dass bei der Bewertung der Wechselwirkungen zwischen Neugeschäft und Überschussbeteiligung (gemäß der BaFin-Auslegungsentscheidung vom 4. Dezember 2015) die unterstellten Planzahlen für künftiges Neugeschäft in unerwartetem Maße vom tatsächlich realisierten Neugeschäftsumfang abweichen. Es spielt insgesamt eine untergeordnete Rolle.

Der risikoübergreifende SCR Anteil spiegelt zusätzliche Kapitalanforderungen wider, die sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Risiken ergeben und nicht eindeutig den unterschiedlichen Risikomodulen zugeordnet werden können.

Die ausgewiesenen Modelladjustierungen zum Jahresende 2016 beinhalten SCR-Erhöhungen, die sich aus bereits antizipierten, jedoch zum Stichtag noch nicht berücksichtigten Modellanpassungen ergeben sowie Erhöhungen aufgrund von Anpassungen der Gruppenparametrisierung im Rahmen der Risikokalibrierungen zur Berücksichtigung lokaler Spezifika.

Das operationelle Risiko wird innerhalb des Partiellen Internen Modells gemäß den Vorgaben der Standardformel bestimmt.

Der Wert der Steuerabsorption spiegelt die risikomindernde Wirkung wider, die sich aus Änderungen der latenten Steuern im Stressfall ergeben. Zum 31.12.2016 können die in der Solvabilitätsübersicht vorhandenen passiven latenten Steuern in voller Höhe risikomindernd angerechnet werden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Solvenzkapitalanforderungen der Generali Lebensversicherung AG zum 31.12.2016 vor und nach Steuern und die sich daraus ergebende Beschränkung der Steuerabsorption (Steuerkappung) auf die Höhe der passiven latenten Steuern in der Solvabilitätsübersicht der Generali Lebensversicherung AG.

Solvenzkapitalanforderungen zum 31.12.2016 vor und nach Steuern

SCR	Vor Steuern Tsd. EUR	Nach Steuern Tsd. EUR
Marktmodul	779.225	532.705
Kreditmodul	1.001.786	681.214
Leben-/Krankenmodul	265.059	180.240
Nicht-Lebenmodul	0	0
Risikoübergreifender SCR-Anteil	354.225	240.873
Diversifikation	-774.504	-525.299
Modelladjustierungen	230.435	230.435
Operationelles Risiko	185.948	126.445
Steuerabsorption	-282.921	
Steuerkappung		292.641
Solvenzkapitalanforderung SCR	1.759.254	1.759.254

Die zum Stichtag 31. Dezember 2016 ermittelten anrechenbaren Eigenmittel in Höhe von 2.973.216 Tsd. € und die zugehörige Solvenzkapitalanforderung in Höhe von 1.759.254 Tsd. € resultieren in einer auskömmlichen Bedeckungsquote für die Generali Lebensversicherung AG in Höhe von 169%. Die bisher durchgeführten regulären aufsichtsrechtlichen Prüfungen des Partiellen Internen Modells führten zu keinen Beanstandungen in der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung. Insbesondere wurden von der Aufsicht keine Kapitalaufschläge verhängt.

Die regulatorische Mindestkapitalanforderung („Minimum Capital Requirement“, MCR) wird anhand eines Faktoransatzes auf die versicherungstechnischen Rückstellungen berechnet. Dabei wird das MCR nach unten auf 25% und nach oben auf 45% des SCR begrenzt. Nach § 95 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) setzen sich die anrechnungsfähigen Eigenmittel nur aus Eigenmitteln der Qualitätsklasse 1 und anrechnungsfähigen Basiseigenmitteln der Qualitätsklasse 2 zusammen, wobei die Eigenmittelbestandtei-

le der Qualitätsklasse 1 mindestens 80% der Mindestkapitalanforderung zu bedecken haben. Die folgende Tabelle zeigt die MCR-Bedeckung der Generali Lebensversicherung AG zum 31. Dezember.2016:

MCR-Bedeckung

MCR	Tsd. EUR
Anrechenbare Eigenmittel	2.251.967
Qualitätsklasse 1	2.093.634
Qualitätsklasse 1 beschränkt	0
Qualitätsklasse 2	158.333
Qualitätsklasse 3	0
Mindestkapitalanforderung MCR	
MCR	791.664
Excess Kapital	1.460.303
MCR Quote	284%

Die anrechenbaren Eigenmittel der Qualitätsklasse 2 bestehen aus den von der Generali Lebensversicherung AG aufgenommenen Nachrangdarlehen und sind regulatorisch auf 20% des MCR beschränkt.

Einfluss der Volatilitätsanpassung auf die Solvenzkapitalanforderung zum 31.12.2016

Bei Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung erhöhen sich die anrechenbaren Eigenmittel auf 3.195.434 Tsd. € und die Solvenzkapitalanforderung auf 3.423.322 Tsd. €. Der deutliche Anstieg des SCR ist hauptsächlich auf einen Anstieg des Kreditrisikos zurückzuführen, da der risikomindernde Effekt der dynamischen VA entfällt.

Insgesamt würde zum Stichtag 31.12.2016 eine Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung bei der Generali Lebensversicherung AG zu einer Nichteinhaltung der regulatorischen Solvabilitätsanforderung führen. Für die nach § 26 (7) VAG in diesem Fall aufzuzeigenden Gegenmaßnahmen zur entsprechenden Stärkung der anrechnungsfähigen Eigenmittel bzw. zur Minderung des erforderlichen SCR wird auf Kapitel E.5 verwiesen.

Sensitivitätsberechnungen zum 31.12.2016

Im Rahmen von Sensitivitätsanalysen wurde zusätzlich zu den Ergebnissen zum 31.12.2016 die Auswirkung verschiedener Annahmen auf die Entwicklung der Eigenmittel und Solvenzkapitalanforderung analysiert. Der Fokus liegt dabei auf Schwankungen am Zins- und Spreadmarkt, da dies die wesentlichen Marktrisiken der Generali Lebensversicherung AG sind. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen:

Sensitivitätsberechnungen

Tsd. EUR Sensitivitäten	31.12.2016	
	SCR Quote	Veränderung in %-Pkte
Basisfall	169%	./.
Risikofreie Zinskurve +50bp	188%	19%
Risikofreie Zinskurve -50bp	155%	-14%
Aktien +20%	172%	3%
Aktien -20%	166%	-3%
Corporate Bond Credit Spread +100bp	153%	-16%
UFR -50bp	164%	-5%

Die Ergebnisse der Sensitivitäten zeigen, dass auch in alternativen ökonomischen Situationen die Solvency II Bedeckung der Gesellschaft zum Stichtag 31.12.2016 auf einem auskömmlichen Niveau liegt.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko kommt für die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung nicht zur Anwendung.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Im Frühjahr 2016 hat das Aufsichtskollegium der Assicurazioni Generali Gruppe die Verwendung des Partiellen Internen Modells zur Berechnung der regulatorischen Solvenzkapitalanforderung gemäß Solvency II genehmigt. Im Folgenden werden die wichtigsten Unterschiede zwischen den der Standardformel und dem Partiellen Internen Modell zu Grunde liegenden Methodiken und Annahmen dargestellt.

E.4.1 Risiken, die durch das Partielle Interne Modell abgedeckt sind

Für die Generali Lebensversicherung AG sind alle relevanten quantifizierbaren Risiken mit Ausnahme der operationellen Risiken im Partiellen Internen Modell abgebildet. Nichtquantifizierbare Risiken finden in den zugehörigen Berechnungen naturgemäß keine Berücksichtigung. Die Generali Lebensversicherung AG berücksichtigt diese in Säule II von Solvency II als Teil des Own Risk and Solvency Assessments („OR-SA“).

Die Abdeckung aller materiellen Risiken durch das Partielle Interne Modell wird u.a. durch die jährlich durchzuführende „Profit & Loss Attribution“ (Zuordnung von Gewinnen und Verlusten) verifiziert. Kern der P&L Attribution ist es, die tatsächliche Veränderung der ökonomischen Eigenmittel der Generali Lebensversicherung AG innerhalb des zurückliegenden Bilanzjahres den einzelnen Risikomodulen gemäß internem Modell zuzuordnen. Befindet sich der nicht zuordenbare Teil der Veränderung in einer vernachlässigbaren Größenordnung, wie es bei der Gesellschaft in den letzten Jahren durchgehend der Fall war, so ist dies ein Indiz für eine ausreichende Modellabdeckung.

Über die Berechnung des regulatorischen Risikokapitalbedarfs hinaus ist das Partielle Interne Modell bei der Generali Lebensversicherung AG u.a. im Rahmen des Asset-Liability Managements, der Profitabilitätsanalyse von Segmenten, der Neugeschäftsbewertung sowie bei weiteren Fragestellungen der wert- und risikoorientierten Unternehmenssteuerung eingebunden.

Risikolandkarte des Partiellen Internen Modells

Marktrisiken	Kreditrisiken	Versicherungstechnische Risiken Nicht-Leben	Versicherungstechnische Risiken Leben/Kranken	Operationelles Risiko
Aktien	Spread	Prämien	Sterblichkeit	
Aktienvolatilität	Ausfall	Reserve	Sterblichkeits-Katastrophenrisiko	
Immobilien	Gegenparteiausfall	Storno	Langlebigkeit	
Währung		Katastrophenrisiko	Invalidität/Morbidität	
Zins			Storno	
Zinsvolatilität			Kosten	
Marktkonzentration			Katastrophenrisiko Kranken	
			Schaden nAd Krankenversicherung	
			Going Concern-Risiko	

Im Vergleich dazu zeigt die nachfolgende Risikolandkarte die Risikoklassifikationen für die Standardformel gemäß Solvency II:

Risikolandkarte der Solvency II Standardformel

Marktrisiken	Gegenparteiausfall-risiko	Versicherungstechnische Risiken Nicht-Leben	Versicherungstechnische Risiken Leben/Kranken	Operationelles Risiko	Immaterielle Vermögensgegenstände
Aktien		Prämien & Reserve	Sterblichkeit		
Immobilien		Storno	Langlebigkeit		
Währung		Katastrophenrisiko	Invalidität/Morbidität		
Zins			Storno		
Spread			Kosten		
Marktkonzentration			Revision		
			Katastrophenrisiko		
			Kranken nAd Nicht-Lebensversicherung		
			Kranken nAd Lebensversicherung		

Der Hauptunterschied in der Definition der Risikoklassen beider Modelle bezieht sich auf die Markt- und Kreditrisiken. Während die Spread-Ausweitung im Partiellen Internen Modell der Gesellschaft als Teil des Kreditrisikos modelliert wird, gehört dieses zum Marktrisikomodul der Standardformel. Darüber hinaus schließt das Marktrisiko im Partiellen Internen Modell das Zinsvolatilitätsrisiko und das Aktienvolatilitätsrisiko ein, welche beide in der Standardformel nicht explizit berücksichtigt werden. Schließlich wird im Partiellen Internen Modell zusätzlich das Going Concern-Risiko quantifiziert, welches in der Standardformel nicht berücksichtigt wird.

E.4.2 Struktur des Partiellen Internen Modells

Für die Bewertung des Solvenzkapitalbedarfs mit Hilfe des Partiellen Internen Modells fordert die Aufsichtsbehörde eine Bestimmung der Gesamtverteilung der ökonomischen Eigenmittel der Gesellschaft.

Um dieser Anforderung gerecht zu werden, verwendet die Generali Lebensversicherung AG ein Simulationsmodell. Hierfür werden zunächst für alle im Modell abgebildeten Risiken die möglichen Ausprägungen bestimmt, die über den Zeithorizont von einem Jahr auftreten können, z.B. mögliche Schwankungen der bewertungsrelevanten Zinskurve. Dies entspricht der Kalibrierung der sog. Randverteilungen. Darüber hinaus werden die Abhängigkeitsstrukturen zwischen den einzelnen Risiken modelliert, d.h. die Eintrittswahrscheinlichkeit der gemeinsamen Realisierung einzelner Risiken. Dies geschieht unter Verwendung eines sog. Copula-Ansatzes. Unter Berücksichtigung dieser Abhängigkeitsstrukturen und Randverteilungen wird eine Vielzahl zufälliger gemeinsamer Realisationen der einzelnen Risiken erzeugt und deren Auswirkung auf die ökonomischen Eigenmittel der Gesellschaft ermittelt. Für die zu berechnenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen und des ökonomischen Werts der versicherungstechnischen Rückstellungen werden zumeist Näherungsmethoden verwendet, die auf der Herleitung eines funktionalen Zusammenhangs zwischen Risikorealisation und der entsprechenden Wertveränderung basieren. Das Ergebnis dieser Berechnungen ist die geschätzte Gesamtverlustverteilung der ökonomischen Eigenmittel, anhand derer das SCR als Value-at-Risk bestimmt wird.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung ist die Sicherstellung einer angemessenen Datenqualität im gesamten Berechnungsprozess. Hierzu hat die Assicurazioni Generali S.p.A. eine Richtlinie und sog. Operating Guidelines etabliert, die bei der SCR-Berechnung zur Anwendung kommen.

E.4.3 Standardformel und Partielles Internes Modell im Vergleich

Im Folgenden werden die wesentlichen Bewertungsunterschiede zwischen dem Partiiellen Internen Modell der Assicurazioni Generali S.p.A. und der Solvency II Standardformel dargestellt:

- Im Partiiellen Internen Modell werden die Marktrisiken anhand des unternehmensindividuellen Kapitalanlageportfolios bestimmt, während in der Standardformel vorgegebene Marktstressfaktoren verwendet werden.
- Im Partiiellen Internen Modell beinhaltet das Kreditrisikomodul das Gegenpartei-Ausfallrisiko und das Kreditspreadrisiko, während die Standardformel letzteres als Marktrisiko und das Gegenpartei-Ausfallrisiko separat ausweist.
- Europäische Staatsanleihen werden im Spreadrisiko-Modul der Standardformel als risikolos betrachtet, während diese im Partiiellen Internen Risikomodell als risikobehaftet modelliert werden.
- Im Partiiellen Internen Modell wird zusätzlich das Going Concern-Risiko quantifiziert, welches in der Standardformel keine Berücksichtigung findet.
- Verglichen mit den Stressniveaus für das versicherungstechnische Risiko Leben der Standardformel, das auf einem standardisierten europäischen Versicherungsunternehmen basiert und einen einzelnen Stresspunkt repräsentiert, werden die Stressniveaus des Partiiellen Internen Modells der Gesellschaft aus Verteilungen des unternehmensspezifischen Bestandes abgeleitet. Besonders die Altersstruktur, die Verteilung zwischen den Geschlechtern, die Zeichnungspolitik und das Schadenmanagement des Unternehmens finden hierbei Berücksichtigung. Das führt zu einer realistischeren Verteilung im Partiiellen Internen Modell und folglich zu einer zuverlässigeren Einschätzung der Stressniveaus.
- Unterschiedliche Methoden zur Risikoaggregation: Innerhalb der Standardformel werden die einzelnen Solvenzkapitalanforderungen der verschiedenen Risikomodule mittels Korrelationsmatrizen aggregiert. Die Abhängigkeitsstruktur der zugrundeliegenden Risikofaktoren wird mittels Korrelationen der Verluste approximiert. Nicht-lineare und risikomindernde Effekte werden dadurch lediglich approximativ berücksichtigt und können signifikant falsch beurteilt werden. Das Ergebnis ist ein einzelner Verlust in den ökonomischen Eigenmitteln als Näherung für den Value-at-Risk. Im Gegensatz dazu basiert das Partielle Interne Modell auf einem Simulationsansatz. Dabei werden Realisierungen von Risikofaktoren aus einer gemeinsamen Verteilung erzeugt. Die Eigenmittelverluste werden im Partiiellen Internen Modell pfadweise ermittelt, wodurch Abhängigkeiten zwischen den Risikotreibern sowie nicht-lineare und risikomindernde Effekte berücksichtigt werden.

- Unterschiede in der Behandlung von Beteiligungen an Gesellschaften, die ihr SCR ebenfalls mit dem Partiellen Internen Modell berechnen. Im Partiellen Internen Modell werden die Veränderungen der Beteiligungsmarktwerte im Durchschauprinzip berechnet, so dass eine konsistente Aggregation der Risikoprofile erfolgt. In der Standardformel werden die Risikokapitalbeiträge zum SCR der Einzelgesellschaft mit Hilfe eines pauschalen Faktoransatzes ermittelt.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die Einhaltung der Solvabilitätsanforderungen ist vor dem Hintergrund der verfügbaren Eigenmittel von 2.973.261 Tsd. € für die Bedeckung des SCR bzw. 2.251.967 Tsd. € für die Bedeckung des MCR und einer Solvenzquote von rd. 169% (SCR-Bedeckung) bzw. 284% (MCR-Bedeckung) zum 31. Dezember 2016 nicht gefährdet. Auch über den Planungszeitraum ist kein vorhersehbares Risiko der Nichteinhaltung der Bedeckung des MCR oder SCR erkennbar. Lediglich eine Nichtberücksichtigung der Volatilitätsanpassung würde für die Generali Lebensversicherung AG zu einer Nichteinhaltung der regulatorischen Solvabilitätsanforderung führen. Neben zahlreichen Maßnahmen zur allgemeinen Stärkung der Finanzstabilität der Generali Lebensversicherung AG werden im Folgenden die bereits umgesetzten, geplanten und in Prüfung befindlichen passiv- und aktivseitigen Maßnahmen dargestellt, welche nachhaltig die Eigenmittel der Gesellschaft stärken bzw. die Solvenzkapitalanforderung reduzieren.

Maßnahmen auf das Produktportfolio

Die Gesellschaft hat ihre Renten- und Kapitalversicherungsprodukte mit konventionellen Vollgarantien in der privaten Altersvorsorge geschlossen (Ende 2015) und ändert sukzessive ihr Produktportfolio hin zu Produkten mit geringerem Risikokapitalbedarf, wie zum Beispiel fondsgebundene und hybride Produkte sowie Produkte zur Absicherung biometrischer Risiken.

Aktiv-Passiv-Management (Asset-Liability Management, ALM)

Die Diversifikation im Kapitalanlagebestand der Gesellschaft und die Duration von festverzinslichen Wertpapieren wurden im Rahmen des Asset Liability Managements erhöht. Die Reduktion der Durationslücke zwischen Aktiva und Passiva führt sowohl zu einer Erhöhung der Eigenmittel gemäß Solvency II, als auch zu einer Reduktion des Zins- und Zinsvolatilitätsrisikos.

Kostenreduktion und Effizienzverbesserung

Die Generali Lebensversicherung AG arbeitet kontinuierlich an Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz und Reduzierung von Kosten. Diese Anstrengungen werden in den nächsten Jahren fortgesetzt.

E.6 Sonstige Angaben

Zum Stichtag lagen keine Sachverhalte für sonstige Angaben bei der Gesellschaft vor.

Abkürzungsverzeichnis

A

ACR	ADVOCARD Rechtsschutzversicherung AG
AktG	Aktiengesetz
ALM	Asset Liability Management
AML	AachenMünchener Lebensversicherung AG
AMV	AachenMünchener Versicherung AG
AUZ	Aktuarieller Unternehmenszins

B

BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
bAV	betriebliche Altersvorsorge
BCM	Business Continuity Management
BEL	Best Estimate Liability
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BGH	Bundesgerichtshof
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKK	Betriebskrankenkasse
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

C

CEN	Central Krankenversicherung AG
CEO	Chief Executive Officer
CF	Compliance Funktion
CFO	Chief Financial Officer
CIO	Chief Investment Officer
CIInsO	Chief Insurance Officer
CMP	Capital Management Plan

CoC	Cost of Capital
COL	Cosmos Lebensversicherungs-AG
COO	Chief Operating Officer
COV	Cosmos Versicherung AG
CRA	Credit Risk Adjustment
CRO	Chief Risk Officer

D

DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e.V.
DeckRV	Deckungsrückstellungsverordnung
DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
DIL	Dialog Lebensversicherungs-AG
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DVAG	Deutsche Vermögensberatung AG
DVO	Delegierte Verordnung (Konsolidierte Delegierte Verordnung 2015/35 inkl. der Anpassungen durch die Delegierte Verordnung 2016/467)

E

EBS	Economic Balance Sheet
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ENV	Envivas Krankenversicherung AG
EOF	Eligible Own Funds
EPIFP	Expected Profits In Future Premiums
ESR	Economic Solvency Ratio
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EVG	Exklusiv-Vertrieb Generali
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Erwartungswerrückstellung

EZB Europäische Zentralbank

G

GBV Generali Beteiligungs- und Verwaltungs-AG
GC Going Concern
GC&C Global Corporate & Commercial
GD Generali Deutschland AG
GDIS Generali Deutschland Informatik Services
GDV Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GEL Generali Lebensversicherung AG
GEV Generali Versicherung AG
GHO Group Head Office
GID Generali Investments Deutschland
GKV Gesetzliche Krankenversicherung
GPV Gesetzliche Pflegeversicherung
GSS Generali Shared Services S.c.a.r.l.

H

HGB Handelsgesetzbuch
HUK Haftpflicht, Unfall, Kraftfahrt

I

IAS International Accounting Standard
IDD Richtlinie über Versicherungsvertrieb
IDW Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW RS HFA IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung
IFRS International Financial Reporting Standard
IIA Institute of Internal Auditors
IKS Internes Kontrollsystem

IMAP	Internal Model Approval Process
ImmoWertV	Immobilienwertermittlungsverordnung
INBV	inflationsneutrales Bewertungsverfahren
InvG	Investmentgesetz
IRF	Interne Revisionsfunktion
ITSiG	IT-Sicherheitsgesetz
IVASS	Istituto Per La Vigilanza Sulle Assicurazioni

M

MaGo	Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MCR	Minimum Capital Requirement
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz

N

nAdLV	nach Art der Lebensversicherung
nAdSV	nach Art der Schadenversicherung
NPS	Net Promoter System

O

ORSA	Own Risk and Solvency Assessment
OBR	Outsourcing Business Referent

P

P&L	Profit and Loss
PAP	Product Approval Prozess
pAV	private Altersvorsorge
PKV	Private Krankenversicherung
PVFP	Present Value of Future Profits

Q

QE	Quantitative Easing
QRT	Quantitative Reporting Template

R

RAC	Risk Adjusted Capital
RAF	Risk Appetite Framework
RCDL	Reinsurance Counterparty Default Loss
RechVersV	Verordnung über Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
REP	Reinsurance Efficiency Program
RfB	Rückstellung für Beitragsrückerstattung
RMF	Risikomanagement Funktion
RRL	Rahmenrichtlinie (Richtlinie 2009/138/EG)

S

SAA	Strategische Asset Allokation
SB	Selbstbehalt
SCR	Solvency Capital Requirement
SFCR	Solvabilitäts- und Finanzbericht
SII	Solvabilität II
SME	Small and medium-sized enterprises
SUH	Sach/Unfall/Haftpflicht

T

TVOG	Time Value of Options and Guarantees
------	--------------------------------------

U

UBR	Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
UFR	Ultimate Forward Rate
UMD	Unfallmeldedienst

UVG Unabhängige Vertriebspartner Generali

V

VA Volatilitätsanpassung

VAG Versicherungsaufsichtsgesetz

VerBaFin Veröffentlichung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

VGV Verbundene Gebäudeversicherung

VHV Verbundene Hausratversicherung

VMF Versicherungsmathematische Funktion

VoFü Volksfürsorge

VSP Vermögensversicherungspolice

WVG Versicherungsvertragsgesetz